



PT\_Materialien 10

# Werkstatt „Hybride Räume“

Dokumentation der Beiträge zur Werkstatt am 02./03.05.2005, Hannover

**PT** Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung [RWTH Aachen]

Januar 2006



# Werkstatt „Hybride Räume“

Dokumentation der Beiträge zur Werkstatt am 02./03.05.2005, Hannover

**PT** Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung [RWTH Aachen]

Januar 2006

---

## Impressum

Dokumentation der  
Werkstatt „Hybride Räume“  
02./03.05.2005, Hannover

Veranstalter:  
Univ. Prof. Dr.-Ing. Klaus Selle  
Dipl.-Ing. Ulrich Berding

**PT** Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung / RWTH Aachen

In Kooperation mit:  
Dipl.-Ing. Oliver Kuklinski  
PlanKom Hannover

Mit Beiträgen von:  
Klaus Selle  
Ulrich Berding  
Juliane Pegels  
Christian Dimmer  
Bernd Breuer  
Klaus Overmeyer  
Robert Kaltenbrunner  
Norbert Gestring  
Anna Maibaum  
Walter Siebel  
Karen Sievers  
Jan Wehrheim  
Susanne Frank  
Barbara Boczek  
Silke Claus  
Henrik Sander

Layout:  
Bettina Perenthaler

Aachen im Januar 2006

---

## Inhalt

|   |    |  |    |
|---|----|--|----|
| Vorwort.....  | 7  | Silke Claus:<br>Urbane Interfaces. Industrie und Stadt .....   | 85 |
| Klaus Selle, Ulrich Berding:<br>Öffentlich ist öffentlich ist...? Hybride Verhältnisse in<br>öffentlich nutzbaren Stadträumen .....   | 11 | Henrik Sander:<br>Schnittstellen mobiler und lokaler Räume –<br>Tankstellen und Parkplätze zum Beispiel..... | 87 |
| Juliane Pegels:<br>Privately Owned Public Space –<br>New York Citys Erfahrungen im Umgang<br>mit öffentlich nutzbaren Räumen, die sich<br>in privatem Besitz befinden ..... | 17 | Literaturverzeichnis .....   | 93 |
| Christian Dimmer:<br>Verständniswandel im Umgang mit öffentlich<br>nutzbaren Stadträumen in Japan .....   | 21 | Teilnehmerliste.....   | 97 |
| Bernd Breuer:<br>Neue Freiräume im Stadtstrukturwandel .....  | 37 |  |    |
| Klaus Overmeyer:<br>Hybride Räume .....   | 43 |  |    |
| Robert Kaltenbrunner:<br>Im Ungefähren?<br>Der öffentliche Raum und seine veränderten<br>Parameter.....   | 47 |  |    |
| Norbert Gestring, Anna Maibaum, Walter<br>Siebel, Karen Sievers, Jan Wehrheim:<br>Fremdheit und Kontrolle in öffentlichen Räumen.....                                       | 57 |  |    |
| Susanne Frank:<br>Die Shopping Mall als Stadtteilzentrum.<br>Der Thüringen Park in Erfurt: Ein „Hybrid“<br>der besonderen Art.....  | 69 |  |    |
| Barbara Boczek:<br>LandZwischenStadt als hybrider Raum.....   | 75 |  |    |





Ulrich Berding und Klaus Selle

## Vorwort

### Werkstatt „Hybride Räume“ am 2./3. Mai 2005 in Hannover

Dass „der“ öffentliche Raum durch „Privatisierung“ gefährdet sei – diese Vermutung scheint Allgemeingut geworden zu sein. Tagungen mit Titeln wie „Wem gehört die Stadt?“, Aktionen wie „Reclaim the Streets“ und zahlreiche Medienberichte verstärken dieses Bild. Auch Fachleute aus Planung und Stadtforschung pflichten der These von der „Privatisierung“ öffentlicher Räume schnell bei. Dabei ist sehr unklar, wovon da genau die Rede ist. Denn der Gegensatz von „öffentlichen“ und „privaten“ Räumen ist nur scheinbar eindeutig: Bei differenzierter Unterscheidung städtischer Räume hinsichtlich Produktion, Eigentum, Nutzungsregulierung und Wahrnehmung der Nutzbarkeit zeigt sich, dass öffentlich nutzbar erscheinende Stadträume bereits in der Vergangenheit vielfach privat hergestellt oder reguliert wurden. Vom Bahnhofsvorplatz bis zum Straßenraum mit Sondernutzungsrechten sind die Verhältnisse nicht so klar wie sie bislang schienen. Die inzwischen aus den USA bekannten „Privately owned public spaces“ sind dabei nur ein Typus unter vielen anderen, die sich alltäglich auch in unseren Städten finden lassen. Man muss also zur Kenntnis nehmen, dass öffentlich nutzbare Räume existieren und entstehen, die weder eindeutig „privat“ noch eindeutig „öffentlich“ (im

Sinne von Verfügung, Regulierung etc.) sind – und insofern mit einem vorläufigen Arbeitsbegriff als „hybrid“ bezeichnet werden können.

Vor dem Hintergrund solcher Beobachtungen war (und ist) es unser Interesse, diesen Verhältnissen im Schnittbereich verschiedener öffentlicher wie privater Akteure genauer nachzugehen. Erste Schritte auf diesem Wege waren

- zwei Vorstudien, die in Aachen und Hannover durchgeführt und mit denen Entstehung, Entwicklung und Regulierung „hybrider Räume“ genauer beschrieben und analysiert wurden;
- die Durchführung einer Werkstatt, mit der erste Sondierungen zum Stand der Forschungen über ein erst jüngst „entdecktes“ Thema vorgenommen werden sollten.

Von dieser Werkstatt ist im Folgenden die Rede.

Die Werkstatt „Hybride Räume“ fand am 2. und 3. Mai 2005 in der üstra-Remise (Hannover) statt und bot Gelegenheit zu Werkstattberichten aus laufenden Forschungen, zu Besichtigungen vor Ort und zu gemeinsamen Diskussionen und Verständigungsversuchen (umseitig ist eine Programmübersicht zu finden). Es handelte sich dabei um ein interdisziplinä-

res Unterfangen: Den so vielfältig die thematischen Aspekte sind, die im Zusammenhang mit „hybriden Räumen“ von Bedeutung sein können, so breit aufgespannt war das Spektrum der Disziplinen, denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entstammten: Sozialwissenschaftler, Stadt- und Freiraumplaner, Geografen und Wirtschaftswissenschaftler. Ebenso vielfältig waren die Arbeitszusammenhänge und Tätigkeiten der Anwesenden: Neben Forschern und Wissenschaftlern waren auch Planer und Mitarbeiter der kommunalen und Bundes-Verwaltung sowie interdisziplinär arbeitende Freischaffende vertreten. Und nicht zuletzt waren in der hannoverschen Werkstatt die Altersgruppen gemischt... So ergab sich ein produktiver und anregender Austausch unterschiedlichster Sichtweisen und Erfahrungen zu dem breiten Themenspektrum der zweitägigen Werkstatt.

Die Komplexität des Themas und die Vielzahl der Zugänge machte schnell deutlich, dass es der genaueren Bestimmung dessen bedarf, wovon eigentlich die Rede ist: Der planerisch-raumbezogene Blick ist vorrangig auf die Entstehung, Gestalt, Entwicklung, Pflege und Regulierung der „hybriden“ Räume gerichtet und führt zu Fragen nach der Gestaltung von Kooperationen und den Steuerungsmöglichkeiten öffentlicher Akteure. Während Städtebauer, Stadt- und Freiraumplaner also vor allem die „Angebotsseite“ betrachten, die physisch-räumlichen Gegebenheiten untersuchen und von dort auf Nutzungen und Verhalten schauen, gehen die Stadtsoziologen eher von bestimmten Qualitäten der Nutzung („öffentlich“, „Öffentlichkeit“) aus und fragen nach den Wirkungen bestimmter Rahmenbedingungen (etwa bestimmter Regulierungsformen) auf das Verhalten etc. Diese unterschiedlichen Blickrichtungen – dies wurde auf der Werkstatt deutlich – sind transparent zu machen und zu benennen, um Missverständnisse über den Gegenstand und seine Bedeutung zu vermeiden.

Vielfältige Perspektiven und Zugänge machten auch die zahlreichen Vorträgen und Statements deutlich, die das Gerüst der Werkstatt bildeten: Beschreibungen und Analysen zu öffentlich nutzbaren Stadträumen im Privatbesitz (privately owned public spaces) aus New York und Tokio, eine Studie aus Niedersachsen sowie eine Untersuchung aus Aachen und Hannover zeigten, dass Übergänge und Überlagerungen von öffentlichen und privaten Einfluss-Sphären in den öffentlich nutzbaren Räumen an der Tagesordnung sind. Weitere Berichte führten in eine große Vielfalt unterschiedlicher Raumkategorien und -typen: Shoppingmalls und innerstädtische Einkaufsstraßen, Parkplätze, urbane und suburbane Zwischen- und Übergangsräume sowie (neue) Brachen und Freiflächen waren einige der betrachteten Beispiele. Daneben ging es auch um unterschiedliche Akteurskonstellationen, um einzelne Nutzergruppen, um Fragen der Beschreibung und Erfassung von Ereignissen und Aktivitäten im öffentlich nutzbaren Stadtraum sowie um mögliche Handlungsansätze öffentlicher Akteure.

Allen Darstellungen und Analysen gemein war das damit verbundene Anliegen, genau hinzusehen, differenziert zu beschreiben und zu erklären. Eine vereinfachende und schwarz-weiß-malende Sicht scheint – folgt man dem Tenor der Werkstatt – endgültig überholt.

Die notwendigen Differenzierungen und die Vielzahl der thematischen Aspekte führten aber unvermeidlich zu einer großen Zahl an offenen Fragen, auf die hier nur kurz und stichpunktartig eingegangen werden kann:

- Was bewegt die Akteure zur Ko-Produktion von öffentlich nutzbaren Räumen?
- Welche Probleme des Interessenausgleichs treten auf – sowohl bei der Produktion wie bei der Nutzung?
- Entstehen Kontrolldefizite, wenn Vereinbarungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren getroffen werden? Wer kontrolliert das Einhalten funkti-

onaler oder baulicher Aspekte? Wer kontrolliert wie den Regulierungsalltag?

- Wie ist mit Versicherungs- und Haftungsproblemen bei privater Pflege, Regulierung auf Flächen im öffentlichen Eigentum umzugehen?
- Was geschieht, wenn Sponsoren (etwa für den Unterhalt oder Betrieb von Brunnen) wegfallen? Welche Regelungen für Ausfall und Ersatz sind erforderlich?

In der hier vorliegenden Sammlung werden einige der in Hannover gehaltenen Vorträge und Diskussionsbeiträge in Textform dokumentiert – so weit sie uns von den Referentinnen und Referenten in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt werden konnten.

Wir möchten uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge und Anregungen bedanken und freuen uns auf eine Fortsetzung des Dialoges und auf weitere spannende Debatten und Diskussionen.

Klaus Selle  
Ulrich Berding

Aachen, im Januar 2006

**Moderation der Werkstatt:**  
Dipl.-Ing. Oliver Kuklinski,  
PlanKom Hannover

## Werkstatt „Hybride Räume“

Programm  
Mo./Di.  
2. und 3. Mai 2005  
üstra Remise  
Goethestraße 19  
Hannover

**Anliegen der Werkstatt**  
ist es, gemeinsam mit den  
Teilnehmenden einen  
Überblick über die vielfältigen  
Sichtweisen im Themenfeld  
der öffentlich nutzbaren  
Räume zu geben. Weiterhin  
sollen offene Fragen und  
mögliche gemeinsame  
Interessen ermittelt werden.

### Kontakt

- Univ. Prof. Dr.-Ing. Klaus Selle  
Dipl.-Ing. Ulrich Berding  
Lehrstuhl für Planungstheorie  
und Stadtentwicklung  
RWTH Aachen  
52056 Aachen  
Tel: 0241-8098300  
berding@pt.rwth-aachen.de
- Dipl.-Ing. Oliver Kuklinski  
PlanKom Hannover  
Brehmstraße 38  
30173 Hannover  
Tel: 0511-855953  
info@plankom.net

**PT**

### 2. Mai

13:30 Uhr

#### Einführung

- Klaus Selle, Ulrich Berding: Übergänge und Überlagerungen in öffentlich nutzbaren Räumen – Konzepte und Fragestellungen

#### Impulsreferate

- Juliane Pegels, BUGH Wuppertal:  
Privately Owned Public Spaces – das Beispiel New York
- Christian Dimmer, University of Tokyo:  
Private Produktion öffentlich nutzbarer Räume in Japan
- Kirsten Klehn, Planerwerkstatt1,  
Hannover: Beispiele für hybride Räume in Niedersachsen

#### Diskussion und Festhalten erster gemeinsamer Fragen

15:30 Uhr

#### Ortsbesichtigung Einblick in „hybride Räume“

17:30 Uhr

#### Plenum

- Auswertung der Ortsbesichtigung, Erarbeitung der gemeinsam interessierenden Fragen und Festlegung der Arbeitsgruppen

18:00 Uhr –  
19:00 Uhr

#### Kurzberichte der Teilnehmer/innen: Anliegen, Ziele und Bezüge

### 3. Mai

09:00 Uhr

#### Impulsreferate – Neue Freiräume

- Bernd Breuer, BBR Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung:  
Neue Freiräume im Stadtstrukturwandel
- Klaus Overmeyer, Studio uc, Berlin: Raumpioniere
- Robert Kaltenbrunner, BBR:  
Thesen zur Annäherung an den öffentlichen Raum

10:15 Uhr

#### Impulsreferate – Private Welten im öffentlichen Raum

- Walter Siebel, Anna Maibaum, Jan Wehrheim,  
Universität Oldenburg: Wandel des öffentlichen Raumes  
– das Beispiel Mall und Innenstadtstraße
- Susanne Frank, HU Berlin:  
Die Shopping Mall als Zentrum der Quartierspolitik  
– das Beispiel „Thüringen Park“, Erfurt

11:00 Uhr

#### Arbeitsgruppenphase

Gemeinsam mit den Teilnehmenden soll dem vielgestaltigen Phänomen der hybriden Räume, der öffentlich-privaten Übergänge und Überlagerungen näher gekommen werden.

12:00 Uhr

#### Austausch im Plenum

12:30 Uhr

#### Imbiss

13:30 Uhr

#### Parallele Kurzberichte – Spezialitäten und Weiterungen

- Richard Kronberger,  
Magistrat der Stadt Wien:  
Erfassung und Bearbeitung  
von Raum-Netzwerken
- Friedemann Gschwind,  
Landeshauptstadt Stuttgart:  
Raumsequenzen in der  
Innenstadt
- Peter Apel, Planungsbüro  
Stadtkinder, Dortmund:  
Spielleitplanung
- Silke Claus, MACINA  
Consulting & Architektur,  
Hannover:  
Urbane Interfaces
- Benjamin David,  
die urbanauten, München:  
Organisierte Ereignisse  
im öffentlichen Raum in  
München
- Hendrik Sander,  
TU Hamburg-Harburg:  
Micro Urbanism – die kleinsten  
Einheiten des Städtischen

14:30 Uhr

#### Diskussion

15:30 Uhr

#### Ende der Veranstaltung



Ulrich Berding und Klaus Selle

## Öffentlich ist öffentlich ist...?

### Hybride Verhältnisse in öffentlich nutzbaren Stadträumen

Es gibt ein einfaches Grundverständnis von den Räumen in den Städten. Sie lassen sich, so die Annahme, in „öffentlich“ und „privat“ unterscheiden. Als Unterscheidungsmerkmal dient der eigentumsrechtliche Status: Straßen, Parks und Plätze werden dem öffentlichen Eigentum zugeordnet und das scheint deutlich unterscheidbar von der privaten Parzelle mit Haus, Hof und Garten.

Doch die Verhältnisse, sie sind so einfach nicht. Nehmen wir zwei öffentlich nutzbare Stadträume als Beispiel: In einer Wohnsiedlung erweitert sich die Straße zu einem kleinen Platz mit Boule-Bahn und Kiosk. Räumlich etwas abgesetzt, jedoch ohne Zweifel öffentlich nutzbar. Aber auch im öffentlichen Eigentum? Mitnichten. Hier wurde ein Quartiersfreiraum privat (von einem Wohnungsunternehmen) produziert. Und steht doch anderen zur Nutzung offen. Ebenso der Beispiel-Quartiersplatz. Auch er ist auf den ersten Blick unbeschränkt öffentlich nutzbar. Zudem offenbart der Blick in den Grundbuchauszug öffentliches Eigentum. Aber umgestaltet wurde er mit den Mitteln eines privaten Unternehmens, das seinen Sitz am Platzrand hat.

Zwei Beispiele von vielen. Sie machen deutlich, dass die Verhältnisse unübersichtlicher sind als bislang

zumeist gedacht: Die Entwicklung vieler Stadträume findet in »hybriden Verhältnissen«, im Schnittbereich des Einflussbereichs verschiedener Akteure statt.

Es gibt also zahlreiche Übergänge und Überlagerungen, die es geraten erscheinen lassen, genauer hinzuschauen, wie und von wem Stadträume produziert und entwickelt werden, welche Wirkungen das auf ihre Benutzbarkeit hat und was daraus für Planung und Politik gefolgert werden könnte.

Dies sei hier vor dem Hintergrund zweier Vorstudien in Aachen und Hannover und eines Workshops vom Mai diesen Jahres, in dem verschiedene Zugänge zu diesem neuen Forschungsgegenstand zusammengeführt wurden, versucht: Am Beginn stehen begriffliche Näherungen (1), dann folgen einige wenige Eindrücke aus Erkundungen vor Ort (2) und am Schluss (3) sind viele Fragen offen.

#### 1. Begriffliche Näherungen

Wenn Plätze, wie die als Beispiel genannten, öffentlich nutzbar sind aber nicht „öffentlich“ im eigentumsrechtlichen Sinn, dann macht das als erstes deutlich, dass unser Begriffsinstrumentarium zu grob

ist. Um dem abzuweichen, gehen wir von der Gesamtheit öffentlich zugänglicher Stadträume aus – und folgen damit ebenso Gianbattista Nolli mit seiner *pianta di Roma* aus dem 18. Jahrhundert, in der alles weiß gehalten wurde, was öffentlich zugänglich war, wie dem alltäglichen Verhalten heutiger Stadtnutzer (Abb. 2).

Betrachtet man den so identifizierten Raum genauer, dann stellt sich die Frage, welche Akteure auf welche Weise Einfluss auf den Raum und seine Entwicklung nehmen können. Etwa:

- wer über Eigentums- und Nutzungsrechte verfügt (Recht),
- wer sie in welcher Weise produziert, unterhält, pflegt und weiterentwickelt (Raum),
- wer welche Regeln und Hinweise für die Nutzung des Raumes definiert (Regulierung).

Auf diese Weise wird deutlich, wie das räumliche Nutzungsangebot entsteht, wie Stadtraum produziert und reguliert wird. Die Frage, welche Nachfrage dem Angebot gegenübersteht, welche Aktivitäten im Raum entstehen, richtet dann das Augenmerk auf die vierte Dimension:

- Wer nutzt den Raum auf welche Weise?

*Recht:* Rechtlich überlagern sich Eigentum und Besitz. Juristische Vereinbarungsmöglichkeiten wie Pacht, Miete, Fahr- und Leitungsrechte begründen zahlreiche Überlagerungen öffentlicher und privater Verfügung. Unterscheidet man zudem noch innerhalb der sehr groben Kategorien "öffentlich" und "privat" nach einzelnen Akteursgruppen, wird die ganze, bunte Realität sichtbar: Kirchen, Hochschulen, öffentliche Verwaltungen, Verkehrsbetriebe sind ebenso an der Entstehung, Entwicklung und Inanspruchnahme öffentlich nutzbarer Räume beteiligt wie private Haus- und Grundeigentümer, Verbände und Initiativen. Insofern sind Fragen wie die folgende von Bedeutung: Wer hat Rechte an dem Raum, wer ist Eigentümer, wer Besitzer? Wer verfügt de facto? Wer entscheidet damit letztlich auch über die (weiteren) Geschehnisse des Raumes?

*Raum:* Aus Verfügungsrechten entsteht noch kein Raum. Insofern ist von Bedeutung, wer ihn, nach welchen Plänen, orientiert an welchen Leitbildern und Gestaltungsideen, herstellt, weiterentwickelt, pflegt und unterhält. Bei allen diesen Aufgaben findet man „hybride“ Verhältnisse vor: Der Platz entsteht in Public-Private-Partnership, der Park wird mit privaten Mitteln gebaut, aber öffentlich gewidmet und gepflegt, der Brunnen von einem Mäzen gestiftet und mit privaten Mitteln betrieben und so weiter...

*Regulierung:* Die Frage, wer oder was de facto die Nutzung prägt, wer Grenzen zieht, Zugänge schafft, selektiert oder kontrolliert, wer Sicherheit gewährleistet, kann oft mit dem Hinweis auf jene beantwortet werden, die Rechte inne haben. Aber auch hier herrschen selten eindeutige Verhältnisse: Einerseits kann es hier bei Doppelzuständigkeiten (etwa im Falle von privaten Sondernutzungsrechten auf öffentlichem Eigentum) Unschärfen geben. Andererseits fallen in der Praxis gelegentlich formale und informelle Regelungen auseinander. Das heißt: Aneignungsprozesse einzelner Gruppen können Zugangsregelungen eigener Art setzen.

Damit ist das Angebot beschrieben, die Gelegenheit zur Nutzung gekennzeichnet – physische, rechtliche und die mal offensichtlichen, mal unsichtbaren Regeln der Benutzbarkeit.

Bleibt die Frage, wie die Nutzerinnen und Nutzer ihre Verhaltensmöglichkeiten im Raum tatsächlich einschätzen.

*Nutzung:* Wer nutzt den Raum? Wer kann ihn nutzen? Verhalten sich die Nutzerinnen und Nutzer wie sonst auch in öffentlichen Räumen? Gefragt wird damit unter anderem nach Nutzungshinweisen und Gestaltungswirkungen sowie nach dem, was die Menschen daraus machen. Dass weder die Nutzungshinweise, die die räumliche Gestalt vermittelt, noch die Konsequenzen, die daraus gezogen werden, immer eindeu-

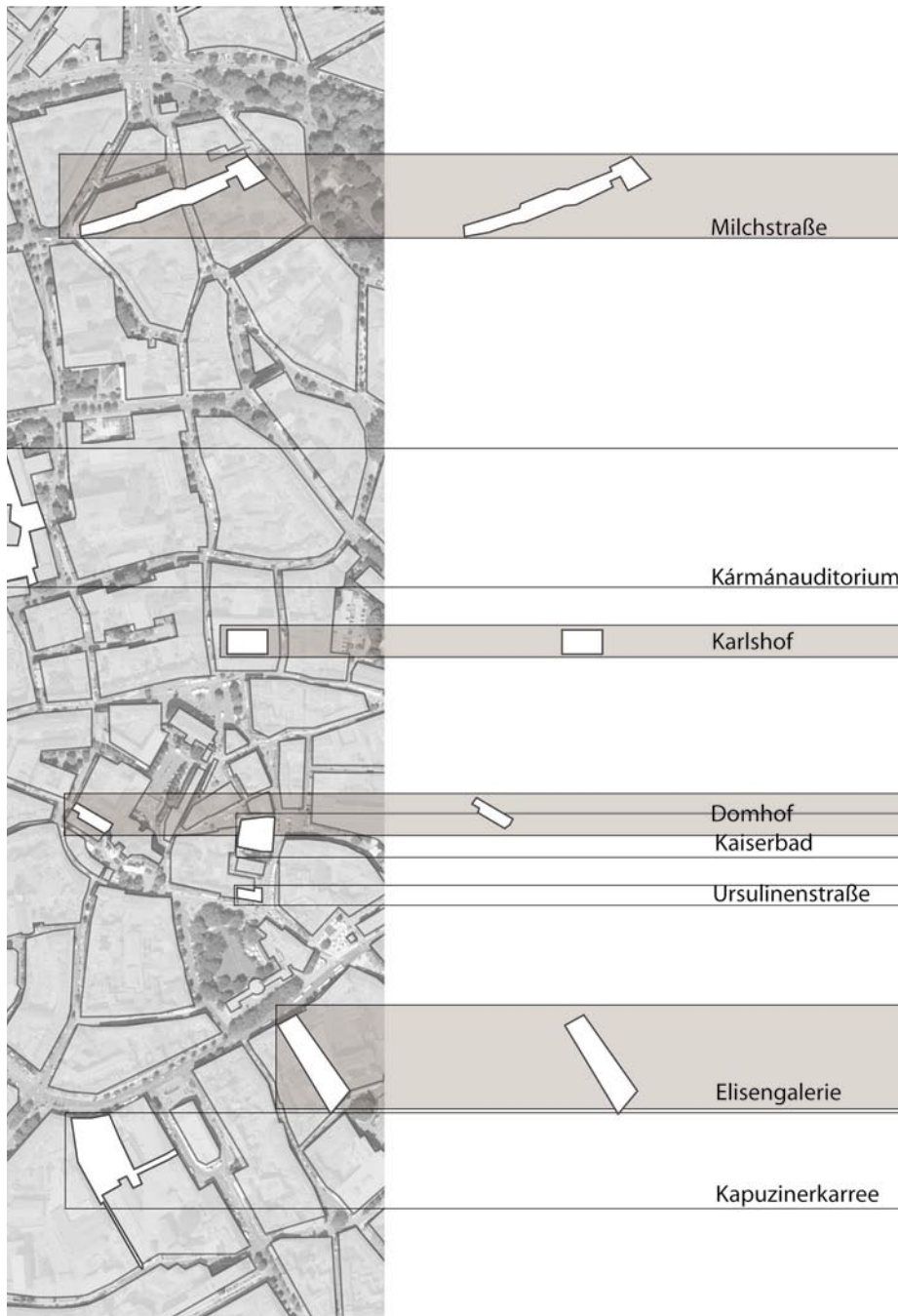


Abb. privatem Eigentum sind und einen Mix von Nutzungen aufweisen (eigene Darstellung).



Abb. 2: Gianbattista Nolli ließ in seiner Pianta di Roma von 1748 alle Flächen weiß, die öffentlich zugänglich waren, also neben Straßen und Plätzen auch beispielsweise Innenräume von Kirchen.



Abb. 3: Domhof

tig und einheitlich sind, ist eine alte Erkenntnis der Freiraumplanung.

## 2. Erkundungen vor Ort

Der Nolli'schen Betrachtungsweise folgend und die vier Dimensionen der Beschreibung nutzend, haben wir Stadträume genauer betrachtet: In Aachen und Hannover gingen wir der Frage nach, wo im öffentlich zugänglichen Stadtraum hybride Verhältnisse zu finden sind und wie sie sich beschreiben lassen. Hier einige erste Ergebnisse des „Aachener Schnitts“: Mehr oder minder willkürlich bestimmten wir einen Raumausschnitt quer durch die Innenstadt Aachens, identifizierten im ersten Schritt die in der Alltagsnutzung als öffentlich nutzbar wahrgenommenen Räume und recherchierten dann, welche von ihnen nicht ausschließlich

- im kommunalen Eigentum/Besitz sind,
- von der Kommune produziert wurden oder nicht allein von ihr gestaltet, gepflegt und entwickelt werden,
- durch kommunale Rahmensetzungen in ihrer Nutzung reguliert werden.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ließen sich schon bald neun sehr unterschiedliche Orte identifizieren (s. Abb. 1): vom Investoren-Projekt im Innenhof der ehemaligen Aachener Hauptpost über eine Einkaufspassage, die im Stadtplan als Fußgängerzone verzeichnet ist und den Vorplatz des Aachener Doms, der sich in kirchlicher Obhut befindet, über Straßenräume, die sich auf privatem Grund befinden und durch Geh-, Fahr- und Leitungsrechte öffentlich gewidmet wurden, bis hin zur Baulücke mit Studentencafés – die Vielfalt hybrider Verhältnisse ist groß, unspektakulär und spannend. Einzelne der Räume werden in den Abb. 3 bis 6 dargestellt. Weitgehend unsichtbar für die Nutzerinnen und Nutzer, zeigen sie höchst vielfältige Rechts-, Raum- und Regulierungsstrukturen.

## 3. Folgerungen und Fragen

Nicht nur im Ausland und in relativ neuen Räumen wie den Malls stoßen wir auf Stadträume, die nicht in eine einfache Dualität von öffentlich/privat einzuordnen sind. Die Verhältnisse sind unübersichtlich. Offensichtlich haben wir zu lange mit zu einfachen begrifflichen Instrumenten operiert und müssen



Abb. 4: Karlshof



Abb. 5: „Milchstraße“

uns nun komplizierten Realitäten stellen: „Die Welt ist helldunkel. Manches ist klar, vieles unklar. Was klar ist, wird bei genauerem Hinsehen unscharf, das Dunkle auf Dauer ein wenig deutlicher. [...] Wie kann man beobachten, was die Aufklärung im Dunkeln lässt, wenn man nicht auf die Unschärfen am Rande achtet? Im Durcheinander von Hell und Dunkel ist man auf Beobachtung und Aufklärung angewiesen, auch wenn sie selbst nicht ganz aufgeklärt ist“, schrieb Hannes Böhringer 1993.

Feststellungen wie diese sind natürlich nicht nur auf öffentlich nutzbare Räume beschränkt: Inzwischen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Städte von vielen entwickelt werden. Ihre Räume sind Ergebnisse von Ko-Produktionen. Wirkungsvolles Handeln setzt also Kooperationen von Akteuren voraus. Das war für einige Zeit aus dem Blick geraten und wird nun wieder deutlicher erkennbar. So gesehen, stoßen wir bei der Auseinandersetzung mit den öffentlich nutzbaren Stadträumen sozusagen pars pro toto auf die Fragen, die mit dem Zusammenwirken zahlreicher öffentlicher und privater Akteure generell verbunden sind.

- Welche „Push- und Pull-Faktoren“ führen zu Kooperationen? Ist es Ressourcenknappheit, die kommunale Akteure auf der Suche nach verbleibenden Gestaltungsmöglichkeiten dazu zwingt, mit privaten Investoren zu kooperieren? Führen Schrumpfungsprozesse und die damit frei werdenden Flächen zu neuen öffentlich-privaten Arrangements?
- Wie lässt sich der Interessensausgleich zwischen öffentlichen und privaten Akteuren gestalten? Welche Möglichkeiten hat zum Beispiel die Kommune, öffentliches Interesse nach nicht-kommerziellen Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlich nutzbaren Raum gegen kommerzielle Interessen zu behaupten?
- Wer kontrolliert das Einhalten von Vereinbarungen – funktionale und bauliche Aspekte oder die Regulierung der Nutzung betreffend?
- Auch das Versicherungs- und Haftungsproblem kann sich stellen, wenn Private die Pflege und Regulierung von Flächen übernommen haben, die sich im öffentlichen Eigentum befinden. Und: Was geschieht, wenn Sponsoren, etwa für den Unterhalt oder Betrieb von Brunnen, wegfallen? Wie könnten Ausfall- und Ersatzstrategien aussehen?



Abb. 6: Elisengalerie

Neben diesen offenen Fragen zum Umgang mit und der Gestaltung von hybriden Verhältnissen stellt sich auch die Frage, wo die Grenze der Betrachtung liegt. Welche Orte und Räume fallen noch unter das Stichwort „hybride Räume“? Geht es auch um die Tankstelle am Stadtrand, die als Jugendtreff und Kommunikationszentrum genutzt wird? Was ist mit den Vorort-Straßen oder den landwirtschaftlichen Flächen in der Zwischenstadt – gehören sie dazu?

Die Fragen zeigen: Die Auseinandersetzung mit den öffentlich nutzbaren Stadträumen – ihrer Entstehung, Entwicklung und Nutzung – hat eine lange Geschichte und steht doch vor einem neuen Anfang. Die weitere Diskussion verspricht interessant zu werden.

*Dieser Text ist auch in Garten+Landschaft 8/2005, S. 12–14 veröffentlicht worden.*



Juliane Pegels

## Privately Owned Public Space – New York Citys Erfahrungen im Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen, die sich in privatem Besitz befinden

Die aktuelle Debatte um öffentliche Räume in unseren Städten und die damit verbundene Revision der hiesigen Praxis werfen Fragen auf, die Anlass geben, den Blick über die Grenzen zu richten: auf Erfahrungen, die andere Länder und (Planungs-)Kulturen im Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen im Überschneidungsfeld öffentlicher und privater Interessen gemacht haben. Von besonderem Interesse für den deutschen Forschungskontext ist dabei die systematische Aufarbeitung der *privately owned public spaces* in New York City.

Die in Deutschland geführte Debatte um den Zustand des öffentlich nutzbaren Raumes ist geprägt von konträren Beobachtungen und kontroversen Erklärungsversuchen, die insbesondere das Verhältnis von privaten und öffentlichen Interessen betreffen. Dem Gros der Sichtweisen ist ein Pessimismus gemein, mit dem der Zustand öffentlicher Freiräume interpretiert wird. Eine Vielzahl von Beobachtern ist sich darin einig, dass diese vermeintlich negativen Entwicklungen, Phänomenen der Privatisierung und Kommerzialisierung zuzuschreiben sind. Was diese Phänomene im Einzelnen ausmacht, bleibt in der Argumentation der Kritiker oft unklar. Um die tatsächlichen Ursachen

von Veränderungen im öffentlichen Raum zu erkennen und die fast reflexartig geäußerten negativen Assoziationen zu relativieren, sind Fakten notwendig. Hierfür ist der Blick auf die entsprechenden Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, insbesondere in New York City aufschlussreich. Dort kann auf über vierzig Jahre Erfahrungen im Umgang mit Räumen im Überschneidungsfeld öffentlicher und privater Kompetenzen geblickt werden: den *privately owned public spaces*.

*Privately owned public spaces* sind öffentlich nutzbare Räume, die sich in privatem Besitz befinden. Auf Basis des *incentive zoning* kann Bauherren, die auf ihrem Grundstück einen öffentlich nutzbaren Raum errichten, ein Bonus in Form von zusätzlich genehmigter Geschossfläche geboten werden. Dieser Tausch unterliegt besonderen Rahmenbedingungen. Seit der Verankerung des *incentive zoning* in der Zonenbauordnung 1961 waren in New York City bis zum Jahr 2000 durch diese Art Tauschgeschäft 503 Freiräume entstanden. In einer Stadt, in der schon bei der Festlegung des Straßenrasters 1811 dem öffentlich nutzbaren Raum wenig Bedeutung zugemessen wurde, spielen die *privately owned public spaces* mit

einer Gesamtfläche, die etwa einem Zehntel des Central Parks entspricht, eine wichtige Rolle. Viele dieser Räume zeichnen sich nicht durch herausragende Qualität aus und weisen Schwierigkeiten auf, die im Laufe der Jahre thematisiert werden mussten. Die mit dieser Auseinandersetzung gemachten Erfahrungen stellen wichtiges Material für die hiesigen Erwägungen dar. Die Veränderungen und Nachbesserungen, der sich die 1961 eingeführte Form der Kooperation unterziehen musste, offerieren lehrreiche Hinweise für das Abwägen und Auspendeln öffentlicher und privater Kompetenzen.

Waren die ersten in die Zonenbauordnung aufgenommen Raumtypen zunächst nur grob umrissen, nur wenige Details zu ihrer Funktion und Gestaltung im Gesetzestext spezifiziert, so zeigte sich bald Handlungsbedarf: Diese minimalen Spezifikationen hatten zu wenig nutzbaren Räumen geführt. Parallel zur Präzisierung der Gestaltungsanforderungen, wurden auch diskursivere Genehmigungsverfahren notwendig; zum einen um bei der entwurflichen Umsetzung der zunehmend komplexen Richtlinien zu beraten und zum anderen um textlich nicht ausreichend formulierbare Anforderungen fallweise einzufordern. Wurden die *privately owned public spaces* zunächst nur dort errichtet, wo Bauherren auf die Anreize des Bonus reagierten, kristallisierte sich bald die Erkenntnis heraus, dass eine gezielte Einbettung der Räume in ihren Kontext deren Qualität zu steigern vermochte. Und andersherum, die öffentlich nutzbaren Räume und die damit verbundenen Boni als wichtiges Vehikel eingesetzt werden können, um in verschiedenen Teilen der Stadt unterschiedliche planerische Ziele in ihrer Umsetzung zu unterstützen. Bald wurde auch deutlich, dass der Bau dieser Räume nicht allein in Pflichten für den Bauherren mündete, sondern auch die Kommune neue Verantwortlichkeiten übernehmen musste. Dazu gehört die Durchsetzung der gesetzlichen Anforderungen und deren systematische Kontrolle. Probleme, vorschnell als rechtliche Verstöße gegen die Zonenbauordnung

interpretiert, erwiesen sich oft als Unzulänglichkeiten, die auf Unklarheiten in den Kooperationsbedingungen zurückzuführen waren.

Wesentliche Voraussetzung für die systematische Aufarbeitung dieser Erfahrungen ist eine Inventarisierungsstudie aller *privately owned public spaces*. Eine im Rahmen dieser Studie erfolgte Evaluierung wurde zur wichtigen Basis neuer Handlungsstrategien. Reagierten die oben erwähnten Veränderungen im Laufe der Jahre seit 1961 auf einzelne Problemstellungen, so erlauben die Erkenntnisse der Studie erstmalig, weitreichende Strategien zu erarbeiten und zu implementieren. Die zwei wichtigsten Erkenntnisse der Studie sind, dass eine zu große Zahl der Räume als *marginal* klassifiziert wird und die Anzahl der registrierten Probleme und Verstöße zu hoch ist. Daraus schließen die New Yorker Planer, dass die Anforderungen an die Räume expliziter und zielgerichteter formuliert werden müssen, um die daraus resultierenden Aufgaben der beteiligten Akteure entsprechend genauer thematisieren zu können und eine genaue Basis für systematische Kontrollen zu erhalten. Zudem bedürfen die *privately owned public spaces* einer Re-Konzeptionalisierung. Diesen Aufgaben widmet sich seit 2003 die eigens dafür gegründete Initiative „Advocates for Privately Owned Public Spaces“ (APOPS). Diese bedient sich einer kuratorischen Herangehensweise und versucht, aus den über 500 beliebig ko-existierenden öffentlich nutzbaren Räumen ein wertvolles und kohärentes Netzwerk zu entwickeln: ein Art *de-Central-ized* Park. Ihr Ziel liegt darin, ein positives Bewusstsein für diese Räume, ihr Potential und ihren Wert zu stärken.

Obwohl diese Handlungsstrategien eindeutig auf die Erfahrungen im Umgang mit den New Yorker *privately owned public spaces* reagieren, sind doch wesentliche Erkenntnisse geeignet, die Diskussion um neue Herausforderungen mit öffentlich nutzbaren Räumen im Überschneidungsfeld öffentlicher und privater Kompetenzen in Deutschland zu berei-

chern. Die wesentlichen sind: Mit den Veränderungen der tradierten Kompetenzen für die öffentlichen und privaten Akteure entstehen neue Pflichten – auch für die Kommune. Sie greifen sowohl während des Entstehungsprozesses, einschließlich der Genehmigungs-„Verhandlung“, als auch zur Instandhaltung der Räume und Durchsetzung der gesetzlichen Anforderungen. Während die rechtliche Situation der Nutzer derjenigen anderer, öffentlich nutzbarer, in städtischem Besitz befindlichen Räume gleichkommt, impliziert die Beschränkung der normalerweise mit Privateigentum assoziierten Rechte – auf Seite der privaten Bauherren – ein Konfliktpotenzial. Dies ist in Abwägung mit den Chancen und Potenzialen zu bringen. Es wird minimiert, je genauer die Kompetenzen und daraus resultierenden Verantwortlichkeiten präzisiert sind und je systematischer kontrolliert wird. Bei der systematischen Kontrolle soll sich die Kommune des Verantwortungsgefühls und der Unterstützung der Nutzer bedienen. Überhaupt erweist sich, in diesem Labor neuer Formen der Zivilgesellschaft, der „kuratorische“ Ansatz als bedeutsam. Auf operationeller und ideeller Ebene müssen die beteiligten Akteure von der Relevanz der neuen Pflichten, der veränderten Rechte und den Räumen innenwohnenden Potenzialen überzeugt werden und diese „leben“ lernen.

*Juliane Pegels  
Privately Owned Public Space  
New York Citys Erfahrungen im Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen, die sich in privatem Besitz befinden  
I. Architektur und Planung, Nr. 1, Dissertationen an der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen, Aachen 2004  
ISBN 3-936971-17-X*





Christian Dimmer

## Verständniswandel im Umgang mit öffentlich nutzbaren Stadträumen in Japan

Die stadtplanerische Fachdiskussion in Deutschland ist in jüngster Zeit durch Bemühungen um eine differenziertere Sicht auf den Gegenstand öffentlicher Raum gekennzeichnet. Der Diskurs löst sich dabei zunehmend von einem bi-polaren Paradigma, das im Sinne von Bahrtdt in der klaren Trennung von privater und öffentlicher Sphäre eine wichtige Voraussetzung für Urbanität sieht (Bahrtdt 1998: 83f). Eine pauschale, diffuse Furcht vor *Privatisierung des öffentlichen Raums* weicht dabei der nüchterneren Einsicht, dass immer schon als öffentlich angenommene Räume tatsächlich in privatem Besitz sein konnten und sich beide Sphären niemals strikt trennen ließen, sondern in einem komplexen Wechselverhältnis zueinander standen. Vor diesem Hintergrund diskutiert der vorliegende Beitrag die *private Produktion öffentlich nutzbarer*<sup>1</sup> Räume in Japan. Diese außer-europäische Perspektive ist für den stadtplanerischen Diskurs in Deutschland deshalb von Interesse, weil in Japan bereits seit mehr als 40 Jahren Erfahrungen mit dieser Art öffentlich-privater Partnerschaft gemacht wurden. Der eigentlichen Diskussion der Schaffung dieser hybriden Räume geht zunächst eine allgemeine theoretische Einordnung in den räumlichen, kulturellen und sozio-ökonomischen Kontext voraus.

Nach der Bewertung typischer Produktionsmechanismen, wird dann anhand zweier Fallbeispiele aufgezeigt, wie sich einmal von kommunaler und einmal von privater Seite initiiert, ein Paradigmenwechsel im planerischen Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen in Japan vollzieht.

### Öffentlichkeitsverständnis und räumliche Praxis

Da bereits der deutsche Diskurs um den öffentlichen Raum durch zahlreiche Unschärfen und Missverständnisse gekennzeichnet ist, erscheint es sinnvoll, einem Beitrag über öffentliche Räume in Japan zunächst eine Klärung des fundamentalen Öffentlichkeitsverständnisses voranzustellen. Die Kategorien öffentlich und privat waren dort niemals so klar unterscheidbar, wie es oft zu euphemistisch für die *Europäische Stadt* angenommen wird. Vielmehr ist das Begriffspaar angereichert durch zusätzliche, komplexe Bedeutungsüberlagerungen, die aus der vormodernen, vertikal-hierarchisch strukturierten Feudalgesellschaft stammen und horizontal-lateralen Assoziationen, die auf westlichen Philosophien basierend seit Mitte des

öffentlichen Verwaltung behindern einen integrierten planerischen Umgang mit öffentlichen Räumen auf lokaler Ebene. Ein strenges Fairnessprinzip postuliert außerdem, dass kein Privater einen direkten kommerziellen Nutzen aus dem Gemeingut *öffentlicher Raum* ziehen darf (UDC 2002)<sup>2</sup>. Erst in jüngster Zeit wird erkannt, dass eine exzessive Normierung öffentlicher Räume den typischen Charakter der traditionellen Japanischen Stadt gefährdet – Nutzungsmischung, Dichte, Vielfalt, Vitalität, spontane Aneignung. Starre, landesweit uniforme Regelungen führten zu standardisierten öffentlich nutzbaren Räumen – privaten wie öffentlichen. Vor dem Hintergrund eines verschärften lokalen und internationalen Standortwettbewerbs wird in jüngster Zeit eine stärkere Ausformung der lokalen Identität angestrebt.

**Bei der Nutzung öffentlich nutzbarer Räume** stößt man immer wieder auf das Paradox spontaner Aneignung einerseits aber rigider Regulierung öffentlicher Räume andererseits. Beide Aspekte kennzeichnen gleichermaßen die Realität. In den traditionellen Geschäftshäusern durchdrangen sich Geschäfts- und Privatsbereiche fließend, oder in Einkaufsstrassen greift das Interieur massiv durch die Auslagen in den öffentlichen Straßenraum ein. Bushaltestellen werden von Privatleuten möbliert und Baumscheiben im öffentlichen Raum von Anwohnern spontan bepflanzt – effektiv also privatisiert. Eine vergleichbare Furcht vor Privatisierung, oder *Ent-Öffentlichung* öffentlicher Räume, wie sie beim Rückgriff auf ein idealisiertes Öffentlichkeitskonzept entsteht, findet man in Japan nicht. Private Räume, wie Einkaufsstrassen und -plazas, Tempel, Schreine, Badehäuser, oder Kaufhäuser sind seit jeher Orte, an denen sich öffentliches Leben abseits staatlicher Kontrolle formierte (Abb. 1). Traditionell ist öffentliches Leben eher kommerzieller als politischer Natur. Konsum, im Westen oft als Gefahr für Kultur und *authentisches* öffentliches Lebens gesehen, nimmt in Japan eine Schlüsselrolle ein, wo der Austausch von Geschenken ein wichtiges gesellschaftliches Strukturprinzip

19. Jahrhunderts ins Land kamen. Aufklärung, Humanismus und die Idee einer emanzipatorischen diskursiven Öffentlichkeit im Sinne Habermas' (Habermas 1999) haben also in Japan eine vergleichsweise kurze Ideengeschichte (Iokibe 1999: 66–70). Eine Überhöhung des Öffentlichkeitskonzepts im Rückgriff auf eine mystifizierte bürgerliche Öffentlichkeit muss daher unterbleiben (weiterführend: Aesche und Dimmer 2001). Während der westlichen Bedeutung von öffentlich gerade die Unterscheidung zwischen *staatlich* einerseits und *allen* – also der Öffentlichkeit – zugehörig impliziert (Habermas 1999: 86ff), wird *öffentlich* in Japan mit *offiziell*, oder *staatlich* gleichgesetzt; also eher der Staatsbürokratie zugeordnet als einer Zivilgesellschaft (Yoshida 1999: 25). Im städtebaulichen Diskurs wird öffentlicher Raum daher als merkwürdig entfremdetes Konzept empfunden, das sowohl als städtebauliche Typologie wie in seiner zivilen und symbolischen Bedeutung westlichen Vorbildern entliehen ist, aber in Japan keine direkte historische Entsprechung hat. Ferner ist das *Öffentlichkeitsprinzip* dadurch diskreditiert, dass das Gemeinwohl betreffende politische Entscheidungen oft durch eine mächtige Regierungsbürokratie in undurchsichtigen, zentralisierten Entscheidungsprozessen vorbei an den Bürgern ausgehandelt wurden. Städtebauliche Projekte wurden bis in jüngster Vergangenheit (Dezentralisierungsgesetz (2000)) weniger kommunal, als vielmehr durch die Logik eines starken, vertikal strukturierten Zentralstaats bestimmt. Den Kommunen blieb oft nur der Vollzug sowie die Vermittlung unabänderlicher Entscheidungen an die Bürger. Yoshida etwa beschreibt, wie ein Park durch die lokale Außenstelle des Bauministeriums gegen den Willen der Bürger gebaut wurde und dann der Gemeinde samt aller Unterhaltungsverpflichtungen überantwortet wurde (Yoshida 1999: 17ff). Jegliche Aktivitäten in öffentlichen Räumen unterliegen *prinzipiell* staatlichem Genehmigungsvorbehalt und Nutzung sowie Gestaltung sind einheitlich durch detaillierte nationale Gesetze (z.B. Parkgesetz) normiert. Dies und die starke vertikale Fragmentierung der

ist. Ein weiteres Charakteristikum besonders *privater* öffentlich nutzbarer Räume ist die hohe Toleranzschwelle bei der Nutzungskontrolle. Selbst in exklusiven städtischen Lagen erfolgt direkter Ausschluss durch privates Wachpersonal kaum. Dafür sind kulturelle Gründe anzuführen: Etwa ein breites Mittelklassenbewusstsein, das auf die Mitmenschen projiziert und gepaart mit einer homogenen ethnischen Struktur, zu einer geringeren Furcht vor der Figur des *Fremden* führt. Vom Äußeren lässt sich nicht leicht auf sozialen Status schließen, da rasch wechselnde Moden eher von loser Mitgliedschaft in Lifestylmilieus als von sozialer Klasse zeugen. Als letzter Aspekt soll das weitgehende unkritische Hinnehmen gesellschaftlicher Normen genannt werden, das zu effektiver Selbstregulierung von Verhalten im öffentlichen Raum führt und eine Durchsetzung durch privates Wachpersonal oder staatliche Autorität oft erübrigt.

### Stadtstruktureller Kontext

**Enge und Mangel an öffentlichem Raum** ist ein bestimmendes Merkmal japanischer Städte und prägte maßgeblich räumliche Praxis und Produktion. Im Gegensatz zu westlichen Städten des späten 19. Jahrhunderts, entwickelte sich das neuzeitliche Tokio weitgehend ungeplant, was zu einem extremen Freiraummangel führte. Eine existierende, vormoderne und auf Fußgängerverkehr ausgelegte Stadtstruktur, in der die nahe offene Landschaft wichtige Freiraumfunktionen übernahm, musste schrittweise den Anforderungen der Moderne angepasst werden. Nach der Öffnung Japans zum Westen, zielte die Regierung auf eine schnelle militärische und wirtschaftliche Modernisierung des Landes insgesamt, um so zu den fortgeschrittenen westlichen Nationen aufzuschließen. Diesem Ziel diente Stadtplanung mit der Schaffung großer öffentlicher Infrastrukturprojekte wie Kanäle, Straßen, Brücken, Industriegebiete oder Hafenanlagen. Für Parks, oder Sport- und Freizeiteinrichtungen, die für die Lebensqualität des Einzelnen wichtig sind, standen nur geringe Res-

ourcen bereit (Sorensen 2002, 2003). Der Aufstieg des Landes zu einer führenden Wirtschaftsmacht ging mit einer massiven Bevölkerungskonzentration in den Ballungsräumen einher. Während der Zeit der explosivsten Expansion<sup>3</sup> wurde die Entwicklung lediglich durch ein Stadtplanungsgesetz (1919–1968) gesteuert, das wenig mehr verlangte, als das Angrenzen von Gebäuden an eine Erschließungsstraße von mindestens 4 Meter Breite (ebd.). So entwickelte sich in den Suburbanisierungswellen der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts, nach dem Kanto Erdbeben von 1923 und dem 2. Weltkrieg, ein sichelförmiges Gebiet außerhalb der Yamanote Ringbahn mit Bevölkerungsdichten von mehr als 10.000 Einwohnern pro km<sup>2</sup>. Diese so genannte *Holzhauszone* (siehe Abb. 2), die auch andere japanische Städte kennzeichnet, weist eine hohe Konzentration alter, abrisssreifer Gebäude, extrem kleinteilige Grundstückszuschnitte, komplizierte Besitzverhältnisse, eine funktionale Durchmischung von Wohnen und Industrie, eine Überalterung der Wohnbevölkerung sowie gravierende infrastrukturelle Mängel insbesondere bei Straßen, Gehwegen und Parks auf (Hohn 2000: 501). Anfang der 70er Jahre sah sich die Nationalregierung genötigt, dem Freiraummangel durch ein *ad hoc*-Gesetz zur Schaffung von Parks zu begegnen. Dieses bewirkte statistisch eine beträchtliche Steigerung der durchschnittlichen Pro-Kopf Parkfläche, aber viele Parks entstanden an der Peripherie, wo niedrigere Bodenpreise und klare Besitzverhältnisse die schnelle Ausführung garantierten. Signifikante innerstädtische Parks entstanden hingegen nur, wo die Verlagerung großflächiger öffentlicher Einrichtungen oder Fabriken Flächenpotenziale eröffnete. Große innerstädtische Freiflächen, wie etwa der kaiserliche Palast, sind außerdem einer öffentlichen Nutzung völlig entzogen, oder Eintrittsgelder verhindern, dass Räume alltäglich genutzt werden (siehe Abb. 2).

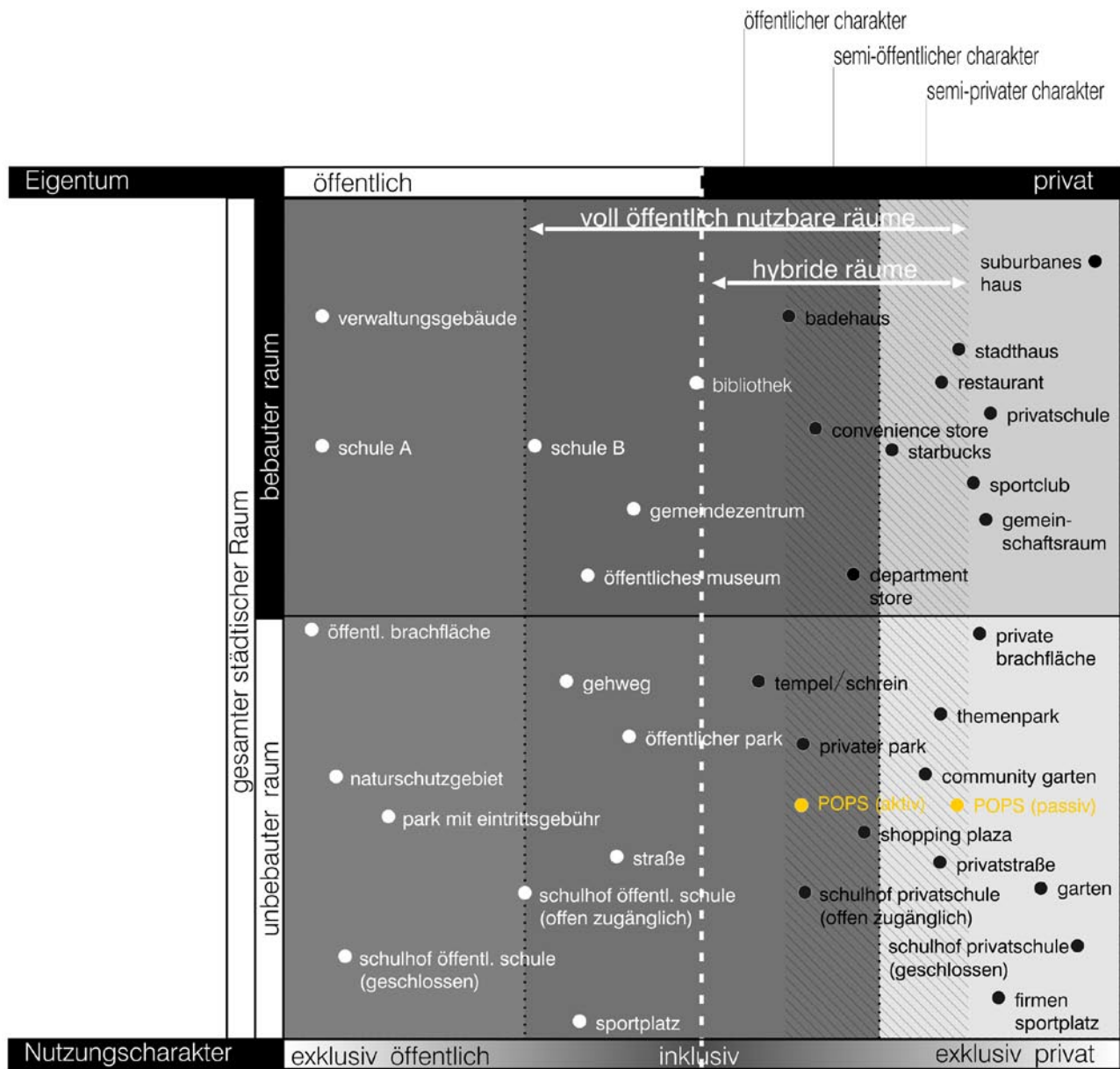


Abb. 1: Klassifizierung städtischer Räume in Japan

Gefühlter Nutzungscharakter vs. Eigentumscharakter. Vereinfachte Klassifizierung städtischer Räume in Japan. Traditionell findet ein großer Teil des öffentlichen Lebens an Orten statt, die in Privateigentum sind (Kaufhäuser, Schreine und Tempel). Umgekehrt weckt der Begriff ‚öffentlich‘ ide

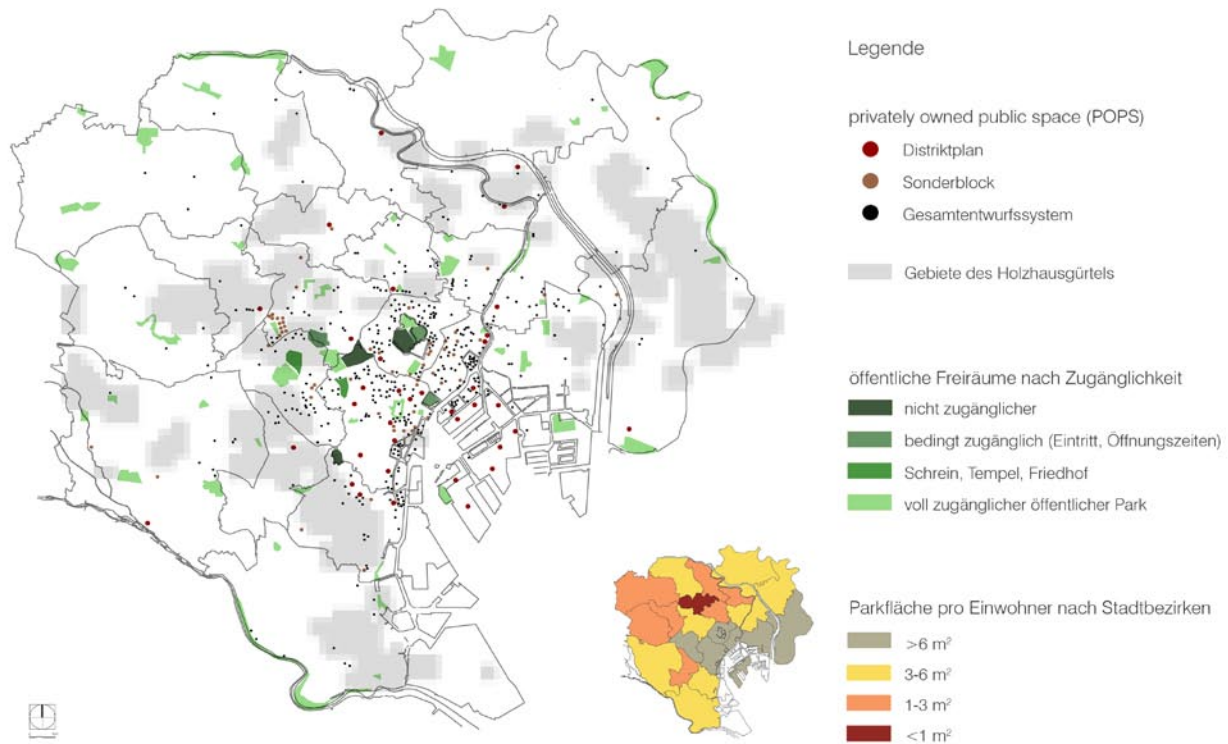


Abb. 2: Verteilung von POPS in Tokios Freiraumsystem

Verteilung von POPS in Tokios 23 Zentralen Bezirken: Ein Großteil der POPS konzentriert sich in den drei zentralen Bezirken Chiyoda, Chuo und Minato, wo die Freiraumversorgung ohnehin am höchsten ist und die Bevölkerungsdichte gering. In den dicht überbauten, katastrophengefährdeten Gebieten des Holzhausgürtels greifen hingegen die Mechanismen einer Anreizplanung wegen mangelhafter Erschließung und fehlendem ökonomischen Anreiz nicht. Hier müssen andere planerische Strategien zur Linderung der Freiraumnot entwickelt werden. (Eigene Darstellung)

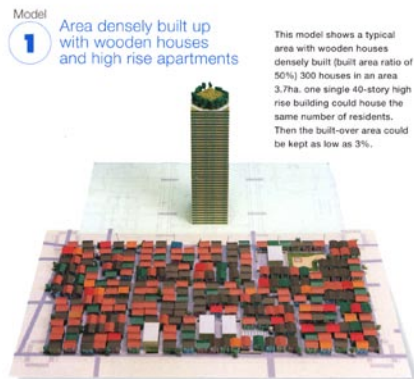


Abb. 3: Modernistisches Leitbild des ‚Tower-in-the-Park‘

Mit zahlreichen Publikationen und Ausstellungen propagiert Mori einen massiven Umbau Tokios, bei dem in Anlehnung an Le Corbusiers Plan Voisin eine radikale Umstrukturierung der Stadt in der Vertikalen verfolgt wird. Die dichte, niedriggeschossige Stadt soll durch eine ‚Tower-in-the-Park‘ Typologie in einem Meer von Freiraum ersetzt werden. Neben Idealismus stecken dahinter handfeste Gewinninteressen, denn ein tiefgreifender Stadtumbau sichert der Immobilienbranche satte Gewinne auf Jahre. Gerade Moris Einfluss war bei der Verabschiedung der nationalen Urban Renaissance Politik durch das Koizumi Kabinett (2002) von Bedeutung. Durch massive Deregulierung von Planungsverfahren und Heraufsetzen von GFZ Werten, soll Stadtumbau beschleunigt werden um die darabende Wirtschaft zu stimulieren. (Mori 2002: 8).

## Schaffung von öffentlich nutzbarem Raum durch Private

**Incentive Zoning** oder anreizinduzierte Planung wurde in Japan eingeführt<sup>4</sup>, um die massiven stadtstrukturellen und institutionellen Schwierigkeiten bei der Freiraumschaffung zu bewältigen. Seit den späten 60er Jahren wurden sukzessive verschiedene Anreizinstrumente entwickelt, die private Grundeigentümer durch Deregulierung von planungsrechtlichen Vorgaben oder Bewilligung eines über das städtebaulich festgelegte Maß hinaus gehenden Bonus an zusätzlicher Geschossfläche motivieren, öffentlich nutzbaren Freiraum zu schaffen. Vorbild war dabei *Incentive Zoning*, das mit der Zonenbauordnung von 1961 erstmals in New York<sup>5</sup> implementiert wurde. Dazu wurde die bis dahin gültige, absolute Gebäudehöhenbegrenzung<sup>6</sup> von 31 Metern durch das Geschossflächensystem (GFZ) ersetzt, das die Schaffung von Freiraum durch höhere Gebäude auf geringerer Grundfläche begünstigt (siehe Abb. 3). Einerseits erlaubte der technische Fortschritt im Bauwesen seit Beginn der 60er Jahre erstmals den Bau erdbebensicherer Hochhäuser. Andererseits wurde der Systemwechsel durch den Druck der mächtigen

Bau- und Immobilienlobby herbeigeführt, die ihre Profite dadurch massiv steigern konnte (Hohn 2000). Die Freiraumschaffung kann vor diesem Hintergrund auch als Rationalisierung dominierender ökonomischer Interessen gesehen werden. Es gibt grundsätzlich vier Verfahren, durch die hybride Räume auf verschiedenen Maßstabebenen geschaffen werden: Gesamtentwurfssystem (Baugrundstück), Sonderblock (städtischer Block), Distriktplan zur Gebietserneuerung und Gebiete hochgradiger Entwicklung (Quartier). Allen vier gemein ist der Charakter einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Die drei letztgenannten Systeme beinhalten langwierige Planungsverfahren mit allgemeiner Bürgerbeteiligung sowie intensiver stadtplanerischer Prüfung der Vorhaben, ähnlich der deutschen Bauleitplanung. Größter Beliebtheit erfreut sich bei Entwicklern deshalb das Gesamtentwurfssystem, bei dem automatisch ein Anspruch auf Genehmigungserteilung (*as-of-right*) besteht, wenn baurechtliche Bestimmungen eingehalten werden. Allgemeine Bürgerbeteiligung und städtebauliche Prüfung entfallen.

**Als Privately Owned Public Spaces (POPS)** definiert Kayden städtische Räume, die im Rahmen von *Incen-*

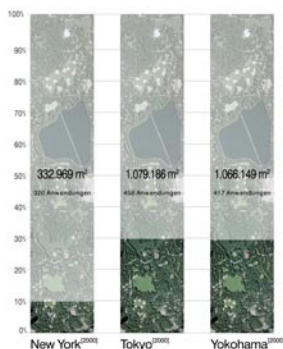


Abb. 4: Quantitativer Vergleich der Gesamtfläche von POPS in New York, Tokyo und Yokohama im Verhältnis zu Central Park

*tive Zoning* durch Private geschaffen und unterhalten werden (Kayden 2000). Als Gegenleistung für einen Planungsvorteil durch die Kommune verpflichtet sich der Bauherr zur Schaffung einer Freifläche oder einer anderen öffentlichen Einrichtung auf seinem Privatgrundstück. Im Zuge dieses Handels muss er eine weit reichende Einschränkung seines privaten Verfügungsrechts akzeptieren, sodass er die Fläche prinzipiell jedermann zu jederzeit zugänglich machen muss. Quantitativ nehmen *POPS* eine wichtige Rolle im innerstädtischen Freiraumsystem großer japanischer Städte wie Tokio, Yokohama oder Osaka ein (siehe Abb. 2). Die Gesamtfläche ist beispielsweise in Tokio und Yokohama mit jeweils 1 Million m<sup>2</sup> dreimal so hoch als in New York und kommt jeweils einem Drittel der Gesamtfläche von *Central Park* gleich (Abb. 4).

**Nutzungskontrolle** ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal öffentlich nutzbarer Räume. Ganz im Gegensatz zu detaillierten Regeln in öffentlichen Parks wurde sie im Falle von *POPS* nie rechtlich fixiert. Sie variiert fallweise und liegt in der Praxis im Ermessen des Managements. Ein Extrembeispiel ist das im Besitz eines singapurischen Entwicklers befindliche *City*

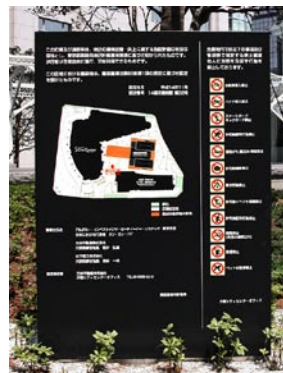


Abb. 5: Hinweistafel am City Center Shiodome: 12 Nutzungseinschränkungen durch den Grundeigentümer, die die Frage eröffnen, wie öffentlich nutzbar *POPS* eigentlich sind. (Eigene Aufnahme)

*Centre Shiodome*, wo nicht weniger als 12 Aktivitäten ausdrücklich untersagt sind (Abb. 5). Vor dem Hauptgebäude der Ost-Japanischen Eisenbahn in Shinjuku wurden Sprinkleranlagen installiert, die zur Abwehr demonstrierender Gewerkschafter oder Obdachloser dienen. Im westlichen Diskurs käme unweigerlich die Frage auf, inwieweit hier noch uneingeschränkt von öffentlich nutzbaren Räumen gesprochen werden kann und wo die Grenzen eines legitimen Sicherheitsbedürfnis des Grundeigentümers verlaufen. In Japan werden derartige Fragen kaum öffentlich diskutiert, da der Diskurs von praktischeren Aspekten dominiert wird. Allgegenwärtiges privates Wachpersonal wird weniger mit Unbehagen denn als zusätzliches Serviceangebot gesehen. Bis Mitte der 90er Jahre war es kaum möglich, kommerzielle Nutzungen wie Cafés in *POPS* zu integrieren und jedwede Nutzung durch den Eigentümer musste einzeln genehmigt werden. Beides wurde als Kollision mit der Bestimmung als öffentlicher (=gemeinnützig) *Frei-Raum* und Katastrophenschutzfläche gesehen. Viele *POPS* haben daher einen passiven, ausgeräumten Charakter und stimulieren keine Nutzung (Abb. 6). Erst seit 2003 erlaubt Tokio vor dem Hintergrund einer *Urban Renaissance* Politik, *POPS* leichter für Events wie Verkaufsshows, Kon-



Abb. 6: Typischer POPS in Shinagawa  
Typische ‚Tower-in-the-Park‘-Typologie eines POPS im Geschäftsviertel Shinagawa. Die riesige, ausgeräumte Fläche lädt kaum zum Verweilen ein. (Eigene Aufnahme)

zerte, Ausstellungen oder Konzerte zu nutzen. Dahinter steht die Idee, das Potenzial existierender Flächen für die Revitalisierung der umgebenden innerstädtischen Quartiere zu mobilisieren.

**Die Qualität** öffentlich nutzbarer Räume wird bestimmt von einer guten Integration in den städtischen Kontext, sodass sie dort entstehen, wo sie städtebaulich ‚Sinn ergeben‘ und von einer breiten Öffentlichkeit genutzt werden können. Auch eine nutzungsfreundliche oder ästhetisch ansprechende Gestaltung, eine liberale Kontrollpraxis sowie eine gute Pflege sind wichtige Kriterien. Zur Realisierung der genannten Kriterien fehlen in Japan jedoch die rechtlichen und stadtplanerischen Voraussetzungen, sodass bis auf Lage, Zuschnitt und neuerdings Begrünung der *POPS* keine weiteren Spezifizierungen gemacht werden. Demgegenüber führten in New York detaillierte Untersuchungen zur tatsächlichen Nutzung von *POPS* (William Whyte 1980) dazu, die Bauordnung so zu spezifizieren, dass die Gewährung eines GFZ Bonus an eine vorgegebene Ausstattung der jeweiligen Raumtypen gebunden ist. Ferner gibt es Mechanismen, wie etwa Sicherungszahlungen (*Performance Bond*), die eine gute Unterhaltung

sicherstellen sollen. Durch spezielle Stadtplanungsbezirke (*Special Purpose District*) soll darüber hinaus bewirkt werden, dass *POPS* in besonderen Gebieten besser kontextuell integriert und vernetzt werden. So erlaubt zum Beispiel der *Special Park District* keine zusätzlichen *POPS* in der Nähe des Central Parks, da sie dort nicht benötigt werden. Im Zentrum von Seattle sind Bereiche ausgewiesen, in denen die Schaffung von *POPS* möglich ist und solche, wo sie aus stadtgestalterischer Sicht unerwünscht ist (Getzels et al. 1988). Derartig kontextsensitive Regeln sucht man in Japan mit Ausnahme der später zu diskutierenden Stadtentwicklungskonferenzbezirke in Yokohama vergebens. Zu mächtig ist der Druck der Baulobby und zu stark die Tradition des starken Eigentumsrechts. Ein Beispiel ist der 2004 fertiggestellte 38-geschossige Renaissance Tower am Ueno Park. Direkt neben einem der schönsten Parks Tokios gelegen, werden die Freiflächen von niemand anderem genutzt, als den Bewohnern selbst. Analysiert man Japans *POPS* näher, fällt auf, dass der größte Teil von Zirkulationsräumen wie Gehwegen, Gehwegweiterungen und Blockdurchquerungen ausgemacht wird. Vergleicht Kayden mit der Metapher eines de-centralized Parks New Yorks *POPS* mit dem

wertvollsten öffentlichen Raum der Stadt, *Central Park*, so ist die Situation in Japan eine andere. Um den Mangel an elementaren öffentlichen Räumen zu bekämpfen, wurden die höchsten Geschossflächenboni jeweils für Zirkulationsflächen angesetzt. Generell werden diese um ein mehrfaches höher bewertet als platzartige Räume. Mit den geringsten Boni werden Innenräume wie Atrien und Passagen belegt, da diese dem Ideal echter Freiräume widersprechen und per se einen privateren Charakter annehmen. Dies ist umso erstaunlicher in einem Land, in dem durch Regenzeit und extreme Hitze der Aufenthalt in nicht klimatisierten öffentlichen Räumen im Sommer zur Qual wird. Viele Autoren haben in den letzten Jahren bemerkt, dass die jetzige Gewichtung der verschiedenen Typen von *POPS* unzeitgemäß ist. Wie beim Beispiel des Otemachi-Marunouchi-Yurakucho (OMY) Quartiers, fördert die kontextunabhängige Untergewichtung von Innenräumen indirekt die Zerstörung einer historischen, geschlossenen Baustruktur. Weite Gebäuderücksprünge werden durch höhere Boni belohnt, während sich die Schaffung von stadtgestaltverträglicheren Atrien bisher für Entwickler nicht auszahlte. Daher wurde hier die Schaffung von Innenräumen erstmals aufgewertet. Des Weiteren zeigt ein Blick auf die räumliche Verteilung von *POPS* in Tokio beispielsweise, dass wenige in den dicht überbauten Gebieten des Holzhausgürtels geschaffen werden (Abb. 2). Gerade hier aber wären sie zur Ergänzung des öffentlichen Raums notwendig. Die Anreizplanung mit ihren ohnehin konfliktträchtigen Großprojekten scheitert hier an einer nicht tragfähigen Erschließung, fragmentiertem Grundbesitz und mangelndem ökonomischen Anreiz für private Entwickler. In den zentralen Geschäftsgebieten hingegen, wo die Versorgung mit Zirkulationsräumen sichergestellt ist, konzentrieren sich die Anwendung des *Incentive Zoning*. Stattdessen entsteht hier aus Mangel an Wohnbevölkerung und wegen monofunktionaler Büronutzung kaum öffentliches Leben außerhalb der Geschäftszeiten. Im Folgenden werden nun die Fallbeispiele der Stadt Yokohama und des

OMY Viertels diskutiert, wo einmal von kommunaler Seite und einmal von privater Seite versucht wird, die genannten Probleme der Schaffung öffentlichen Raums in Japan zu überkommen. Durch einen proaktiven Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen, soll eine bessere Integration in den städtischen Kontext bewirkt werden. Außerdem zeichnen sich beide Beispiele durch einen hohen Stellenwert der Qualität des öffentlichen Raums sowie einer breiteren Beteiligung der Öffentlichkeit aus.

### **Kommunale, pro-aktive Steuerung: Die Yokohama Formel**

**Yokohama** ist mit 3,5 Mio. Einwohnern die zweitgrößte Stadt Japans und bildet 30 Kilometer von Tokio den südlichen Ausläufer der Metropolregion. Mit der Öffnung des Landes, Mitte des 19. Jahrhunderts, wurde Yokohama als Hafen von Tokio das Tor zum Westen. Mit seinen enormen auf neu gewonnenem Land entstandenen Industriegebieten wurde es zum Zentrum des industriellen Aufstiegs des Landes. Durch die heftigen Suburbanisierungsschübe der 60er und 70er Jahre verwuchs die Stadt jedoch stadträumlich untrennbar mit der Hauptstadt und drohte durch starke Pendlerbeziehungen mit Tokio als eigenständige Stadt marginalisiert zu werden. Daher war es die oberste Priorität des 1963 gewählten Reformbürgermeisters Asukata, dem Identitätsverlust und sich verschlimmernden Umweltbedingungen entgegen zu wirken. 1965 präsentierte er sein Programm für die zukünftige Entwicklung Yokohamas, dessen Kern die so genannten 6 Großen Projekte<sup>7</sup> bildeten. Die wichtigste und zugleich symbolträchtigste Aufgabe war die Revitalisierung der historischen Stadtteile und eine Integration der durch eine Werft in Altstadt und Neustadt geteilten Innenstadt (Abb. 7). Zu diesem Zweck wurde die Arbeit aller stadtplanerischen Fachabteilungen in einer Koordinierungsabteilung zusammengeführt und eigens eine neue *Urban Design* Abteilung gegründet. Diese widmete sich stadtgestalterischen Fragen und förderte durch Schauprojekte, Events und Öffentlichkeitsarbeit das

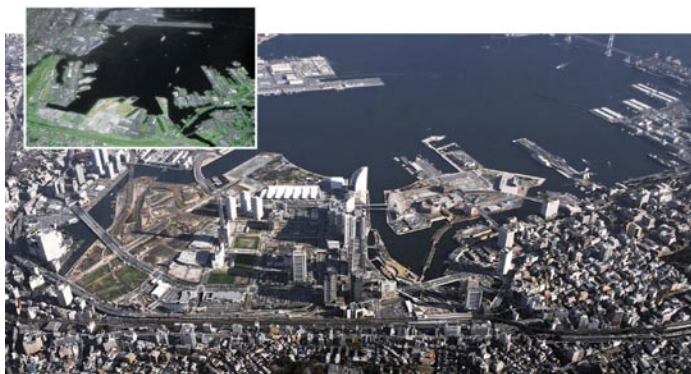


Abb. 7: Yokohama, Minato Mirai 21 Projekt

Integraler Bestandteil der stadtplanerischen Vision ist es, den durch einen Industriekomplex getrennten alten (rechts) und neuen (links) Stadtkern Yokohamas zu integrieren. Auf neu aufgeschüttetem Land entstand das Minato Mirai 21 Projekt, das durch Uferparks und Fußgängerpromenaden zur Realisierung dieses Ziels beiträgt. Private Entwickler wurden hier im Rahmen einer Stadtentwicklungskonferenz verpflichtet, das Netz der öffentlichen Räume durch POPS zu komplementieren. (Photo MM21, 2004: 11)

Bürgerbewusstsein. In einer anfänglichen Bestandsaufnahme wurden die Potenziale der Stadt aufgenommen und ein Freiraumsystem vorgeschlagen, das wichtige Knoten und öffentliche Räume von überörtlicher Bedeutung durch ein Netz von Promenaden verbindet. Vorbildliche öffentliche Projekte und strategische Lenkung privater Entwicklungstätigkeit sollten der schrittweisen Realisierung dieser Vision dienen. Dieser umfassende Ansatz war zu seiner Zeit beispiellos in Japan und erlangte Bekanntheit als *Yokohama Formel*.

**Incentive Zoning** ist ein integraler Bestandteil zur Realisierung dieser Zukunftsstrategie. Um es gezielter einzusetzen, war es notwendig, die einzelnen allein stehenden stadtplanerischen Instrumente konzentriert einzusetzen. Erlaubte beispielsweise die Einführung des GFZ-Systems in Japan allgemein den Bau unbeschränkt hoher Gebäude, ging Yokohama den Sonderweg von stadtweiten Höhenkontrollgebieten gepaart mit niedrigeren GFZ-Werten. Diese Deckelung der Gebäudehöhen kann prinzipiell nur im Rahmen des *incentive zonings* überwunden werden, was gewährleisten soll, dass Bauherren hoher Gebäude immer eine Kompensation in Form öffentlich nutzbarer Räume

leisten. Innerhalb von Stadtentwicklungskonferenzbezirken kann zusätzlich auf dem Verhandlungsweg versucht werden, Einfluss auf die detaillierte Integration eines Vorhabens zu nehmen.

**Stadtentwicklungskonferenzbezirke** wurden schrittweise als zusätzliche informelle Planungsebene etabliert. Dies erfolgte als Reaktion auf die Beschränktheit der herkömmlichen Planungsinstrumente, die keine *detaillierte* flächenhafte Planung mit *stadtgestalterischen* Festsetzungen erlaubten. Ferner galt es, die Bürger stärker in Planungsprozesse einzubinden, um durch Schaffung von Konsens Realisierungschancen von Projekten zu erhöhen, aber auch die lokale Identität zu stärken. Ein Charakteristikum dieses Instrumentes ist die fakultative und beratende Natur, sodass planerische Festsetzungen rechtlich nicht erzwungen werden können. Im Laufe der Zeit wurden 40 dieser Bezirke ausgewiesen, die sich anfangs lediglich in der Innenstadt konzentrierten, aber zunehmend auch auf Kernbereiche der Peripherie ausgedehnt wurden. Zielsetzung und Natur der Konferenzen variieren von Fall zu Fall. In den Einkaufsstraßen Motomachi und Isezakicho wurden sie jeweils durch Vereinigungen lokaler Geschäftsleute initiiert, die durch einheitli-

che öffentliche Räume und Gebäudegestaltung, die Wettbewerbsfähigkeit des Quartiers verbessern wollten. Andere Konferenzen wurden direkt durch die Urban Design Abteilung initiiert, etwa um damit den historischen Charakter eines Viertels zu schützen. Zum Inhalt lässt sich generell sagen, dass im Umfeld wichtiger Verkehrsknoten, historischer Gebäude und öffentlicher Räume wie Uferbereiche und großer Parks, Gebäuderücksprünge auf privaten Parzellen vorgeschrieben werden, um dadurch die knapp bemessenen öffentlichen Räume zu attraktiven Fußgängerpromenaden zu erweitern (Abb. 7: Beispiel des Minato Mirai Sanierungsgebiets). In den Konferenzen müssen Bauherren ihre Vorhaben neben den Stadtplanungsbehörden auch den Anwohnern erklären, was sozialen Druck aufbaut und bewirken soll, dass Vorhaben besser in das Quartier integriert werden.

**Zusammenfassend** kann man sagen, dass die konzentrierte Anwendung aller verfügbaren Planungsinstrumente, eine vorbildliche Bürgerbeteiligung, eine politische Priorisierung von Stadtgestalt, effektive Stadtplanungsbehörden und eine strategische Zukunftsvision, die hohen Wert auf ein System optimal vernetzter öffentlich nutzbarer Räume legt, in Japan lange die Ausnahme bildete. Die Resultate der letzten 40 Jahren sind ermutigend, zeigen aber auch die Grenzen des Systems auf. Die eigentliche Qualität der *POPS* und ihrer Ausstattung kann auch hier trotz hohen planerischen Bewusstseins kaum dahingehend beeinflusst werden, eine hohe Aufenthaltsqualität sicherzustellen. Wie eine eigene Erhebung von 135 Fällen im Stadtzentrum gezeigt hat, sind viele Räume schlecht gepflegt und laden abseits ihrer Funktion als Zirkulationsfläche nicht zum Verweilen ein. Die Behörden haben kaum rechtliche Handhabe, gegen Zuwiderhandlungen vorzugehen oder ein Mehr an Qualität zu erzwingen. Auch mangelt es an Kapazitäten, existierende *POPS* einem systematischen Monitoring zu unterziehen, wengleich erste Schritte mit einer Teilerhebung vom Frühjahr 2004 unternommen wurden. Vor diesem Hintergrund lohnt daher ein Blick

auf das OMY Quartier im Zentrum Tokios, wo sich 85 Grundeigentümer nach der Ausarbeitung eines Entwicklungsplans selbst verpflichtet haben, ein zusammenhängendes Netz attraktiver, öffentlich nutzbarer Räume zu schaffen.

### Private Initiative bei der Schaffung hybrider Räume

**Globalisierung und die sinkende Konkurrenzfähigkeit Tokios** im internationalen Standortwettbewerb werden immer wieder von staatlichen sowie privaten Akteuren angeführt, einen massiven Stadtbau zu legitimieren (siehe Machimura 1998) (Abb. 3). Minoru Mori, einer der schillerndsten Immobilienentwickler Japans, fasst dies folgendermaßen zusammen:

„If we fail to change Tokyo, people, goods, money, and information will choose more attractive international cities...It is no longer possible to maintain an international status solely based on economic strength. The power to move the world is one of attractiveness, which pulls people, goods, money and information from other cities. Looking at Tokyo from that perspective, we have to admit that the city does not necessarily offer an attractive urban environment not only to the non-Japanese but even for native Japanese (sic!)...“ (Mori 2002: 6)

Oft wird angeführt, dass Projekte zur Stärkung der japanischen Wirtschaft beitragen und die Lebensqualität in der ganzen Stadt verbessern. Neben dem internationalen Wettbewerb, der vor allem für die *Global City* Tokio von Bedeutung ist, verstärkt sich auch die Konkurrenz auf den lokalen Immobilienmärkten. Entwickler sehen sich genötigt, öffentliche Räume in den jeweiligen Quartieren ganzheitlich und im Verbund mit *POPS* und privaten Flächen zu entwickeln, um so die Vermarktbarkeit ihrer Immobilien durch Schaffung eines markanten Quartiersimage zu erhöhen. Bedingt durch eine staatliche Dezentralisierungs- und Privatisierungspolitik<sup>8</sup> der 80er Jahre und einem Nachfrageeinbruch an Büroflächen als Folge der seit 13 Jahren andauernden Rezession, erwuchs



Abb. 8: Neues Sub-Zentrum: Ebisu Garden Place

Zentrum des Anfang der 90er Jahre auf einer Industriebrache entstandenen Sub-Zentrums Ebisu. Ein aufwendiges, postmodernes Design mit einer engen Verknüpfung kommerzieller Funktionen sowie einer intensiven ‚Bespielung‘ mit Events kennzeichnen die neue Generation von POPS (Eigene Aufnahme).

dem ehemals zentralen Geschäftsbezirk Tokios Konkurrenz durch eine wachsende Zahl von Subzentren. Auf Industriebrachen, freigefallenen Bahnflächen und aufgeschüttetem Neuland entstanden zahlreiche neue Geschäftsviertel, die mit anspruchsvollem, oft verspieltem *Urban Design* aber auch modernsten Gebäuden Konsumenten, Arbeitskräfte und Mieter anziehen (Abb. 8).

**Das Fallbeispiel des OMY Quartiers**, das mit 120 Hektar einen Großteil des alten zentralen Geschäftsbereichs von Tokio ausmacht, veranschaulicht exemplarisch die Prozesse, die zu einem Bewusstseinswandel im Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen führten. Das Quartier nimmt nicht nur physisch eine zentrale Rolle in Tokio ein, sondern auch in wirtschaftlicher und symbolischer Hinsicht. Zwischen Kaiserpalast, Börse und Regierungsviertel gelegen, zeichnet es sich durch beste Führungsvorteile aus. Um hier ein Büro anmieten zu können, mussten Firmen in den 80er Jahren daher bis zu 4 Jahre warten. Außerdem ist das Quartier von hoher symbolischer Bedeutung, weil es direkt an den Kaiserpalast angrenzt und den Zentralbahnhof umfasst. Dieser gilt als Eingangstor von Tokio, wo alle Schnellzugverbindungen enden und

eine Allee den Bahnhof direkt mit dem Palast – *dem* nationalen Symbol – verbindet (OMY 2001, 2003). In der Vergangenheit kam es hier immer wieder zu Konflikten zwischen der Stadt Tokio und Entwicklern. So veröffentlichte 1988 die Firma Mitsubishi Real Estate, die mit einem Drittel den Löwenanteil des von insgesamt 85 Rechtstitelträgern gehaltenen Landes besitzt, eine als *Manhattanplan* berühmt gewordene Studie. Unter Zugrundelegung der leistungsfähigen Erschließung, schlug man den Bau von 60 jeweils 200 Meter hohen Türmen vor, was einer Verdoppelung der festgesetzten GFZ von 10 auf 20 gleich kam. Ohne vorherige Absprache mit der Kommune löste dieser Affront massiven öffentlichen Widerstand aus. Außerdem stand der Plan in Widerspruch zu dem dominierenden Dezentralisierungsparadigma, das die Förderung von Subzentren vorsah um die negativen Folgen der unipolaren Konzentration im Stadtzentrum zu lindern (Kurokawa und Kobayashi 2001). Weil immer mehr attraktive Büroflächen anderenorts entstanden und eine Erneuerung der zum Teil mehr als 60 Jahre alten, ungenügend ausgerüsteten Gebäude, durch politischen Widerstand blockiert war, wuchs der Druck auf das Quartier zusehends (Fukuzawa 2000). Um diesen zu überwinden, entwickelten die Grundeigentümer

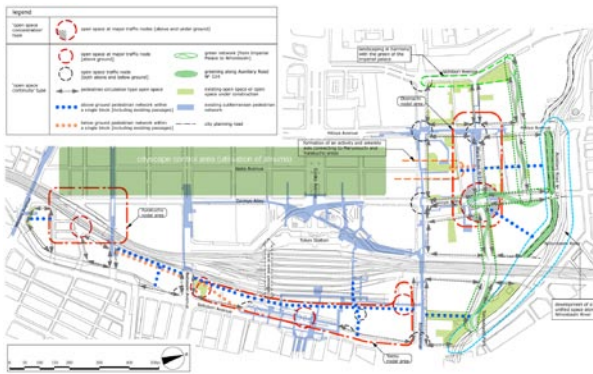


Abb. 9: Freiraumkonzept des OMY Quartiers

Integriertes Freiraumkonzept des OMY Viertels. Für die mittel- bis langfristige Restrukturierung haben sich die 85 Rechtstitelträger selbst verpflichtet, POPS im Norden um die Verkehrsknotenpunkte zu konzentrieren und eine Anbindung an eine überörtliche Uferpromenade zu realisieren. Im Osten sollen die POPS linear angeordnet werden, um eine durchgängige Fußgängerzirkulation zu gewährleisten. In der weitgehend im Besitz von Mitsubishi befindlichen westlichen Zone, sollen POPS so eingesetzt werden, dass die einmalige, geschlossene Stadtgestalt nicht beeinträchtigt wird. Hier vollzieht sich ein Paradigmen Wechsel vom bis dahin dominierenden ‚Tower-in-the-Park‘ zum ‚Tower-in-the-Base‘ Leitbild. Atrien sollen dazu im Sockel der Hochhäuser zum Einsatz kommen, die für Entwickler auch den Vorteil einer guten Kontrollierbarkeit haben. (nach OMY 2000: 16).

unter Führung von Mitsubishi eine eigene städtebauliche Zukunftsvision, in der ein integriertes Netzwerk öffentlich nutzbarer Räume eine zentrale Rolle einnahm (OMY 2003) (Abb. 9). Einerseits waren leistungsfähige öffentliche Räume eine Grundvoraussetzung zur Bewältigung größerer Besucherströme, die mit einer Attraktivierung und Verdichtung des Quartiers einher gehen würde. Andererseits wurden sie als wichtiger Faktor erkannt, um einen Imagewechsel des bis dahin unwirtschaftlichen Büroviertels zu erreichen. Mit der fortschreitenden Wirtschaftskrise wurde in der zweiten Hälfte der 90er Jahre klar, dass die Innenstadterneuerung einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbskraft Tokios und der japanischen Wirtschaft insgesamt leisten kann. Besonders unter dem rechtspopulistischen Gouverneur Ishihara (1999–) wurde die Entwicklung des symbolträchtigen Bahnhofsumfelds zum Schlüsselprojekt zur Wiederherstellung der symbolischen Strahlkraft. Damit deckten sich erstmals die Interessen von Politik und privatem Kapital und der Erneuerungsprozeß konnte endlich an Fahrt gewinnen. Als erster Schritt wurde die vormals von Banken gesäumte Hauptachse Nakadori durch die Ansiedlung von exklusiven Markengeschäften aufgewertet (Abb. 10). Ein zweiter Schritt

war 2003 die Fertigstellung des Maru Gebäudes, das durch eine breite Nutzungsmischung als Ankerprojekt möglichst viele Menschen in das Quartier ziehen sollte. Neben der Schaffung einer neuen Hardware, rückte auch eine einheitliche, zentral gemanagte Bespielung der öffentlich nutzbaren Räume in den Vordergrund. Durch ständig wechselnde Events wie Ausstellungen, Konzerte, Modenschauen, Flohmärkte oder einem open air Skulpturmuseum wurden die öffentlich nutzbaren Räume einem ganzheitlichen Gebietsmanagement unterzogen, ähnlich der nordamerikanischen BIDs<sup>9</sup>. Die Erneuerung des Quartiers, die große Beachtung in der stadtplanerischen Diskussion fand, beginnt nun auch auf benachbarte Gebiete übergreifen, die sich nun genötigt sehen, eigene integrierte Gebietserneuerungsstrategien zu entwickeln.

## Zusammenfassung

Wie der Beitrag zu zeigen versucht hat, kommt es in Japan verstärkt zu einem Bewusstseinswandel im planerischen Umgang mit öffentlich nutzbaren Räumen. Lange dominierte ein quantitatives Paradigma, das



Abbildung 10: Aufgewertete Hauptachse des OMY Quartiers  
Die Hauptachse des ehemals reinen Büroviertels wurde in eine aufwendig gestaltete Flaniermeile umgestaltet. Wo sich noch vor 5 Jahren die leeren Schaufenster der Bankfilialen vom öffentlichen Raum abwandten, wird er heute von exklusiven Markengeschäfte eingerahmt. (Era 2003: 12).

durch landesweit einheitliche Mindeststandards Gestalt, Verkehrseffizienz und Katastrophenschutz vorschrieb. Dies führte zu einer endlosen Wiederholung gleich ausgestatteter, passiver Räume, bei denen der reine Freiraumcharakter einseitig im Vordergrund stand. In den letzten Jahren rückt die Qualität öffentlich nutzbarer Räume verstärkt in den Fokus. Dies wird bedingt durch die sinkende internationale Konkurrenzfähigkeit, den gewandelten Bedürfnissen einer rasch alternden und schrumpfenden Gesellschaft sowie einer sich pluralisierenden Öffentlichkeit, die ihr Recht auf höhere Lebensqualität immer lauter einfordert. Das Memorandum des Bauministerium „Grundprinzipien zur Schaffung eines schönen Landes (*Utsukushii Kunizukuri Seisaku Taiko*)“ (MLIT 2003) und das obige Zitat von Mori (2002: 6) stehen emblematisch für einen breiten Bewusstseinswandel. Wo privates Kapital in die benachbarten Metropolen Südostasiens abfließt, weil es dort attraktivere Bedingungen vorfindet und wesentlich mehr japanische Touristen ins Ausland reisen als umgekehrt ausländische Touristen nach Japan kommen, wird die Gestaltqualität eines einheitlichen, vitalen und ortstypischen öffentlichen Raums zu einem wichtigen Instrument öffentlicher und privater Akteure im Standortmarke-

ting (ebd.; TMG 2004). Gerade das Fallbeispiel OMY hat dies demonstriert, wo Stadt Tokio und Grundeigentümer gleichermaßen ein starkes Interesse an der Herstellung symbolträchtiger öffentlicher Räume haben. Das Beispiel der Stadt Yokohama hat ferner gezeigt, dass Kommunen in Japan durchaus die Möglichkeit haben, private Entwicklungstätigkeit zur Realisierung eines arbeitsteiligen Systems attraktiver öffentlich nutzbarer Räume zu mobilisieren.

Heutige Stadtentwicklung zeichnen radikale Transformationsprozesse aus. Polarisierende Entwicklungstendenzen und kollidierende Interessen unterschiedlicher Akteure führen zu einem fragmentierten Raumgefüge, das sich nicht mehr aus einem Guss entwickeln, geschweige denn planen lässt. Offensichtlich ist, dass eine ganze Bandbreite an unvorhersehbaren Faktoren Einfluss auf die Raumproduktion nimmt und zum Entstehen von hybriden Raumstrukturen erheblich beiträgt. Als typisch hybride Räume haben sich im planerischen Bewusstsein mittlerweile die Peripherien der Städte mit ihrem sich scheinbar willkürlich überlagerndem Mix aus Infrastrukturen, Tankstellen, Naturreservaten, Siedlungsenklaven und Gewerbeinseln eingenistet. Längst jedoch unterliegen auch die innerstädtischen Gebiete eigendynamischen Entwicklungstendenzen, die sich je nach globalwirtschaftlicher Lage, demographischen Faktoren oder spezifisch lokalen Rahmenbedingungen oftmals unabhängig von den Vorstellungen der Planer maßgeblich auf den Standort auswirken.

Was zeichnet hybride Räume im Einzelnen aus? Kann man sie züchten oder bleibt ihre Entwicklung dem Zufall überlassen? Welchen Einfluss haben sie auf den öffentlichen Raum und wie werden sie genutzt?

**Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Im Folgenden wird der Begriff ‚öffentlich nutzbare Räume‘ für Räume mit öffentlichem Nutzungscharakter verwendet. Diese können sowohl in öffentlichem wie privatem Besitz sein. Demgegenüber sind öffentliche Räume solche, die tatsächlich in öffentlichem Besitz sind (Parks, Spielplätze oder Gehwege).

<sup>2</sup> Aus diesem Grund gibt es bisher keine gewerbliche Außengastronomie im öffentlichen Raum. Erst seit etwa fünf Jahren wird in einigen Städten im Rahmen von Modellprojekten in gemeinnütziger Trägerschaft mit sogenannten Open Cafés experimentiert (siehe UDC 2002).

<sup>3</sup> Zur Zeit des Wirtschaftswunders wuchs Tokios Bevölkerung jährlich um 600.000 – von 15 Mio. im Jahr 1955 auf 21 Mio. 1965 (Douglass 1993: 84).

<sup>4</sup> Ein Beamter des Bauministeriums wurde zum Verfassen seiner Master-Arbeit an die Universität Philadelphia entsandt, wo er bereits kurz nach der Einführung von New Yorks Zoning Bauordnung von 1961 unter einem ihrer Väter – Professor Paul Davidoff – graduierte. Das gewonnene Knowhow wurde nach seiner Rückkehr 1963 umgehend für ein japanisches Incentive Zoning verwandt.

<sup>5</sup> Einen detaillierten Überblick über New Yorks Incentive Zoning und die private Schaffung öffentlicher Räume gibt Dr. Juliane Pegels in ihrem Tagungsbeitrag.

<sup>6</sup> Es muss darauf hingewiesen werden, dass in Japan erst 1968 mit dem Bau des 156 Meter hohen Mitsui Kasumigasekigebäudes das Hochhauszeitalter beginnt. Demgegenüber wurden die Städte

Nord-Amerikas bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts von einer großen Zahl wesentlich höherer Gebäude geprägt. Allein in der Zeit von 1990 bis 2004 erhöhte sich die Zahl der sogenannten Superhochhäuser – Gebäude höher als 60 Meter – um 475%; von 52 auf 247.

<sup>7</sup> 1) Erneuerung der durch Krieg und Besatzung beeinträchtigten Innenstadt (Yokohama 1965: 48–51); 2) Neulandgewinnung zur Auslagerung von Industrie aus Wohngebieten (ebd. 52–5); 3) Bau von Kohoku Newtown als Nebenzentrum (ebd. 56–9); 4) Bau eines U-Bahnsystems (ebd. 60–1); 5) Bau eines Schnellstraßensystems (ebd. 62–3), und 6) Bau einer Brücke als direkte Verbindung nach Tokio (ebd. 64–7). Bereits der Titel des Plans verriet eine gewandelte Einstellung gegenüber den Bürgern: "Die durch die Bürger gestaltete Zukunft Yokohamas (Shimin ga tsukuru Yokohama no Mirai)"(Yokohama 1965).

<sup>8</sup> Für einen detaillierten Überblick über die konfligierendestädtebauliche Visionen zwischen Konzentration im Stadtzentrum und Dezentralisierung siehe Kurokawa und Kobayashi (2001) sowie Dimmer und Klinkers 2004.

<sup>9</sup> Bei dem in den USA entwickelten Modell des BID schließen sich Grundeigentümer und Gewerbetreibende eines räumlich begrenzten innerstädtischen Bereichs zusammen und versuchen gemeinsam, durch koordinierte Maßnahmen ihr Quartier aufzuwerten. In dem durch größeren Mischbesitz gekennzeichneten Shiodome Viertel entstand 2003 der erste Japanische BID. Demgegenüber erfolgt das Gebietsmanagement in OMY noch weitgehend durch Mitsubishi.





Bernd Breuer

## Neue Freiräume im Stadtstrukturwandel

In den Städten vollzieht sich ein fortwährender Wandlungsprozess mit Phasen prosperierender und rückläufiger Entwicklungen. Oder als Momentaufnahme betrachtet: Unsere Städte zeichnen sich durch die Parallelität von räumlichem Wachsen, Stagnieren und Schrumpfen aus. Diese Gleichzeitigkeit wird im Städtebaubericht der Bundesregierung von 2004 gleichsam amtlich bestätigt: „Noch stärker als heute wird künftig die Koexistenz wachsender Städte und Stadtregionen zu beobachten sein.“<sup>1</sup> Dort heißt es weiter: „Städte sind einem ständigen Wandel unterworfen und durchlaufen Phasen des Wachstums, der Stagnation, des Rückgangs und der Revitalisierung. (...) Zugleich wird es auch innerhalb der Städte Stadtteile mit unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken geben.“<sup>2</sup> Diesen Aussagen ist vielleicht weniger inhaltliche Neuigkeit als vielmehr veränderte Sichtweise und geschärftes Problembewusstsein zu entnehmen. Damit wäre auch ein Schritt zum Erkennen neuer Chancen in den städtischen Wandlungsprozessen verbunden.

Stadtstrukturwandel birgt in seinen verschiedenen Stadien nicht nur Restriktionen, sondern auch Optionen, insbesondere für neue Freiräume: Der Rückzug

baulicher Nutzung bringt zunächst Leerräume hervor, die irgendwann umgenutzt oder abgerissen werden. Abriss hinterlässt Freiflächen, die für neue Gebäude oder für neue Freiräume genutzt werden können. Darin liegt die Chance, in bestehenden Stadtquartieren quantitative Nachteile wie Enge, unverträgliche Dichte, Übernutzung abzubauen oder zu kompensieren. Zugleich eröffnen sich auch Optionen, qualitative Verbesserungen für Raumgebrauch, Wegebeziehungen usw. anzubieten.

Im Zuge des städtischen Strukturwandels entstehen Möglichkeiten für die Öffnung<sup>3</sup> vormals privater Stadtbereiche, also für die Schaffung neuer öffentlicher Räume. Stadtstrukturwandel in Form von Schrumpfen befreit Siedlungsflächen von baulicher Nutzung. In der Folge werden ehemals private – jedenfalls nicht allgemein zugängliche – Flächen „veröffentlicht“. Auf diese Weise entstehen Potenziale für neue Freiräume in der Stadt, die ganz unterschiedlich genutzt werden (oder auch nicht). Stadtstrukturwandel birgt neben allen Risiken also auch Chancen für neue Freiräume und eröffnet damit ein bedeutendes Handlungsfeld für die Stadt- und Landschaftsplanung.

Aus den Strukturbrüchen in altindustriell geprägten Regionen sind in der jüngeren Vergangenheit bereits neue Freiräume hervorgegangen. Die Internationale Bauausstellung (IBA) Emscherpark hat demonstriert, wie aus abgeschlossenen Fabrikarealen mehr als nur Leerräume entstehen können. Der Landschaftspark Nord in Duisburg-Meiderich ist ein bekanntes Beispiel dafür, wie aus einem hunderte Hektar großen (privaten) Betriebsgelände ein attraktiver, teils naturnaher, öffentlich zugänglicher Freiraum entsteht. Eine ähnliche Wiederöffnung großer Gebiete vollzieht sich gegenwärtig in der Lausitzer Braunkohleregion im Rahmen der IBA Fürst-Pückler-Land.

In kleinerem Umfang sind auch an innerstädtischen Standorten, auf ehemaligen Betriebsflächen und neuerdings auch auf Wohnbauflächen zunächst Leerräume, dann häufig Zwischennutzungen und schließlich neue Freiräume entstanden. Im Folgenden werden einige Fälle von Zwischennutzung und neuen Freiräumen aus der städtebaulichen Praxis skizziert.

#### **„IndustrieWald Ruhrgebiet“: Veröffentlichung und Renaturierung von Industrieflächen**

Nach Ende der Kohleförderung wurden auf den ehemaligen Zechen „Alma“ (ca. 20 ha) und „Rheinlbe“ (ca. 50 ha) in Gelsenkirchen und im Umfeld der Zeche „Zollverein“ (ca. 100 ha) in Essen Industrieflächen zu Waldflächen umgewidmet. Mit der geänderten Flächenwidmung sind relativ niedrige Anforderungen an die Altlastenbeseitigung und die Wegesicherung verbunden. Dadurch konnten die Areale ohne großen Aufwand für Anwohner und Besucher zugänglich gemacht werden. Der „IndustrieWald“ wird nach dem Konzept einer „pflegenden Entwicklung“ von Mitarbeitern der Forststation und Jugendlichen eines Ausbildungsprojektes unterhalten und weitgehend der Natur überlassen. So sind auf ehemals öffentlich nicht zugänglichen Betriebsflächen öffentliche, naturnahe Erholungsräume entstanden.<sup>4</sup>

#### **Leipzig – Stadtteilpark Reudnitz: Bahnhof – Verkehrsbrache – Zwischennutzung – Stadtteilpark**

Auf den jahrelang zwischengenutzten Flächen des Eilenburger Bahnhofes ist ein neuer, rund acht Hektar großer Stadtteilpark mit Spiel-, Sport- und Ruhebereichen entstanden. Dadurch wird die Wohnqualität der dicht bebauten Nachbarquartiere erheblich erhöht. Zugleich ergänzt der Park eine Grünradiale zur Verbindung diverser Grün- und Biotopbereiche zwischen Innenstadt und Umland. Das Projekt geht letztlich auf einen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen Interessen der Grundeigentümer und Wünschen aus der Anwohnerschaft zurück. Demzufolge kann ein Teil der Brachflächen künftig baulich genutzt werden, während der größere Bereich als Park dem Gemeinwohl dient.<sup>5</sup>

#### **Alsdorf – Anna-Park: Neuer Park in neuem Stadtquartier an altem Industriestandort**

Der etwa elf Hektar große Anna-Park entstand an der Stelle der ehemaligen Kokerei „Anna“ und liegt heute im Zentrum eines neuen Innenstadtquartiers von Alsdorf. Die Altlasten im Boden des Zechenareals wurden an Ort und Stelle thermisch behandelt und eingekapselt. Auf der Abdeckung wurde der neue Park angelegt. Der Anna-Park bietet heute einen neuen öffentlichen Freiraum in der Alsdorfer Innenstadt und verbindet Wohnen, Handel, Gewerbe und Grünräume. Als strategischer Projektschlüssel ist der Grundstücksfonds Nordrhein-Westfalen zu nennen. Durch die Übernahme der Flächen konnte das ehemals nicht allgemein zugängliche Bergbauareal für die Öffentlichkeit erschlossen und nutzbar gemacht werden.<sup>6</sup>

#### **Leipzig – Schönefeld: Parkerweiterung durch Stadtumbau**

Der Stadtteilpark „Rabet“ wird im Zusammenspiel städtischer Ämter mit der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft und einer Arbeitsgruppe diverser Bürgergruppen neu gestaltet und erweitert. Zu diesem

Zweck wird ein ganzes Bündel von Maßnahmen eingesetzt: Flächentausch, Grundstückskauf durch die Stadt, Umwidmung von Wohnbau- und Verkehrsflächen zu öffentlichen Grünflächen, Gebäudeabriss und Straßenrückbau. Auf diese Weise wird der Stadtteilpark zum Bestandteil einer Sequenz neuer Freiräume im Leipziger Ostraum. Das Projekt ist ein strategischer Ansatz, um im Zuge des Stadtumbaus mit qualifizierten Freiräumen Impulse für eine Stabilisierung und perspektivisch für eine Aufwertung benachbarter Quartiere zu geben.<sup>7</sup>

#### **Bürgerideenwettbewerb Selb: Zwischennutzung eines Brauereigeländes**

In Selb wurde für das brach gefallene Gelände einer Brauerei ein Bürgerideenwettbewerb durchgeführt. Die Stadt hatte das Grundstück erworben und vor dem Hintergrund rückläufiger Entwicklungen bewusst für eine temporäre Nutzung vorgesehen. Im Ergebnis des Ideenwettbewerbs ist durch praktische Bürgermitwirkung mittlerweile ein neuer Freiraum entstanden. Dieses Projekt wurde als strategischer Ansatz initiiert, um in der Bevölkerung Bewusstsein für die Herausforderungen rückläufiger Stadtentwicklungen und für die Chancen des unvermeidlichen Stadtumbaus zu schaffen.<sup>8</sup>

#### **„Stadtrandwald“ Weißwasser: Neue Waldflächen durch Siedlungsrückbau**

In der Stadt Weißwasser vollzieht sich seit Jahren ein gravierender Bevölkerungsrückgang, von 37.000 auf 23.000 Personen (2004). Vor diesem Hintergrund sind in der Großwohnsiedlung Weißwasser-Süd bis Ende 2004 annähernd 2.000 Wohnungen abgerissen worden. Seit Anfang 2004 werden die freigeräumten Flächen aufgeforstet. Die Pflanzungen und Entwicklungspflege werden zunächst von den betreffenden Wohnungsunternehmen durchgeführt. In Zukunft sollen die neuen Mischwaldflächen jedoch an die sächsische Forstverwaltung übertragen werden. Dieses Projekt der Renaturierung basiert auf einem

integrierten Stadtentwicklungskonzept, das der Stadtrat 2001 einstimmig beschlossen hat.<sup>9</sup>

#### **Berlin – Hellersdorf: Private und gemeinschaftliche Nachnutzung auf Infrastrukturbrache**

Infolge des Bevölkerungsrückgangs war die Kindertagesstätte am Auerbacher Ring leer und schließlich abgerissen worden. Das Gelände gehört dem Liegenschaftsfonds des Landes Berlin. Die anliegenden Wohngebäude werden von der Wohnpark Verwaltungs- und Betreuungs GmbH bewirtschaftet. Diese hat das Gelände als Grünland gepachtet und stellt ihrer Mieterschaft im Rahmen von Überlassungsvereinbarungen nun kleine Parzellen für die Gestaltung von Gärten zur Verfügung. Über die Mietergärten hinaus gibt es im Blockinnenbereich einen Spielplatz, eine kleine Parkanlage und eine so genannte „Kommunikationsinsel“. Damit bietet der Hofbereich den Anwohnern ein breites Spektrum an Freiräumen, vom Privatgarten bis zur Gemeinschaftsfläche.<sup>10</sup>

#### **Mehr öffentlicher Freiraum für weniger Menschen – neue Lebensräume in der Stadt**

In der städtebaulichen Praxis finden sich bereits diverse Beispiele für neue Freiräume durch Stadtstrukturwandel. Diese Praxisfälle belegen, dass eine vermeintliche Tendenz der Privatisierung und des Verlusts von öffentlichen Stadträumen auf eine gegenläufige Entwicklung der Öffnung ehemals privat kontrollierter bzw. nicht allgemein zugänglicher Räume trifft. Insofern sind bauliche Rückentwicklungen nicht nur als Verlust und Bedrohung zu verstehen. Vielmehr bergen Stadtstrukturwandel und Stadtumbau auch Potenziale für die Rückgewinnung städtischer Wohn- und Lebensqualitäten.

Die angeführten Beispiele aus der Städtebaupraxis zeigen, dass die „Quellen“ für neue Freiräume heterogener werden: Zu den bekannten Flächen für eine städtebauliche Konversion, nämlich Industrie-, Militär- und Bahnbrachen, kommen weitere Gewerbe- und Verkehrsflächen hinzu, neben Hafenebenen und

Flugplätzen auch Straßenflächen. Neuere Beispiele entstehen auf Wohnbauland und Flächen der sozialen Infrastruktur.

Die Praxisfälle deuten auf ein Kontinuum städtebaulicher Entwicklungsmöglichkeiten hin. Dieses reicht vom Leerraum, der auf Dauer sich selbst überlassen bleibt, über spontane Zwischennutzung und planmäßigen, aber dennoch temporären Gebrauch bis hin zur unbefristeten Herrichtung neuer Freiräume. Die entstehenden Raum- und Nutzungsangebote sind vielfältig: Es können städtische Plätze und Treffpunkte, Spielplätze sowie Parks, Gärten, aber auch Wald und andere Grünflächen sein.

Weiterhin zeigt die städtebauliche Praxis, dass innovative und konventionelle Verfahren für neuartige Aufgaben im Umgang mit neu entstehenden Freiräumen angewandt und neu kombiniert werden. Die Palette reicht von der förmlichen Überlassung und Gestattung über die Flächenumwidmung und den Grundstückstausch bzw. -erwerb bis hin zur Kompromissvereinbarung mit win-win-Wirkung, zur stillschweigenden Duldung und informellen Nutzung oder gar zum Liegenlassen. Als besonders wirksames Instrument ist der Grundstücksfonds zu nennen.

Knappe Ressourcen der öffentlichen Hände begünstigen multiple Formen der Freiräume. Unter den Bedingungen baulicher Rückentwicklung und öffentlicher Ressourcenknappheit gewinnen räumliche Überlagerungen und zeitliche Übergänge von öffentlichem und privatem Charakter der Freiräume an Bedeutung. Damit wird das Phänomen komplexer und die Planungsaufgabe anspruchsvoller. Zugleich eröffnen sich neue Optionen für Raumnutzung und -aneignung.

Im Zuge der beschleunigten gesellschaftlichen Veränderungen gewinnt auch der Wandel in den Freiräumen an Dynamik. Dementsprechend sind neue Stadträume in vier Dimensionen zu denken, als Raum im Prozess. In diesen Prozessen formieren sich soziale Akteure neu. Es entstehen neue Interessenallianzen und neue Kooperationskonstellationen, die Freiräume

neu interpretieren und in Wert setzen. Dynamik und Überlagerungen öffentlicher bzw. privater Verfügung, Gestaltung und Nutzung in den Freiräumen eröffnen neue Spielräume für die Rückgewinnung von Stadt als Wohn- und Lebensraum. Sie verlangen zugleich nach neuen Formen der Planung, Organisation und Trägerschaft.

Nicht zuletzt kehrt im Zuge baulicher Rückentwicklungen eine spezielle „Raumakteurin“ auf den Plan städtischer Veränderungen zurück: die Natur. Nach einer langen Phase des durchgreifenden Stadtwachstums entsteht die seltene Gelegenheit, baulich genutzte Flächen zu renaturieren. Auf diese Weise können Natur- und Landschaftselemente in die Stadt reintegriert werden. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass eine funktionale Entdichtung auch Probleme der Unterauslastung städtischer Infrastrukturen bergen kann.

Vor diesem Hintergrund wird eine neue Balance zwischen notwendiger Dichte und möglicher Auflockerung zu suchen sein. Damit wird sich auch die Frage nach den räumlichen Mustern dieses Ausbalancierens stellen. Bereits diskutierte Modelle wie „Rückbau von außen nach innen“, „Perforation der Stadt“ oder „Schollenstruktur“ werden kaum als allgemeingültige Rezepte dienen können. Sinnvoller erscheinen eher situations- und ortsangepasste Konzepte, die die konkreten Freiraumpotenziale entfalten und gegebenenfalls einzelne Elemente verschiedener Rückentwicklungsmodelle kombinieren. Möglicherweise eröffnet sich als Pendant zur „dezentralen Konzentration“ in der Raumentwicklung die Perspektive einer „dezentralen Kontraktion“ in der Stadtentwicklung.

**Anmerkungen:**

<sup>1</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk. Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004. Bonn 2005, S. 11

<sup>2</sup> ebd., S. 12

<sup>3</sup> In diesem Zusammenhang sprechen manche Autoren – gleichsam als Pendant zum Begriff der „Privatisierung“ – auch von „Veröffentlichung“ von Räumen. Vgl. Schubert, Dirk; von Petz, Ursula: Einführung zum Schwerpunkt „Stadtkultur und Öffentlicher Raum“. In: Jahrbuch Stadterneuerung 2003, S. 69 ff.

<sup>4</sup> Weitere Informationen und weiterführende Quellenhinweise finden sich unter [www.werkstatt-stadt.de](http://www.werkstatt-stadt.de)

<sup>5</sup> s. ebd., Leipzig, Reudnitz „Stadtteilpark Reudnitz“

<sup>6</sup> s. ebd., Alsdorf „Anna-Park“

<sup>7</sup> s. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Zwi-schennutzung und neue Freiflächen. Städtische Lebensräume der Zukunft. Berlin 2004, S. 18 f.

<sup>8</sup> Weitere Informationen finden sich unter [www.stadtumbauwest.de](http://www.stadtumbauwest.de)

<sup>9</sup> s. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, a.a.O., S. 60 f.

<sup>10</sup> s. ebd., S. 52 f.





Klaus Overmeyer

## Hybride Räume

**In hybriden Räumen spiegeln sich Ungewissheit und Komplexität.**

Hybride Räume entstehen oft jenseits eines allgemeinen Interesses. Entweder weil aufgrund von komplexen Eigentumsstrukturen und Partikularansprüchen eine übergeordnete Planung nicht durchsetzbar erscheint oder sie im Schatten von Projekten mit höherer Priorität wenig Beachtung finden und sich selbst überlassen bleiben. Hybride Räume führen ein Eigenleben mit offenem Ende. Sie verbergen Hässliches und Verdrängtes, aber auch Subversives und Unerwartetes.

**Hybride Räume entwickeln sich unabhängig von Planung.**

Noch immer orientiert sich die herkömmliche Stadtplanung daran, Gestaltung und Nutzung von Räumen für einen möglichst langen Zeitraum festzusetzen. Gerade auf innerstädtischen Entwicklungsflächen gilt in vielen Städten noch die Maxime, innerhalb kurzer Zeit ein Maximum an Baurecht zu schaffen, um langfristig die Stadtgestalt fest zu schreiben und Investoren an die Stadt zu binden. In vielen Fällen klappt jedoch ein enormer Widerspruch zwischen dem, was

geplant ist und dem, was wirklich in der Stadt passiert. Die Stadtentwicklung ist der Planung vielfach aus dem Ruder gelaufen. Hybride Räume sind in den seltensten Fällen gezielt als solche geplant worden. Vielmehr sind sie Resultat einer kollabierenden Planung, die an unrealistischen Prognosen, vermeintlichen Bedürfnissen, rechtlichen Rahmenbedingungen oder unvorhersehbaren Ereignissen gescheitert ist.

**Hybride Räume entstehen im Spannungsfeld sich überlagernder Nutzungen.**

Hybride Räume befinden sich in Übergangsstadien. Sie verkörpern einen ungewöhnlichen städtischen Aggregatzustand. Alte Nutzungsstrukturen lösen sich auf, neue haben sich noch nicht endgültig manifestiert. Zurück bleiben unbestimmte Räume, teils als Vakuum, teils als Nährboden für neue Aktivitäten. Die Zukunft der hybriden Räume ist offen, entweder weil sich die entstandene Leere nicht wie geplant füllt oder aber der Ort eine eigene Dynamik entfaltet und zu einem Magneten für eine Vielzahl von Nutzungen wird, die sich weder vorhersagen noch steuern oder kontrollieren lassen. So bilden hybride Räume Kon-



Abb. 1



Abb. 2

glomerate aus unterschiedlichen Nutzungsformen mit hoher Funktionsmischung aus.

### In hybriden Räumen entstehen neue Formen von Öffentlichkeit.

Wird von Fachgremien noch der dahinsiechende, öffentliche Raum beklagt, so hat der heutige Städter längst die hybriden Räume als Spielfeld entdeckt, in denen er seinen Drang nach Freiraum, Präsenz, Fitness und Gemeinschaft ausleben kann. Ungeachtet der gestalterischen Diskussion um die Qualität von Stadtplätzen, Parkanlagen und Fußgängerzonen hat sich die Großwetterlage „Öffentlicher Raum“ auf Territorien verlagert, die im ursprünglichen Sinn nie öffentlich waren. Ob Stadtstrände an Industriekanälen, Raves in Hafengebieten, Ponyhaltung auf Grundstücken mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen oder temporäre Sportevents auf dem Stadtring, gerade der undefinierte, nicht eindeutig mit Nutzungen belegte Raum rückt in den Fokus einer neuen urbanen Spezies, die den Stadtraum als möglichst ungezähmtes Territorium entdecken, erobern, bezwingen und ausprobieren will.

### Hybride Räume sind Nährboden für Raumpioniere.

Raumpioniere sind typische Indikatoren für hybride Räume. Sie zeigen deutlich an, dass sich ein Gebiet im Umbruch befindet. Alte Strukturen lösen sich auf, neue haben sich noch nicht endgültig etabliert. Die Unbestimmtheit hybrider Räume, ihre Mischung aus unterschiedlichen Nutzungsformen und Flächentypen, besonders jedoch Nischen und unbesetzte Zwischenräume sind Anziehungspunkte für Nutzungen mit einer ausgeprägten Anpassungsfähigkeit an die jeweils unterschiedlichen lokalen Bedingungen. Dort, wo klassische „Projektentwicklungen“ an ihre Grenzen stoßen, vitalisieren Raumpioniere aufgelassene Orte mit einem minimalen Einsatz von Investitionen, vorausgesetzt, strategische Faktoren wie Synergien mit bereits vorhandenen Nutzern, Beziehungen zum nachbarschaftlichen Umfeld, aber auch die Lage und Anbindung des Ortes stimmen. Durch das Recyceln vorhandener Ressourcen, den Aufbau von Netzwerken, gegenseitige, unentgeltliche Unterstützung, Kreativität und Experimentierfreudigkeit wirken diese oft provisorischen und informellen Nutzungen in hybriden Räumen als Katalysatoren, die zu neuen Nutzungsarten und Raumtypen führen.



Abb. 3

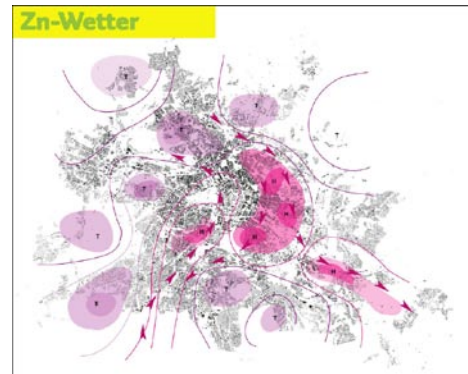


Abb. 4

### Hybride Räume erfordern neue Regeln für den Raumgebrauch und die Raumproduktion.

Klassische Masterplanung und hybride Räume scheinen ein Widerspruch in sich zu sein. Ist die Planung damit überflüssig geworden? Oder schlägt die Stunde des „hybriden Planers“?

Zumindest zeichnet sich ab, dass die bisherigen Planungsinstrumentarien kaum noch ausreichen, um den komplexen Anforderungen, die durch hybride Transformationsräume an die Stadtplanung gestellt werden, gerecht zu werden. Als Planer werden wir zunehmend die Rolle eines DJs einnehmen – mehrere Plattenteller vor sich, auf unterschiedlichen Ebenen vermittelnd, ermöglichend, verknüpfend, entwerfend, blockierend, steuernd, organisierend oder stimulierend.

Relevant werden in diesem Kontext Strategien, die strukturelle Planungen mit Prozess orientierten, offenen Entwicklungsansätzen kombinieren.

Anders als bei herkömmlichen Tabula-Rasa-Planungen üblich, ist im Umgang mit hybriden Räumen eine genaue Analyse existierender Raumtypen sowie die Kenntnis lokaler Milieus einschließlich deren Bedürfnisse und Positionen erforderlich. Mit Hilfe dieser

detaillierten Standortprofile können punktuelle Interventionen ausgelotet und verortet werden. Es geht dabei nicht darum, hybride Räume in ein kontrollierbares Korsett zu zwängen, sondern durch gezielte Akupunktur eine möglichst belebende Wirkung für hybride Raumkomplexe zu erzielen.

Dazu können sowohl die bauliche Aufwertung von Räumen oder die Verbesserung von Zugängen und Infrastrukturen zählen als auch subtilere Eingriffe, die beispielsweise durch besondere Regelungen für die temporäre Nutzung offener Flächen neue Möglichkeitsräume stimulieren.

Begreifen wir hybride Räume nicht länger als Makel einer aus den Fugen geratenen Stadtentwicklung, sondern als zukunftsträchtiges Feld, das ein breites Spektrum gesellschaftlicher Initiativen in das Entstehen von Stadt involviert.





Robert Kaltenbrunner

## Im Ungefähren? Der öffentliche Raum und seine veränderten Parameter

Dass ihre Plätze die ‚lächelnden Augen‘ einer Stadt darstellen, ist eine so eingängige wie zutreffende Metapher, die gleichwohl an der Wirklichkeit erheblich gelitten hat. Bleibt man im Bild, dann wird man nämlich konstatieren müssen, dass viele dieser ‚Augen‘ leider ‚blind‘ geworden sind: Ohne klare räumlich Fassung, gefräst durch überbreite Straßen, von Autos entweder durchbraust oder zugeparkt, ungastlich und bar jeglicher Aufenthaltsqualität. Wer, bitte schön, setzt sich gerne auf den Innsbrucker Platz in Berlin, um ein Buch zu lesen? Wer möchte seine Kinder zum Spielen zum Sendlinger Tor in München schicken? Und wer nutzt schon den Kölner Neumarkt zu einem fröhlichen Sonnenbad?

Ungeachtet dessen ist der Drang nach draußen ungebrochen. Was vielleicht damit zusammenhängt, dass viele Berufe heute in Büros und ohne ausgeprägt körperliche Tätigkeiten ausgeübt werden. Wie eh und je ziehen Sonne, Luft, Wärme und Grün die Menschen an, mögen noch so viele Fernsehsender rund um die Uhr bunte Lockungen ausstrahlen. Je umfangreicher die fiktionalen Angebote werden, um so mehr scheint das Bedürfnis nach realem städtischen und land-

schaftlichen Lebens-Raum zuzunehmen. Massen von Fußgängern, In-Line-Skatern, Fahrrad- und Skateboardfahrern strömen jedenfalls nach draußen auf die Straßen, Plätze und Grünflächen, sobald ihnen das Wetter nicht den Spaß dazu verdirbt. Der Konsumgüterindustrie und Gastronomie ist's recht so.

Das diesbezügliche Bild in unseren Köpfen wird beherrscht von jenen Piazzas und Plätzen, die wir aus Italien oder Spanien kennen. Klare räumliche Fassung, erkennbar historisch und gewachsen, immer etwas los, das Wetter stets warm und sonnig. Allein, unsere Wirklichkeit sieht anderes aus. Müssen wir, wenn wir vom öffentlichen Raum reden, doch zumindest unterscheiden zwischen dem „sozialen“ und dem „gebauten“, letzteren wiederum zwischen „grünen“ und „grauen“, also Parks und Grünanlagen auf der einen, Straßen und Plätze auf der anderen Seite. Der öffentliche Raum ist ganz überwiegend Träger der technischen Infrastruktur; er war einmal die Infrastruktur der Stadt schlechthin; und noch immer kann er als zusammenhängendes, die ganze Stadt durchdringendes Primärsystem interpretiert werden. Allerdings: kaum je wird er so gesehen und empfunden. Augenscheinlich hat sich die Aufmerksamkeit schon

unnötig beschränkt: Zum einen bleiben die diffusen Stadträume außer Betracht, d.h. der öffentliche Raum in Gewerbegebieten, in Einfamilienhaussiedlungen usw., der wohl eher eine Art Restraum ist. Zum anderen blenden wir den Verkehr aus, der die meisten Räume dominiert. Womit wir zu akzeptieren scheinen, dass der öffentliche Raum – Beispiel Ausfallstraßen – in weiten Teilen nur Transitzone ist, um von einem Ort zum anderen zu kommen. Oder der Raum, in dem all die Autos abgestellt werden, die für unser Leben unabkömmlich scheinen. Insofern ist wohl auch die Frage berechtigt, ob wir uns nicht ein Zuviel an öffentlichem Raum leisten – zumindest an einem öffentlichen Raum fragwürdiger Qualität und ausgesprochener „Unkenntlichkeit“.

Das hat natürlich Gründe, über die zu spekulieren an dieser Stelle jedoch zu weit gehen dürfte, weil die Diskontinuitäten und Brüche, die die Stadtentwicklung seit der Industrialisierung durchziehen, damit zwangsläufig – und unzulässig – nivelliert würden. Lediglich auf einen Aspekt sei hingewiesen: Nicht nur die Anmutungsqualitäten des öffentlichen Raums, auch seine immanenten Gegebenheiten haben sich verändert – obschon er seinen Netz- und Strukturcharakter beibehalten hat. Dem Wandel, dem die menschlichen Lebens-, Arbeits-, Wohn-, Verkehrs- und Kommunikationsformen im Lauf der Zeit unterlagen, spiegeln sich in der Nutzung des städtischen Raumes. Die Omnipräsenz des *mobifons* hat beispielsweise das Telefonieren annähernd zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht, indem Ehezwistigkeiten oder Intimitäten freiwillig ins Publikum posaunt werden. Das Private ist längst nicht mehr das Refugium, wie es so oft seit der Romantik beschworen wurde. Auch der private Raum wird mehr und mehr zu einem Zwitter: Man denke nur an die Sport- und Fitness-Studios mit ihrer ostentativen Präsenz in manchen Straßen; oder an die Arena auf Schalke, wenn ein Spiel gegen Dortmund ansteht – keine andere private Aktivität entfaltet eine solch öffentliche Wirkung. Zudem vollzieht sich ein „Strukturwandel der

Öffentlichkeit“ (Habermas) hin zu Teilöffentlichkeiten, die sich immer weniger über Politik, Diskurse, Bildung oder Soziales, dafür immer mehr über Bilder und Rituale, über Moden, Konsumverhalten, Lifestyles, Sport und Musik definieren. Aber auch diese Gruppen, Szenen, Kreise „brauchen“ ihr Territorium. Sie suchen bestimmte Räume auf, oder umgekehrt: bestimmte Räume ziehen vor allem gewisse Teilöffentlichkeiten an. Und sie artikulieren in ihnen ihre (wie auch immer geartete) Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, prägen den Raum mit ihrem Zeichen-, Symbol- und Repräsentationssystem. (Offenbar gibt es eine gewisse Arbeitsteilung der öffentlichen Räume, und nur ganz wenige Räume sind umfassend öffentlich dergestalt, dass sich die gesamte Stadtbevölkerung darauf bezieht.) Obgleich sich nun also Bedeutung und Inhalt der Begriffe „Privat“ und „Öffentlich“ erheblich verändern, bleibt doch festzuhalten, dass die Polarität, das Aufeinandertreffen des Gegensätzlichen, das Spiel von Widerparts weiterhin konstitutiv ist für die *Res publica*.

Um sich der Antwort auf die Frage, was denn heute (hybride) öffentliche Räume sind und was sie ausmacht, anzunähern, scheint es vielmehr angeraten, vorerst bei ihrer innerstädtischen Spielart zu verweilen. Die aus dem Mittelalter überkommenen, die in der Renaissance oder im Barock geprägten Leerräume der Stadt verfügen offenkundig über eine Vitalität und Bildhaftigkeit, die jüngere Räume nicht aufweisen. Sie sind diesbezüglich im Vorteil, weil mit der entstehenden Moderne die Definition der Geschlossenheit der Stadt aufgegeben, die Kraft der raumdefinierenden Hülle in Frage gestellt und vor allem die soziale Verbindlichkeit dafür, die Eigenständigkeit der individuellen Bauwerke zugunsten eines übergreifenden Ganzen aufzugeben, vollends in Zweifel gezogen wurde – und damit die Einsicht, dass es für das Bauen im Kontext eines sozialen Konsenses bedarf, der durch die Bauordnung allein nicht herzustellen ist.

Geordnete und kontrollierbare Räume zu schaffen, war und ist das Ziel des Städtebaus. Dem eingeschrieben ist indessen eine wesentliche Ausnahme, stellt der freie städtische Raum doch – in seinem Wesen, nicht in seinem Erscheinungsbild – einen Multioptionsraum dar; und wie er genutzt wird, lässt sich nicht mit wenigen Begriffen klassifizieren. Der Wert des öffentlichen Raumes liegt darin, eben keine feste und vorgeschriebene Nutzung, vielmehr eine unspezifische Multifunktionalität zu haben. Er ist Erlebnis-Raum, der vielerlei Formen des Freizeitverhaltens ermöglicht. Auch wenn der Ausdruck Fun-Gesellschaft die Wirklichkeit nicht trifft: Viele öffentliche Räume werden als fun-places genutzt, für Events aller Art. Einkaufen und ‚Spaß haben‘ sind gängige Leitbilder urbaner Lebensweise, zugleich Teil unserer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum. Und dass das Zurschaustellen von Luxus ein integraler Bestandteil von Stadtkultur sei, ja von vielen als gleichbedeutend mit ihr gesehen werde, hat Werner Sombart schon 1913 in seinem Essay ‚Luxus und Kapitalismus‘ brillant geschildert.

Die historische Stadt europäischen Zuschnitts erfand dafür Parks, Grünanlagen und Stadtplätze – noch immer Orte allgemeiner Akzeptanz in öffentlicher Obhut. Allerdings ist der Blick auf deren reales Erscheinungsbild eher ernüchternd. Denn trotz unseres ‚Bedürfnis‘, zu sehen und gesehen zu werden, ist der öffentliche Raum einer problematischen Entwicklung ausgesetzt, die indes in zwei unterschiedliche Richtungen drängt. Einerseits ist vieles, was man heute in Städten als Platz bezeichnet und was einer öffentlichen Widmung unterliegt, vollgestellt mit Telefonzellen, Wartehäuschen, Kiosken, Masten, Schildern, Sammelcontainern, Abfallkörben, Blumenkübeln, Pollern, Bänken, Schaukästen oder Litfaßsäulen. In manch eingeschränkter Sicht mag er dadurch ‚funktionaler‘ wirken. Doch im gleichen Maße, wie er mit solch konkreten Zwecken und Möblierungen befrachtet wird, verliert der öffentliche Raum an

Wert: nämlich funktionell offen und unbestimmt zu sein.

Andererseits wird er schleichend privatisiert. Denn der innerstädtische Einzelhandel, der seine Standorte heute noch oft entlang der Straßen und an Plätzen hat, verlagert sich zunehmend in Passagen; offene Marktplätze werden überdacht und abgeschlossen. Erlebnisräume werden künstlich geschaffen, Freizeitgestaltungen in abgekapselte Binnenwelten transponiert, Bahnhöfe mutieren zu Shopping-Centern. Das CentrO etwa, Europas größtes Einkaufs- und Freizeitzentrum, hat in den ersten fünf Jahren seiner Existenz über 120 Millionen Besucher in der ‚Neuen Mitte‘ Oberhausens empfangen. Wer es besucht, der kommt nicht nur, um einzukaufen, sondern um sein urbanes Flair zu erleben. Eine von der Betreibergesellschaft vertraglich fixierte und austarierte Mischung an Boutiquen, Filialketten und Restaurants, in denen man von mexikanisch bis orientalisch alles probieren kann, ein Multiplex-Kino sowie die einem Hafenkai nachempfundene Promenade: ein gelungener Ort von ‚öffentlicher‘ Wirkung, weil punktgenau geplant und entsprechend inszeniert, zudem unauffällig überwacht und gesichert. Aber kein wahrlich öffentlicher Raum. Genauso wenig wie bei den Potsdamer Platz Arkaden oder im Sony-Center. Hier entstehen Surrogate des öffentlichen Raums, aus denen alle negativen Erscheinungen des städtischen Lebens ausgesperrt werden: Die Witterung und der Straßenverkehr, aber auch bestimmte Bevölkerungsgruppen. Sie ‚gehören‘ also nicht mehr allen, können nicht mehr von allen genutzt werden, weil es Zugangsbeschränkungen gibt, weil Hausregeln, Videokameras und private Sicherheitskräfte für den Schutz und die Sicherheit der Besucher sorgen.

Der öffentliche Raum war traditionell ein Bereich, der einer konkreten, vorbestimmten Nutzung entzogen war. Genau diese Unbestimmtheit droht in unseren Städten mehr und mehr zu verschwinden. An ihre Stelle tritt ein wohlkalkulierter Mix an Infrastrukturu-

ren, die reale oder vermeintliche Konsumbedürfnisse befriedigen, die einladend wirken und zugleich das Fortbestehen des Urbanen vortäuschen. Was in privater Bauherrschaft erstellt wird, bemüht zwar gern das Bild des öffentlichen Raums – und wird, wie viele der berühmten Passagen in Leipzig zeigen, von vielen auch unkritisch so erlebt. Gleichwohl aber dominieren bei Konzeption und Betrieb kommerzielle Interessen. Der Charakter öffentlicher Räume und die urbane Vielfalt werden durch die Wahrnehmung privaten Hausrechtes letztlich in Frage gestellt.

Weil diese Privatisierung des öffentlichen Raums eine gezielte Ausgrenzung darstellt, wird die gesellschaftliche Integrationsfunktion, die die öffentlichen Räume bisher in den Städten ausgeübt haben, eingeschränkt. Zugleich schmälert sie den ‚Wert‘ des verbleibenden öffentlichen Raums. Denn dieser kann mit den privatisierten Bereichen nicht konkurrieren: Es sinkt das Interesse, sich in ihm aufzuhalten; er verliert als Kommunikationsraum an Bedeutung, wird schleichend hässlich und unattraktiv, verkommt zum Rückzugsort für ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen. Diese Entwicklungen schaukeln sich gegenseitig auf. Je unattraktiver der klassische Stadtraum wird, desto eher wird er gemieden, desto größer wird die Nachfrage nach geschützten geschlossenen Räumen. Dass diese Tendenz nach dem schrecklichen Attentat in New York vom 11. September noch zunehmen werde, darauf hat Richard Sennett unlängst hingewiesen: „Die Gesellschaft versucht auf eine irrationale Bedrohung mit ‚panoptischer‘ Macht zu reagieren, also mit totaler visueller Überwachung. Man bringt dabei ein Kontrollmodell aus dem Strafvollzug in den öffentlichen Raum.“

Diesen fundamentalen gesellschaftlichen Verlust scheint man nun allerdings mit einer geradezu obsessiven Gestaltung auffangen zu wollen. Um sich in der Konkurrenz mit den privatisierten Räumen à la Friedrichstadtpassagen oder Gesundbrunnen-Center zu behaupten, greift eine zunehmende ‚Verkunstung‘ so

manchen öffentlichen Raums Platz. Dem Modell der Privaten folgend, wird auch die öffentliche Domäne, vornehmlich an ausgewählten Stellen in der City, von der Stadtverwaltung verschönt – und zugleich in eine enge Funktion gezwängt, die ihrem Charakter als Multioptionsraum nicht zuträglich ist. Dergleichen ist etwa am Los-Angeles-Platz in Berlin zu sehen. Sollte sich darin eine Art Beschwörung der kommunalen Handlungsfähigkeit an zentralen Schauplätzen ausdrücken, die doch nur klingt wie das sprichwörtliche Pfeifen im Wald? Wer auf eine Revitalisierung öffentlicher Räume hoffte, der sieht sich mit anspruchsvollem Produktdesign konfrontiert. Kühl und gekonnt, bis ins Detail durchkomponiert, scheint das Konzept der Animatoren aufzugehen. Die Besucher honorieren den Mix aus Unterhaltung, Shopping und Vergnügen – jedenfalls bis Ladenschluss. Unübersehbar nehmen sie zu, jene überinstrumentierten, mit Straßenmobiliar vollgestopften oder kunstvoll inszenierten ‚öffentlichen Räume‘, die wie einst die ‚gute Stube‘ allenfalls zum Staunen und begucken, nicht aber zu handfester Nutzung einladen. Kosmetik statt Therapie?

Weder ein zuviel an Gestaltung, noch die Tendenz, den öffentlichen Plätzen gar keine Aufmerksamkeit zu widmen und sie sich selbst zu überlassen, kann der richtige Weg sein. Die Politik hat für die Res publica Sorge zu tragen; Architekten und Bauherrn jedoch müssen konkrete Vorschläge machen. Die aber dürfen nun nicht auf eine bloße Verhübschung der Alltagswelt zielen. Denn dies lenke, so die Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel, nur ab von gesellschaftlichen Problemen: „Ästhetisierung der Stadt schafft das Elend nicht ab, sondern nur beiseite.“ Sie wehren sich gegen die Tendenz, dass all die unliebsamen Erscheinungen wie Drogen und Obdachlosigkeit, Verwahrlosung und Kleinkriminalität nur aus dem Bild der Stadt gebannt werden. Doch sie räumen zugleich ein, dass Ästhetik durchaus ein wichtiges Thema ist, denn „würde man daraus die Konsequenz ziehen, es dürfe solange nur häss-

lich gebaut werden, wie das Elend und die Ungerechtigkeit dieser Welt nicht beseitigt sind, so wäre es Barbarei. Stadtgestaltung ist mehr und grundsätzlich anderes als das Spielen mit Räumen, Licht und Farbe. Sie ist immer auch konkreter Eingriff in Lebensweisen von Menschen.“

Man kann nicht nicht gestalten. Wohl aber ignorieren, welche Auswirkungen Gestaltung auf die Lebensweisen von Menschen haben kann. Also muss man eine neue Balance finden, die die politische Diskussion nicht beschneidet oder unterbindet – sie ist ja nach wie vor nötig –, aber auch die aktive Gestaltung in ihr Recht setzt. Immerhin ist sie ein eigenständiger Bereich, der weder ausschließlich auf nichtästhetische Bereiche zurückgeführt werden kann, noch ausschließlich solchen Bereichen dient. Besonders wenn Architektur mehr und mehr die Sache von Investoren, von ihren Spekulationen und Gewinnabsichten ist, stellt sich die Frage, wie sie die Lebensbedingungen derer prägt, die nicht von ihr profitieren. Gestaltung von Plätzen zumindest kann mehr sein, als ein bloß verhübschendes Spiel mit Räumen, Licht, Farbe und Material, zumal ernsthafte künstlerische Gestaltung nicht mit Effekthaschereien, Sinnesreizen, Gags und Drolligkeiten zu verwechseln ist – auch wenn all dies manchmal mit dem Prädikat ‚ästhetisch‘ belegt wird. Indem jedoch die öffentliche Hand immer stärker in eine Rolle gleitet, die sie einem privaten Investor oder Developer ähneln lässt, verschieben sich die Gewichte.

So scheinen die öffentlichen Räume sich zunehmend zu verändern; sie werden uneindeutig und hybrid. Zum einen gerieren sich private Räume glaubwürdig als öffentliche. Zum anderen sind dezidiert öffentlich gewidmete offenbar so angelegt, dass sie niemanden interessieren oder gar zur Nutzung animieren. (Und das gilt beileibe nicht nur bei Friedhöfen.) Aktuelle Beispiele sind auch bei mehr oder minder prominenten Neubauvorhaben zu finden. So ist mit dem „Rheinwerk“ in Bonn, einer ehemaligen Zementfabrik

auf der Oberkasseler Rheinseite, nahe der Südbrücke, eine Art Promenade als öffentlich-privater Zwitzer entstanden. Im Jahr 2002 führte die Stadt einen Wettbewerb zur Nachnutzung dieser „Industrierache“ durch, den der Bonner Architekt Karl-Heinz Schommer gewann; neben der gelungenen Integration der historischen Altbauten in das Gebäudeensemble der GWI AG (einem Softwareunternehmen auf dem medizinischen Sektor) liegt der frappante Aspekt seiner Konzeption darin, neue Freiräume und Nutzungsqualitäten mit mehr als bloß visuellem Bezug zum Rhein zu schaffen. Die im letzten Jahr fertiggestellten, blockartigen, weitgehend in Glas aufgelösten Bürogebäude und ihre grünen Höfe (bislang ist nur ein erster Bauabschnitt fertiggestellt) werden mit der neuen Parklandschaft in Beziehung gesetzt. Eine sanft geschwungene und begraste Böschung bildet einen fließenden Übergang zwischen öffentlich und privat; keine Markierung, keine Barriere versucht hier, Grenzen zu vermitteln oder Verhalten vorzuschreiben.

In den innenstädtischen Bereich übersetzt, stellt der Ernst-August-Platz vor dem Hauptbahnhof in Hannover ein ähnliches Beispiel dar. Obgleich auf den ersten (und wohl auch zweiten) Blick nicht sichtbar, ist auch er ein Hybrid, weil zum großen Teil im Eigentum und unter der Kontrolle der Bahngesellschaft. Wobei die DB einerseits eine Art Eventmarketing auf dem Platz be-, andererseits die ortsansässige Trinkerszene recht rigoros vertreibt. Die in den Platz geschwungenen Straßenbahngleise deuten es zwar an, aber lediglich die hier sich aufhaltenden Bacchusgemeinde macht klar, dass zur City hin nicht mehr das Hausrecht gilt.

Auch inmitten der bayerischen Landeshauptstadt, am Marstallplatz, zeichnen sich gravierende Änderungen ab. Über vier Jahrhunderte gewachsen und in seiner Vielfalt von Renaissance, Barock, Rokoko und Klassizismus einzigartig, wurde dieses Ensemble im Münchner Zentrum 1944 ein Opfer des Bombenkriegs. Was lange Zeit als Parkplatz gleichsam ein Aschenputtel der Residenzstadt war, ist nun zur

Prinzessin geworden – und zugleich veritable Reinterpretation eines „öffentlichen Raums“. Nachdem Anfang der 90er Jahre mit dem Sitz der Max-Planck-Gesellschaft (Architekten Graf, Popp und Streib) dem Platz eine Fassung zum Hofgarten hin gegeben wurde, hat nun das Büro ‚Gewers Kühn + Kühn‘ einen Abschluss des Marstallplatzes zur Maximilianstraße formuliert. Er besteht aus dem neuen Probenhaus der Staatsoper und einem quadratischen Bürogebäude mit Atrium (Maximilianhof genannt), bezieht indes den nur noch zu einem Drittel erhaltenen Bau von Friedrich Bürklein – jenes Architekten, der in der Mitte des 19. Jahrhunderts den gesamten Straßenzug samt Schaufassaden entwarf – mit ein. Entstanden ist eine komplexe, Alt und Neu verflechtende Komposition von Bauten, die Außenräume in der Anmutung von Innenräumen erzeugt: Ein verdichteter dreieckiger Platz in zweiter Reihe, eine zentrale Passage und Gassen mit angedeuteten Ausblicken, schließlich, in großzügiger Weite, das leicht unregelmäßige Rechteck des Marstallplatzes. Doch was ostentativ als Res Publica auftritt, ist Ergebnis einer Public Private Partnership; womit diese Indienstrahmung des Platzes für die Öffentlichkeit – und seine zurückhaltende, ja minimalistische Gestaltung – die Überführung des Themas ‚Stadttraum‘ in ein neues urbanes Bedeutungssystem darstellt.

Eine solche Entwicklung kommt natürlich nicht von ungefähr. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Veränderungen. Aber auch einer Mangelsituation der öffentlichen Hand. So stellt sich die Unterhalts- und Pflege-Problematik aus kommunaler Sicht heute weitaus schärfer denn je: Angesichts der städtischen Personalengpässe und Haushaltsnöte werden zum einen selbst solche Flächen *nicht* in öffentliche Obhut übernommen, die beispielsweise im Rahmen städtebaulicher Projekte von beteiligten Investoren angeboten werden (natürlich, weil sie sich selbst mit den haftungsrechtlichen und Unterhaltungskonsequenzen überfordert glauben). Zum anderen darben viele öffentlich gewidmeten Flächen; sie werden

sukzessive vernachlässigt, wenn sie nicht im Fokus der politischen Aufmerksamkeit liegen; die Diskussion um die sehr unterschiedlichen Maßstäbe in der gärtnerischen Betreuung der großen Berliner Parks „Tiergarten“ und „Hasenheide“ illustriert das sehr gut. Hinzu kommt, dass kaum ein Haushaltstitel so viel an vermeintlichem Einsparpotenzial bietet wie die so genannten Unterhaltsmittel, die relativ unspezifische Aufwendungen fixiert. (Die große Vorliebe für Events aller Art bei vielen Stadtvätern und –müttern ist gleichsam ist der Kehrseite dieser Medaille.) Doch auch der Verkauf von Grundstücken und Flächen an Private oder die Kooperation von Kommunen und Investoren in PPP-Projekten, beides verbunden mit die Hoffnung auf „Belegung“ bestimmter Orte und Quartiere durch eben diese, geht im Grunde auf die zunehmende Schwäche der Kommunen zurück.

Hier scheint der Blick auf den größeren Zusammenhang geboten: Einer Stadt, die noch keine Marke ist, die noch kein ‚Branding‘ hat, fällt es schwer, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Image und Ruf stellen wichtigen Bestandteil ihrer strategischen Konkurrenzfähigkeit dar. Dass die Attraktivität einer Stadt, mithin ihr öffentlicher Raum dabei eine wichtige Rolle spielt, leuchtet ein. So weit, so gut; fatal jedoch ist eines: Im Bestreben, ihr Marken-Image zu verbessern, konzentrieren sich viele Städte mehr auf die Werte und Emotionen, die die Kunden und Bürger mit dem ‚Produkt‘ verbinden, als auf deren Qualität selbst. Da alle Orte mit ununterscheidbaren Massenprodukten überschwemmt werden, versuchen Städte, gleichsam sich selbst zu individualisieren – aber eben alle auf die (fast) gleiche Weise, in bewährten Schablonen. Hauptsache, damit wird ein bestimmter Lifestyle befördert oder ein – wahlweise cooles, vorzugsweise behagliches – Image propagiert. Wohlfeile Sitzgelegenheiten, stählerne Kioske, ausgreifende Wasserspiele und opulente Plastiken reüssieren. Abgezielt wird auf ein Prestige, das durch Exklusivität entsteht; erreicht wird hingegen das rechte Gegenteil. Es entsteht ein

‚öffentlicher Raum‘, auf den man den Mythos-Begriff von Roland Barthes anwenden könnte: Er „organisiert eine Welt ohne Widersprüche, weil ohne Tiefe, eine in der Evidenz ausgebreitete Welt, er begründet eine glückliche Klarheit. Die Dinge machen den Eindruck, als bedeuteten sie von ganz allein.“

Das Typische der Stadt sind Wechsel und Vielfalt, Andersartigkeiten bis hin zu Unvereinbarkeiten von Lebensweisen und ihren Ausdrucksformen, gleichzeitig und nebeneinander. Es ist nach wie vor ein Merkmal des Städtischen, nicht immerfort gleich zu sein, begrenzt, gewohnt – also als das, was sich auf vorgezeichneten Wegen abspielt und provinziell genannt wird. Langlebigkeit, Sicherheit und Stabilität mögen als Werte gelten, an denen sich Stadtplanung und Architektur auch weiterhin orientieren. Aber sie sind es nicht allein, und sie können zur Lüge werden, zu einer kitschigen Illusion von Identität und Gemeinschaft. Wenn es um ‚Öffentlichkeit‘ geht, dann auch um die Zwanglosigkeit des Rahmens, innerhalb dessen sich Kontakte ergeben (können). Gerade die Bandbreite des Möglichen ist nach Auffassung des Stadtsoziologen Hans Paul Bahrdt das eigentlich Spannende an der ‚urbanen‘ Situation. „Trotz aller Kasuistik erlaubter Themen kann sich aus der Frage nach dem Weg ein Flirt entwickeln.“ Just das aber lässt sich nicht planen. Und dennoch – oder gerade deshalb – wird der öffentliche Raum geplant, ja auf Feinste gestaltet: Baumreihen und Blumenrabatten, Verkehrsschilder, Sitzbänke und, scheinbar unvermeidlich, Brunnen und Wasserspiele unterschiedlichster Provenienz. Als modische Aperçus: Aufkantungungen und Reliefverschiebungen, Spiel mit Ebenen und Schrägen, mit Niveauunterschieden, Materialien, Pflaster Texturen. Indes, gut gemeint ist das Gegenteil von gut gemacht. Und man steht vor eben jenem Dilemma, das der Schweizer Architekturtheoretiker André Corboz dem Städtebau in toto zuschreibt: „Es ist die Idee der Rationalisierung, im Sinne einer absoluten Kontrolle, der Ausschaltung des Unvorhersehbaren und der gleichzeitigen Errichtung einer ebenso

perfekten wie definitiven Ordnung.“ Und diese Idee verkennt die tatsächlichen Spielregeln: Die Gestalter (müssen) entscheiden, ohne die einzelnen Gegebenheiten des Problems zu kennen, von denen einige bekannt sind, andere zufallsbedingt, wieder andere unbestimmbar.

Freilich lässt sich auf diese komplexe Herausforderung keine einfache und überall gültige Antwort formulieren. Dass der urbane Raum keineswegs in einem System von Zeichen und flüchtigen Bildern verschwinden muss, demonstrieren ja vorhandene und durchaus gelungene Situationen. Der Winterfeldtplatz in Berlin etwa stellt einen öffentlichen Raum dar, den jeder sofort als solchen empfindet; gerade das Nicht-Bestimmte und Offene seiner Fläche schafft die Voraussetzung für seine Beleb- und Beliebtheit (mal ganz abgesehen vom sozialen Milieu, das sich hier tummelt). Oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen: Die Alsterarkaden am Jungfernstieg in der Nähe des Rathausmarktes in Hamburg bilden einen probaten Hintergrund für die gesellschaftliche Bühne. Sie wirken durch ihre Farbe, ihr Maß, ihre Proportion und ihren Rhythmus. Sie werten den Ort auf, an dem sie stehen, anstatt ihn öde zu machen. Sie machen offensichtlich, dass öffentlicher Raum in der Vergangenheit mit relativ einfachen Mitteln oft sehr viel subtiler gefasst wurde, als es heute mit großem Aufwand gelingt.

Recht eigentlich macht der öffentliche Raum, einerseits, die Stadt praktisch *nutzbar*. Er ermöglicht, andererseits, die zusammenhängende visuelle und haptische Wahrnehmung von Stadt und macht ihre baulich-räumliche Organisation *verständlich*. Er kann sowohl Produkt der ihn begrenzenden Gebäude, technischer Anlagen und Pflanzungen sein, als auch Vorgabe für deren räumliche Anordnung. Mit „Bedeutung“ gefüllt wird er indes erst durch die darin stattfindenden sozialen Prozesse. Zwei Stichworte sind in diesem Zusammenhang als Wegzeichen der „Mutation“ aktuell: Sicherheit und Vandalismus. Sie

bilden eine Art antagonistisches Zwillingpaar. Am sichtbarsten tritt Vandalismus im scheinbar anonymen, verantwortungsleeren ‚öffentlichen Raum‘ auf – als Zertrümmerung der Glaswand einer Bushaltestelle, als Graffiti an einem Brunnen, als Zerstörung einer Telefonzelle. Zwar mag er als provokatives Indiz für soziale und psychische Hilflosigkeit interpretiert werden, er bleibt aber ein so gravierendes wie ungelöstes gesellschaftliches Problem. Zwar mag er eine individuelle Reaktion auf eine Welt sein, in der alles ‚konsumierbar‘ wird, zum raschen, zum ‚alsbaldigen‘ Verbrauch bestimmt, und deren Bevölkerung bloß noch aus Konsumenten, Voyeuren und Produzenten, nicht mehr aus Bürgern, Citoyens oder Flaneuren besteht. Aber gerade diese Haltung trägt auch zum Unsicherheitsempfinden – das mindestens so entscheidend wie die real fehlende Sicherheit – im öffentlichen Raum bei. Diese Wechselwirkung, die hier allenfalls angedeutet werden kann und beileibe nicht die einzige ist, fördert implizit den Wunsch nach hermetischen öffentlichen Räumen, deren Gestalt und Nutzung einem klaren Regelwerk unterliegt.

Gesellschaftlich und baulich „richtig“ kodiert, werden diese Räume öffentlich – und durchaus genussvoll – konsumiert. Und damit offenkundig auch als etwas Eigenes akzeptiert. Das wiederum setzt eine gewisse Vertrautheit mit dem Ort voraus. Die Vertrautheit mit einem Ort erzeugt Sicherheit. Man kann Verhalten prognostizieren und hat in gewisser Hinsicht einen Anspruch darauf, dass sich der andere gemäß dieser Prognose verhält. In der Shopping-Mall dürfte das in der Regel der Fall sein; an anderen Orten, etwa so manchem Bahnhofsvorplatz, sieht das ganz anders aus. Zwar ist Unsicherheit etwas, das meist subjektiv empfunden, nicht objektiv vorhanden ist. Aber dem (Un-)Sicherheitsempfinden in öffentlichen Räumen, das u.a. bedingt ist durch den Aufenthalt von Randgruppen, muss konzeptionell begegnet werden, wengleich wohl mit anderen Mitteln als der starken Präsenz von privaten Ordnungsdiensten, Videoüberwachungen etc. Die Gratwanderung, die hier gefor-

dert ist, macht evident, dass der öffentliche Raum inmitten eines Spannungsfeldes liegt zwischen Liberalität und Toleranz einerseits und gesellschaftlicher Konvention und öffentlicher Ordnung andererseits, wobei die Grenzen immer fließende sind.

Gewiss gehört zu einem Platz immer auch „ein kurzer Gang hinter das unmittelbar wahrnehmbare Versatzstück“, der enthüllt, ob man es „mit mehr als einem Bühnenbild zu tun hat“, wie Colin Rowe und Fred Koetter (in ihrem Buch *Collage City*) am Beispiel des 1950 entstandenen Stadtplatzes von *Harlow New Town* feststellten, wo eben dieses dicht bestückte Umfeld fehlte: „Der Raum des Platzes nämlich, der vorgibt, eine Entspannung schaffende Öffnung in einer dichten Masse zu sein, Auflockerung einer gedrängten Umgebung, macht schon bald selber deutlich, dass er nicht so gelesen werden kann. Er existiert ohne notwendige Hinterfüllung oder Unterstützung, ohne Druck durch Baumasse oder Belebung durch Menschen, die seinem Dasein Glaubwürdigkeiten und Lebenskraft geben würden, und weil der Raum im Grunde *unerklärt* bleibt, zeigt sich, dass der Stadtplatz von Harlow ganz und gar nicht Auswirkung eines historischen oder räumlichen Kontextes ist (was er zu sein scheint), sondern in Wirklichkeit ein Fremdkörper, der ohne die Hilfe von Anführungszeichen in eine Gartenvorstadt gesetzt ist.“

Ein wahrhaft öffentlicher Raum aber kann kein Fremdkörper sein; vielmehr ist er nur als Integral erlebbar – wesensmäßig verschmolzen mit einem Umfeld. Wengleich kaum in Worten auszudrücken, gibt es doch etwas Genuines, das ihn von anderen Orten unterscheidet. Wenn man es, wie in Harlow, *nicht* vorfindet, dann ist der Stadtplatz kein Platz, sondern nur eine umgrenzte Kulisse. In diesem Zusammenhang wäre allerdings auf die Janusköpfigkeit von Architekten und Politikern hinzuweisen. Denn deren Bekenntnis zum öffentlichen Raum ist so erfreulich, wie ihre häufig wohlfeilen Rezepte zum Kopfschütteln einladen. Den kausalen Konnex

zwischen Öffentlichkeit und Gestaltung, es gibt ihn nicht. Dazu sei nur auf die gern bemühten Begriff von Offenheit und Transparenz verwiesen, der beim Bau des neuen Regierungsviertels ein prominente Rolle spielte, wenngleich er in oft naiver Weise interpretiert wurde. Offene Grundrisse und Raumgrenzen sind eine Sache, doch die Offenheit sozialer Strukturen ist etwas völlig anderes. Ein Parlament, eine Versicherung mag in Gebäuden mit offenen Grundrissen und Raumgrenzen untergebracht sein, aber das macht die dort verhandelten Dinge und die dort herrschenden Strukturen keineswegs transparenter und flexibler. Auch für die Gestaltung der Res publica gibt es kein Patentrezept, keinen festen Typus; sie erfordert vielmehr auf den konkreten Ort bezogene, immer wieder neue Konzepte.

Raum konstituiert ein Zwischenreich zwischen Individuum und Gesellschaft. Architektur ist dabei eine Vermittlungsinstanz; sie trifft sich hier mit dem öffentlich geäußerten freien Wort und der freien Presse. Ein gewichtiger Unterschied zur freien Meinungsäußerung besteht jedoch: Denn der öffentliche Raum entfaltet in doppeltem Sinn Zwangswirkung: Der Einzelne hat nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Wahl; zudem ist er in ihnen meist intensiv biographisch verwurzelt. Und von ähnlicher Bedeutung ist, dass Raumgestaltungen und Bauwerke im Verhältnis zueinander in existenzieller Konkurrenz stehen: An einem Ort lässt sich – jedenfalls zu einem gegebenem Zeitpunkt – nur eine einzige Raumgestalt verwirklichen. Und das gilt auch für hybride Räume.





Norbert Gestring, Anna Maibaum, Walter Siebel, Karen Sievers, Jan Wehrheim

## Fremdheit und Kontrolle in öffentlichen Räumen

In der Stadtsoziologie und -planung wird die These des Verfalls des öffentlichen Raums kontrovers diskutiert, nach der der öffentliche Raum durch vielfältige Formen der Privatisierung und Überwachung gefährdet sei. In diesem Beitrag wird diese These auf der Basis vorläufiger Ergebnisse eines empirischen Forschungsprojekts zum Qualitätswandel des öffentlichen Raums überprüft. Im ersten Teil werden vier Dimensionen der Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit dargestellt, zentrale Charakteristika öffentlicher Räume benannt und die Argumente für und gegen die Verfallsthese entlang dieser Dimensionen kurz referiert. Anschließend wird auf der Basis von Beobachtungen und Befragungen das Verhalten in einer innerstädtischen Geschäftsstraße unter der Fragestellung diskutiert, ob es dem Simmel'schen Modell urbaner Indifferenz entspricht. Danach wird eine Shopping Mall als Prototyp eines neuartigen öffentlichen Raums der Straße gegenübergestellt. Den Schluss bilden Thesen zum Qualitätswandel öffentlicher Räume.<sup>1</sup>

### 1 Öffentliche und private Räume

Öffentliche Räume lassen sich in vier Dimensionen von privaten unterscheiden (Siebel 2004: 14f.):

*Erstens funktional:* dem öffentlichen Raum der Straßen und Plätze einer Stadt sind die Funktionen Politik und Markt zugeordnet, den privaten Räumen von Betrieb und Wohnung die Funktionen der Produktion und Reproduktion;

*zweitens juristisch:* öffentlicher Raum unterliegt öffentlichem Recht, privater Raum privatem Recht;

*drittens sozial:* öffentliche und private Räume unterscheiden sich auch hinsichtlich der in ihnen jeweils erwartbaren Verhaltensweisen. Im öffentlichen Raum dominiert der Simmel'sche Großstädter, der sich durch Distanziertheit, Gleichgültigkeit und Intellektualität die Zumutungen des Großstadtlebens vom Leib hält (Simmel 1995), der private Raum der Wohnung ist dagegen Ort von Intimität, Körperlichkeit und Emotionalität (Gleichmann 1976);

*viertens symbolisch:* städtebauliche und architektonische Gestaltung, verwendete Materialien bis hin zu physischen Barrieren können die Offenheit resp. die Exklusivität von Räumen signalisieren.

Aufgrund dieser Merkmale ist der öffentliche Raum allgemein zugänglich, während der Zugang zu privaten Räumen der ausschließlichen Kontrolle des privaten Eigentümers resp. Mieters unterliegt. Öffentlicher Raum ist von allen sozialen Gruppen potentiell nutzbarer Raum, und die Möglichkeiten, ihn zu nutzen, sind nicht eindeutig determiniert: In welcher Rolle man ihn betritt bleibt – innerhalb der historisch jeweils gültigen Regeln gesitteten Verhaltens – offen. Dies zusammen mit der Größe und Heterogenität der Stadtbevölkerung garantiert die Anonymität im öffentlichen Raum. Zugänglichkeit, Anonymität und Verhaltensoffenheit – Bahrdt (1998) spricht von unvollständiger Integration – kennzeichnen öffentliche Räume.

Öffentliche Räume sind Räume der Begegnung mit dem Fremden. Der Fremde ist der Prototyp des Städters. Auf dem Dorfplatz und in privaten Räumen dagegen gibt es nur Bekannte. Der Fremde verkörpert einerseits das produktive, emanzipatorische Element des Städtischen. Andererseits ist er in einem doppelten Sinne verunsichernd: als Unbekannter und als Andersartiger. Als der unbekannte Fremde sind seine Verhaltensweisen nicht kalkulierbar. Als der andersartige Fremde ist er ärgerlich und verführerisch zugleich, denn er stellt die Routinen des Alltags, die vertrauten „Zivilisationsmuster“ (Schütz 1972) in Frage. Seine Freiheiten erinnern an die eigenen verdrängten Wünsche. Im öffentlichen Raum als Raum der Begegnung mit Fremden drohen der Verlust der Kontrolle über die äußere Situation (Bauman 1997) wie der Verlust der inneren Kontrolle über die eigenen aggressiven und libidinösen Triebe.

Angesichts dieser doppelten Verunsicherung haben die Individuen jene urbane Indifferenz entwickelt, die Georg Simmel (1995) als typisch für den Großstädter beschrieben hat. Gleichgültigkeit, Blasiertheit, Distanziertheit und Intellektualität sind mehr als nur Panzerungen gegen die Überforderung der Sinne, es sind auch Vorkehrungen, um die Bedrohlichkeit des Fremden zu mildern.

In allen vier Dimensionen lassen sich Tendenzen beobachten, die die These des Verfalls des öffentlichen Raums stützen. *Funktional*: Die Politik hat schon lange die Marktplätze verlassen. *Juristisch*: Der Markt wurde in Passagen, Kaufhäusern und Malls dem privaten Hausrecht der Eigentümer unterworfen. *Sozial*: Die Standards gesitteten, urbanen Verhaltens erodieren, Cas Wouters (1999) spricht von einer Informalisierung von Verhaltenstandards. Verhaltensweisen, die selbstverständlich hinter privaten Mauern verborgen blieben, findet man zunehmend auch im öffentlichen Raum: Der Handnutzer, der lauthals persönliche oder geschäftliche Angelegenheiten in der Öffentlichkeit erörtert, ist ein Beispiel. *Symbolisch*: Die Privatisierung des öffentlichen Raums wird schließlich sichtbar und symbolisch überhöht durch seine Einhausung und im Wortsinne exklusive Gestaltung: Teure Materialien wie Marmor und Messing, Palmenhaine und aufwendige künstlerische Installationen in den Straßen und Plätzen der Stadt wirken als „social filter“ (Carr et al. 1992).

Es gibt aber auch gegenläufige Tendenzen. Mit dem Rückzug der Industrie und dem Abbau von Militäranlagen werden die früher im Wortsinne verbotenen Zonen des Militärs und der großen Industrie-Areale der Öffentlichkeit zugänglich, sodass eine Bilanzierung privatisierter und veröffentlichter Flächen wahrscheinlich eher einen Gewinn an öffentlichen Flächen belegen würde. Aber mit einer reinen Flächenbilanz ist nichts gesagt über die qualitativen Veränderungen des öffentlichen Raums. Auch hier gibt es Gegenargumente: Love- oder Vision-Parades, Beach-Volleyball, Open-Air-Konzerte etc. sind ebenso neue Nutzungen des öffentlichen Raums, wie private Grillfeste in Parks (Herlyn 2004: 126). Ein Nebeneinander von „Verfall, Ende, Belebung, Renaissance“ charakterisiert den qualitativen Wandel des öffentlichen Raums der Städte, so Klaus Selle (2004: 145).

Um in diesem Hin und Her der Argumente eine empirische Basis zu finden, vergleichen wir im Folgenden zwei polare Markt-Räume, eine traditionelle innerstädtische Geschäftsstraße und eine Shopping Mall

– beide in einer norddeutschen Großstadt. Juristisch ist die Mall eindeutig privater Raum, die Geschäftsstraße dagegen öffentlicher. Zwei Markttore wurden ausgewählt, weil der Markt als Organisationsform der Ökonomie (Habermas 1990) wie als städtischer Ort (Bahrtdt 1998) der Prototyp des öffentlichen Raums ist. Wir haben untersucht, inwieweit diese Räume allgemein zugänglich sind und wie jeweils auf die prinzipiellen Verunsicherungen im öffentlichen Raum reagiert wird.<sup>2</sup>

## 2 Zwei Markttore: Straße und Mall

Nicht jeder Bewohner einer Stadt und des Umlands hat die selbe Zugangschance zu jedem öffentlichen Raum der Stadt. Das hat allein schon verkehrstechnische Gründe. Es macht wenig Sinn, danach zu fragen, ob Bevölkerungsgruppen, für die die Untersuchungsorte im Vergleich zu ähnlich strukturierten Markorten nur unter erheblichem Zeit- und Kostenaufwand erreichbar wären, auch dort antreffen zu sind. Wir haben deshalb nur danach gefragt, ob alle sozialen Gruppen der Wohnbevölkerung der umliegenden Quartiere in der Geschäftsstraße und der Mall anzutreffen sind. Dass Vertreter der Oberschicht an beiden Orten nicht zu beobachten sind, ist wenig überraschend. Der erfolgreiche „hanseatische Kaufmann“ wohnt nicht in dem Quartier der Geschäftsstraße, und die Shopping Mall hat ihm nichts zu bieten. Umgekehrt muss nicht gesondert darauf geachtet werden, ob die Mittelschichts-Wohnbevölkerung der jeweiligen Viertel anwesend ist – dies ist ebenso augenscheinlich wie die regelmäßige Präsenz nicht-deutsch-aussehender Passanten. Wir haben deshalb nur systematisch gezählt, inwieweit *erstens* bestimmte Gruppen anwesend sind, die wir als Extreme sozialer und kultureller Fremdheit definieren und die teilweise mit dem Stigma der Gefährlichkeit belegt sind, und *zweitens* Personengruppen, die – wenn auch nicht zur Oberschicht gehörend – ihren Wohlstand ostentativ zur Schau tragen. Außerdem haben wir erhoben, welche Verhaltensweisen jenseits

des Konsumierens regelmäßig vorkommen. Beide Aspekte – allgemeine Zugänglichkeit und Offenheit im Verhaltensspektrum – kennzeichnen öffentliche Räume. Exklusivität eines Raums müsste also zuallererst am Fehlen dieser Gruppen abzulesen sein und an einem stark eingeschränkten Verhaltensspektrum.

### Die innerstädtische Geschäftsstraße

In der von uns untersuchten Geschäftsstraße trifft man statistisch gesehen alle zwei Minuten auf einen sichtbar Armen oder gar offenkundig Verwehrlosen oder Obdachlosen und alle 3,4 Minuten auf einen vermeintlich Drogenabhängigen. Wohlhabende sind im Schnitt alle sechs Minuten zu sehen. Funktional dominiert zwar in der Geschäftsstraße – wie in der Mall – der Markt, aber die Straße dient als Durchgangsstraße zugleich dem Verkehr: Fußgänger, Fahrradfahrer, Automobile, Straßenbahnen, Parkplätze und Haltestellen. Dadurch ist die Nutzbarkeit des Straßenraums rein physisch durch den Verkehr und funktional durch die Dominanz der Konsumnutzungen stark eingeschränkt. Trotzdem spielen hier Kinder, Jogger sind sportlich unterwegs, Obdachlose schlafen am Rand der Bürgersteige. Es wird gebettelt, Musik gemacht, demonstriert, politische Zeitschriften werden auf der Straße angeboten, Passanten sitzen herum auch ohne Bänke und Stühle und ohne etwas dafür kaufen zu müssen. All das dominiert nicht das Straßenleben, ist aber regelmäßig beobachtbar. Der Untersuchungsort ist nicht nur für den „normalen“ Viertelbewohner zugänglich, sondern auch für Personen, die der Mittelschicht sozial und kulturell fremd sind: Drogenabhängige, Obdachlose, sichtbar Arme und Angehörige verschiedener Subkulturen. Und wer sich dort aufhält, kann neben der Rolle als Konsument bloßer Verkehrsteilnehmer sein, Fitnesssportler, spielendes Kind und politisch Engagierter. Die Geschäftsstraße ist ein allgemein zugänglicher und verhaltensoffener Ort und damit zugleich auch ein Ort der prinzipiell verunsichernden Erfahrung, die mit der Begegnung von Fremden verbunden ist.



Abb. 1: innerstädtische Geschäftsstraße

Um herauszufinden, wie diese Erfahrung verarbeitet wird, haben wir das Verhalten von Frauen zwischen 40 und 60 Jahren sowie von männlichen Jugendlichen (14–21 Jahre) beobachtet, d.h. wenn sie Angehörigen von Randgruppen (Drogenszene oder Obdachlose) begegneten, wenn sie also an ihnen vorbei oder durch eine solche Gruppe hindurchgingen. Bei keinem der insgesamt 263 Beobachtungsfälle zeigte sich irgendeine sichtbare Reaktion der Passanten auf diese Begegnung: weder Abwehr oder Schrecken noch unangenehme Empfindungen oder Mitleid, Aufmerksamkeit etc. Wir haben unmittelbar im Anschluss an diese Situationen des Passierens danach gefragt, ob den Frauen oder Jugendlichen etwas aufgefallen sei. Nur 25 und damit knapp ein Fünftel der insgesamt 134 Passanten (107 Frauen und 27 Jugendliche),<sup>3</sup> die wir befragen konnten, erwähnten daraufhin die Begegnung mit Angehörigen der Randgruppen. 15 Frauen und ein Jugendlicher blieben sogar nach einem Hinweis auf die Situation dabei, nichts bemerkt zu haben. Nur vier von 25 Jugendlichen und elf von 91 Frauen meinten, „so etwas“ gehöre hier nicht dazu. Und schließlich antworteten nur drei der 91 Frauen und fünf der 25 Jugendlichen, eine solche Begegnung würde sie verunsichern.

Die Passanten zeigen keinerlei Reaktionen auf die Begegnung mit auffälligen Randgruppen (Gleichgültigkeit), die weit überwiegende Mehrheit nimmt solche Begegnungen gar nicht bewusst wahr (Blasiertheit), hält sie für zugehörig zur Normalität der Stadt (Intellektualität, oder wie Bahrdr [1998] es formuliert: „resignierte Toleranz“) und zeigt sich nicht verunsichert (Distanziertheit). Haben wir also in der traditionellen Geschäftsstraße den Simmel'schen Großstädter beobachten können, der den verunsichernden Erfahrungen im öffentlichen Raum der Stadt mit urbaner Indifferenz begegnet?

Dafür spricht die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung des Quartiers. Ihr Bildungsstand und ihr Einkommen liegen über dem Durchschnitt, und sie wählt zu etwa 37 Prozent die Grünen. Es handelt sich um ein alternativ-akademisch geprägtes Milieu (vgl. Herlyn 1998), das mehrheitlich über die materiellen und kognitiven Voraussetzungen verfügt, um sich in urbaner Toleranz mit Fremdheit auseinander zu setzen (Häußermann 1995). Die oft beschriebenen sozialen Abstiegsängste (Ehrenreich 1994; Siebel/Wehrheim 2003; Wehrheim 2004), die quasi umkodiert werden in Ängste vor Kriminalität und Fremdheit, hätten für dieses Milieu keine Bedeutung. Vielfalt und damit auch Abweichung gelten eher als Bereicherung, gerade das würde die Qualität des öffentlichen Raums ausmachen.

Eigenschaften wie resignierte Toleranz und Distanziertheit kennzeichnen den gelernten Städter. Sie sind aber nicht die einzigen Erklärungen für den relativ konfliktfreien Umgang mit Fremdheit in unserem Untersuchungsgebiet, vier weitere sind zu nennen:

**Segregation.** Der ca. 500 m lange, gerade Straßenzug hat eine imaginäre Grenze in der Mitte, markiert durch eine Straßenkreuzung, an der auch die Verwaltungsgrenze zweier Ortsteile verläuft. Diese Grenze ist auch eine soziale Grenze: In der einen Hälfte haben wir doppelt so viele Personen gezählt, die sichtbar arm oder verwaht waren. Bei Angehörigen der Drogen-/Alkoholszene ist das Verhältnis noch

deutlicher, nämlich mehr als vier Mal so viele (130 zu 31). Bei den von uns als „sichtbar wohlhabend“ eingestuften Personen zeigt sich das genau umgekehrte Verhältnis: In dem Abschnitt, in dem kaum Randgruppen vorkamen, wurden doppelt so viele gezählt wie in dem anderen. Diese Segregation ist erklärbar mit unterschiedlichen Qualitäten der Geschäfte, die unterschiedliche Kundschaft anziehen. Wahrscheinlich spielen auch historisch gewachsene Gewohnheiten und feine Unterschiede der Adresse eine Rolle. Die deutliche soziale Differenzierung der beiden Räume führt dazu, dass unterschiedliche soziale Gruppen erst gar nicht aufeinander treffen. „Ungelernte Städter“ können auch die Begegnung mit Randgruppen meiden. Da wir Begegnungen mit Randgruppen nur dort beobachten können, wo diese sich aufhalten, haben wir möglicherweise überwiegend nur diejenigen beobachtet und befragt, die diesen Abschnitt des Untersuchungsortes, in dem die Angehörigen von Randgruppen sich vorzugsweise aufhalten, gerade nicht meiden, weil sie gelernt haben, mit den Verunsicherung der Großstadt umzugehen. Eine Erklärung für den von uns erfassten „städtischen“ Umgang mit Fremden könnte also in einer Selektivität unseres Samples aufgrund der sozialen Differenzierung innerhalb des Untersuchungsgebietes liegen, die eine Selbstselektion zwischen gelernten und ungelernten Städtern erlaubt.

**Kontrolle.** Eine zweite Erklärungsmöglichkeit für die Distanziertheit der von uns Befragten ist die Intensität formeller und informeller sozialer Kontrollen. Das Untersuchungsgebiet hat eine lange Historie der Vertreibung von Randgruppen, insbesondere der Drogenzene (FFM 1997). Sichtbar sind heute im Vergleich zu früher weniger und weniger auffällige Drogenabhängige. Und diese wenigen werden intensiv kontrolliert. Die Polizei ist bei einer (sehr vorsichtigen) Hochrechnung unserer Beobachtungsdaten durchschnittlich alle 25,6 Minuten im Untersuchungsgebiet anwesend. In insgesamt knapp 60 Stunden Beobachtungsdauer wurden insgesamt 20 Kontrollhandlungen

beobachtet. Von diesen 20 Handlungen bezogen sich lediglich vier nicht auf soziale Randgruppen. Während die Polizei kleinere Abweichungen der „normalen“ Passanten offenbar nicht ahndet,<sup>4</sup> sind Obdachlose und Drogenabhängige bereits aufgrund ihrer schlichten Anwesenheit Objekt von Kontrolle. Diese Kontrollen bewirken inzwischen allerdings weniger eine effektive Vertreibung als vielmehr eine symbolische Einhegung. Auch wenn die Kontrollierten aufgefordert wurden, sich zu entfernen, bewegten sie sich nur wenige Schritte fort und kehrten nach kurzer Zeit zurück, meist wieder an ihren ursprünglichen Standort. Die Tatsache, dass nach den harten Maßnahmen gegen Drogenabhängige diese Szene nur noch in relativ überschaubarer Anzahl vorkommt, ferner die regelmäßige Anwesenheit der Polizei und schließlich ihre sichtbaren Kontrollhandlungen, all das signalisiert zumindest, dass die Befremdlichkeiten des öffentlichen Raums unter Kontrolle sind.

Folgt man dieser Argumentation, wären die Vergangenheit effektiver Exklusion von Randgruppen und die Gegenwart vorwiegend symbolischer formeller Kontrollen ausschlaggebend für die Einhegung der Verunsicherungen des öffentlichen Raums. Aber nach den ersten Ergebnissen der Kurzbefragungen mit Passantinnen und Jugendlichen vor Ort unterschätzen vier Fünftel (43) der bisher von uns befragten 51 Frauen die „reale“ Polizeipräsenz beträchtlich – die Hälfte meinen, die Polizei sei lediglich „3–4 Mal am Tag“ oder „nie“ vor Ort – und trotzdem wünschen 45 von 51 befragten Frauen, die Polizei sollte nicht öfter oder gar seltener in der Straße sein und nur sechs sie sollte häufiger vor Ort sein. Formelle Kontrolle durch die Polizei scheint also im Bewusstsein der Frauen keine große Bedeutung für ihr Sicherheitsgefühl zu haben.

Aber auch die informellen sozialen Kontrollen durch Anwohner, Passanten, Geschäftsinhaber und Angestellte, die Jane Jacobs (1976) als elementar für funktionierende öffentliche Räume beschrieben hat, scheinen auf den ersten Blick keine besondere Rolle zu spielen. Informelle Kontrolle findet zwar statt, bezieht sich jedoch selten auf die genannten Randgruppen:

das war nur fünf Mal der Fall. Dagegen waren die Feldforscher im selben Zeitraum 16 Mal Objekt von informellen Kontrollhandlungen. Also existiert ein durchaus sensibles und handlungsbereites Potenzial informeller Kontrollen im Untersuchungsgebiet, nur hat es besondere Relevanzstrukturen. Dass die beobachtenden Soziologen durch ihre Tätigkeit weit mehr Aufmerksamkeit erregten als Obdachlose und Drogenabhängige, interpretieren wir als weiteren Hinweis auf das „Hier-Dazu-Gehören“ dieser Gruppen, das uns in den Interviews so oft bestätigt wurde, im Gegensatz zum offenkundigen Exotismus von Soziologen.

Die bisher dargestellten Erklärungsmöglichkeiten mildern die Bedrohlichkeiten des öffentlichen Raums, ohne jedoch ihren Kern zu berühren:

- *Der Fremde wird nicht besonders wahrgenommen – die urbane Indifferenz des gelernten Großstädtlers,*
- *kleinräumige Segregation – man begegnet ihm nicht,*
- *Kontrolle – man vertraut auf die Wirksamkeit formeller und informeller Kontrolle.*

Demnach ließe sich von urbanen Formen des Umgangs mit dem Fremden sprechen: Die Fremdheit des Fremden wird aufrechterhalten, aber eingeehgt. Dagegen beruhen die folgenden Erklärungsmöglichkeiten für den „unspektakulären“ Umgang mit Fremden darauf, dass dem Fremden seine Fremdheit genommen wird.

**Milieuspezifische Normalitätsstandards.** Im Milieu des Quartiers wird die Informalisierung von Verhaltensstandards, wie sie für die Städte des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts beschrieben werden (Keim 1997; Schubert 2000; Wouters 1999), von vielen Bewohnern nicht beklagt oder resigniert toleriert, sondern normativ akzeptiert: das Trinken von Bier im öffentlichen Raum, das Herumsitzen und Spielen, der Konsum (zumindest von „weichen“) illegalen Drogen, legere Kleidung und bunte Frisuren, das Duzen von einander fremden Personen etc., all das gehört zur Normalität oder wird gar begrüßt. Sauberkeits- und

Ordnungsvorstellungen scheinen eher flexibel. Dementsprechend besteht bei den befragten Frauen auch kein hoher Bedarf an formellen Verhaltensregelungen: Von einer Liste von sieben in der Mall verbotenen Handlungen,<sup>5</sup> die wir den Befragten vorlegten, wollten in der innerstädtischen Geschäftsstraße nur 13 Prozent (N=56), dass drei oder vier dieser Handlungen verboten werden sollten, exakt genauso viele wollten keine der genannten Handlungen verboten wissen. Keine der befragten Frauen forderte mehr als vier Verbote. Während zwar 49 von 57 das Wegwerfen von Papier gerne verboten wüssten, forderten nur zwei ein Verbot „unnötigen Aufenthalts“ und neun ein Verbot des Bettelns. Auch die Armen und die Drogenkonsumenten und damit ihre Verhaltensweisen hätten demnach im Untersuchungsgebiet genauso ihren Platz wie Angehörige von Subkulturen. Ihre Anwesenheit würde zur lokal spezifischen Normalität gehören. Statt mit urbaner Indifferenz wäre die Toleranz des Gebiets dadurch zu erklären, dass das Milieu Drogenkonsum, Betteln und Obdachlosigkeit nicht mehr als abweichendes Verhalten einschätzt. Es wäre kein urbanes Milieu, sondern eines mit anderen Normalitätsvorstellungen: Der Andersartige würde nicht toleriert, sondern seine Andersartigkeit wäre zum Verschwinden gebracht.

**Urban Villager.** Bei den insgesamt 104 Situationen, in denen wir die Anwesenheit von Angehörigen der Drogen- und Alkoholszene gezählt haben, handelte es sich um schätzungsweise nur 30–40 Personen, die jeweils in neuen Zusammenhängen auftauchten. Bei den gezählten 46 Obdachlosen lässt sich ein Kern von fünf oder sechs Personen erkennen, die permanent vor Ort sind. Bei den im Viertel beobachtbaren Randgruppen handelt es sich anscheinend mehrheitlich um eine „Stammbesetzung“. Das bedeutet, dass Passanten, die sich oft im Untersuchungsgebiet aufhalten, nicht nur eine hohe Wahrscheinlichkeit haben, Angehörigen von Randgruppen, sondern regelmäßig auch den selben Personen zu begegnen. Das bestätigen unsere Interviews: 46 von 57 Frauen und immer-

hin noch knapp die Hälfte der 67 befragten Jugendlichen geben an, Obdachlose und Drogenabhängige im Untersuchungsgebiet wiederzuerkennen. Die Verunsicherung durch den Fremden wäre dann nicht dadurch beruhigt, dass der Fremde ignoriert, gemieden oder kontrolliert würde, sondern dadurch, dass er mit der Zeit zum Bekannten wird. Der bekannte Fremde wird berechenbar. Sonst als befremdlich und abweichend gedeutete Handlungen – Alkohol trinken, laut reden, streiten, schlafen in der Öffentlichkeit etc. – sind dadurch, dass sie von wiedererkennbaren Individuen vollzogen werden, kalkulierbar. Der bekannte Obdachlose hat seinen Platz im Viertel. Diese Form der Reduktion von Fremdheit ist geradezu das Gegenteil der urbanen Indifferenz, es ist die des „Urban Villager“ (Gans 1982). Es bilden sich dörfliche Interaktionsmuster heraus, in denen Fremdheit verschwindet, in zumindest oberflächlicher Bekanntheit und einer von allen akzeptierten Alltäglichkeit, in deren Rahmen Drogenkonsum und Bettelei eher als individuelle, wenn auch oft störende oder nervende „Macken“ oder bedauerliches Einzelschicksal gelten denn als sichtbares Merkmal für die Gefährlichkeit der ganzen Person (vgl. auch Krasmann 2000: 204).

### Die Shopping Mall

In der Shopping Mall kommen Randgruppen nicht vor. Es gibt nur einen, dem Geschäftsführer persönlich bekannten „Vollbärtigen mit Kappe“ und eine *bag-lady*. Zumindest dem Augenschein nach wird die Mall ausschließlich von Angehörigen einer (allerdings breit definierten) Mittelschicht aufgesucht. Ebenso eingeschränkt ist das beobachtbare Verhaltensspektrum. Man sieht an einem Brunnen gelegentlich spielende Kinder, und die zahlreichen Bänke sind oft gut besetzt. Ansonsten gibt es nur Kunden der Cafés und Geschäfte. Das liegt allerdings nicht daran, dass exzessiver Konsum legaler oder illegaler Drogen, Arme etc. in der Umgebung der Shopping Mall nicht vorkämen. Im Gegenteil, aufgrund der Sozialstruktur der umgebenden Wohnviertel wären sie dort mindes-

tens so häufig zu erwarten wie in der innerstädtischen Geschäftsstraße: Eine als sozialer Brennpunkt geltende Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus liegt in der unmittelbaren Umgebung. Die Mall ist vielmehr ein nur sehr eingeschränkt zugänglicher Ort.<sup>6</sup> Sie erspart ihren Kunden die Zumutung auffälliger sozialer und kultureller Fremdheit.

Sie erreicht das durch drei Formen der Kontrolle. Wir unterscheiden die Kontrollformen analytisch nach den Zielen, nicht nach den eingesetzten Mitteln. Ein und dasselbe Mittel kann dabei durchaus auch verschiedenen Zielebenen zugeordnet werden.

**Disziplinierung und Exklusion.** Die erste Form der Kontrolle kann als negative oder ausgrenzende Kontrolle bezeichnet werden. Sie zielt darauf, unerwünschte Personen fernzuhalten und unerwünschte Verhaltensweisen zu unterbinden.

Es gibt eine Hausordnung, die alle möglichen Verhaltensweisen untersagt: vom Skateboard-Fahren, Musizieren und Rauchen bis zu „unnötigem Aufenthalt“, was dem Sicherheitspersonal ermöglicht, jeden Aufenthalt, der nicht direkt oder indirekt dem Kaufen und Konsumieren dient, sanktionieren zu können. Doch 60 Prozent (90 von 150) der von uns in der Mall Befragten glauben nicht einmal, dass es eine Hausordnung gibt. In der Mall befindet sich zudem eine Polizeistation, die in mehreren Schichten jeweils mit meist nur einem Polizisten besetzt ist, der vormittags zwei Rundgänge macht und nachmittags auf Anforderung von Ladendetektiven und Angestellten sein Büro verlässt. Ab 17.00 Uhr, an den Samstagen und verkaufsoffenen Sonntagen ganztags, patrouillieren ein bis zwei private Sicherheitskräfte. Außerdem sind zehn eher veraltete Videokameras installiert, deren Bilder allerdings nur beiläufig und zufällig auf zwei Bildschirmen betrachtet werden und zu einem Teil gar nicht mehr funktionieren. Auch bauliche Maßnahmen dienen der Verhinderung unerwünschten Verhaltens. So befinden sich auf dem Parkplatz der Mall Barrieren, die das zu schnelle Fahren ebenso unterbinden sollen wie zielloses Herumfahren beispielsweise von Jugendlichen (vgl. Goss 1993: 27).



Abb. 2: Shopping Mall Birmingham

Im Vergleich zu den dichten Kontrollen auf der innerstädtischen Geschäftsstraße ist die Mall somit ein sehr viel geringer formell kontrollierter Ort.

Dennoch gibt es Exklusion. Dies beginnt mit dem Standort am Rand der Stadt und der Gestaltung der Zuwege. Sie bewirken gleichsam automatisch, dass unerwünschte Personen ferngehalten werden. Zu Fuß ist die Mall nur umständlich erreichbar, man muss mit dem Auto kommen oder die langwierigen Verbindungen mit Straßenbahn und Bus nutzen.

Anfänglich, so ein Experte, kamen dennoch viele Gruppen, die man lieber nicht dort gesehen hätte. Ihnen wurde seit der Eröffnung der Mall im Jahre 1990 mit Ermahnungen und mit bis heute über 500 Hausverboten begegnet. So etwas spräche sich in den entsprechenden Kreisen herum und mittlerweile wüssten diese Gruppen, dass sie dort unerwünscht seien und wenn sie dennoch kämen, verhielten sie sich entsprechend ordentlich. Die indirekte Wirkung vergangener repressiver Kontrollen auf das Fortbleiben unerwünschter Gruppen und das Unterlassen unerwünschter Verhaltensweisen zeigt sich auch in der Tatsache, dass seit einiger Zeit in der Mall 70 (!) Bänke aufgestellt wurden. Das sei früher vermieden

worden, da sich zu viele Unerwünschte dort aufhalten hätten.

**Normalisierung.** Die zweite Form der Kontrolle kann als positive Form von Kontrolle bezeichnet werden. Sie dient der Verstärkung und Stabilisierung der von Betreiber und Mietern der Mall erwünschten Verhaltensweisen. Aber auch die Wünsche von Kunden werden aufgegriffen. Dazu erforscht man zunächst die Profile und Präferenzen der im Einzugsbereich lebenden potentiellen Kunden und richtet das Ambiente und das Warensortiment entsprechend aus, sodass der Kunde sich in einer Umwelt wiederfindet, die ihm eben das bietet und eben jene Verhaltensweisen nahe legt, die er selber für wünschenswert hält. Dadurch ergibt sich ein Kreislauf von artikulierten Wünschen, darauf abgestimmtem Angebot und dadurch verstärktem Nutzerverhalten, aus dem alles, was diesen Kreislauf stören könnte, ausgeschlossen bleibt und eben dadurch optimalen Umsatz ermöglicht.

Auch hier spielt der Parkplatz eine Rolle. Seine übersichtliche Gestaltung und die geringe Länge der Gehdistanzen auf den Parkierungsflächen reduzieren potentielle Gefahrenquellen (Vernor/Rabianski 1993: 131) und schaffen kurze Wege vom Parkplatz ins Innere der Mall. Bemühungen innerhalb der Mall konzentrieren sich darauf, die Laufwege der Kunden zu lenken: (Roll-)Treppen sind an End- und Knotenpunkten der Mallstraßen konzentriert, Ankermieter so positioniert, dass die Kunden bei Bewegungen zwischen ihnen, zwangsläufig auch an den kleineren Geschäften vorbei kommen (vgl. Beddington 1991: 101; Wawrowsky 1998: 188f.). Auf der Mallstrecke selbst bremsen wiederum Möblierungselemente, temporäre Verkaufsstände und Pflanzen den Fußgängerstrom, so dass die Kunden sich die angebotenen Waren länger ansehen können (bzw. müssen), und sie drängen die Konsumenten gleichzeitig so nah wie möglich an die Schaufenster heran (vgl. Brown 1999: 195). Die jahreszeitspezifische Regulation des Mallklimas, angenehme, die Aufmerksamkeit erregende, aber nicht blendende Lichtinszenierungen, die

Kontrolle der Geräuschkulisse und sanfte Musikberieselung sollen ein Wohlgefühl schaffen, indem an die Bedürfnisse der als Zielgruppe anvisierten Mallbesucher angeknüpft wird. Die Mall ist ein Ort der Normalisierung im Sinne der Stabilisierung statistisch durchschnittlichen und normativ erwünschten Verhaltens.

**Erwartungssicherheit.** Die dritte Form der Kontrolle zielt darauf, dem Kunden das Gefühl zu vermitteln, jederzeit Herr der Situation zu sein, indem ihm jegliche Unsicherheit aus dem Weg geräumt wird. Kunden wissen, was sie in der Mall erwartet, Überraschungen werden ausgeklammert. Erwartungssicherheit ergibt sich aus der Einhegung der den öffentlichen Raum konstituierenden Fremdheit und aus der Gestaltung des materiellen Raums.

Auf zweierlei Weise wird die Bedrohlichkeit von Fremdheit in der Mall eingehegt: Einmal durch die erste Form der Kontrolle, die Exklusion, die den andersartigen Fremden draußen hält. Zum anderen durch die Reduktion der möglichen Rollen des Fremden, was die Unkalkulierbarkeit des Verhaltens des unbekannt Fremden einschränkt. Die Shopping Mall sucht man gezielt auf, zum Einkaufen oder zumindest zum window-shopping. Andere Funktionen mit Ausnahme des Café-Besuchs sind dort nicht vorgesehen, nicht einmal die einer Durchgangsstraße. Wer sich dagegen in einer innerstädtischen Geschäftsstraße bewegt oder aufhält, kann mindestens zwei legitime Gründe dafür haben: Verkehrsteilnehmer oder Marktteilnehmer. Das aber bedeutet, dass die Anlieger keine Kontrolle über den Zugang ausüben können. Die Mall dagegen ist eine Sackgassensituation. Wer sich hier aufhält, hat nur einen legitimen Grund für seine Anwesenheit: die Rolle des Kunden eines Mieters der Mall. Deshalb kann jeder davon ausgehen, dass alle anderen, auch wenn sie befremdlich aussehen mögen, sich doch mit den gleichen Absichten in der Mall aufhalten wie man selber; und so gaben 94 von 150 Befragten an, die *anderen* Besucher seinen „nur zum Einkaufen“ vor Ort, in der innerstädtischen Geschäftsstraße meinten das nur 33 von 147. Der

Fremde wird zum Vertrauten. „Sicherheit und (soziale) Eindeutigkeit entstehen nach Luhmann dadurch, dass aus einem Spektrum denkbarer Möglichkeiten bestimmte Möglichkeiten als handlungsrelevant ausgewählt, andere hingegen als irrelevant ausgeblendet werden“ (Ruhne 2003: 65). In der Mall verschwindet Unsicherheit durch Reduktion des möglichen Rollenspektrums auf die Rolle des Konsumenten. Unter anderem darauf begründet sich die Erwartungssicherheit (Luhmann 1984: 417ff.) der Mallbesucher.

Auch die Gestaltung der Mall zielt in allem darauf, ein vertrautes und sicheres Ambiente zu schaffen. Dazu soll jeder Ort in der Mall klare Orientierung ermöglichen, er muss eindeutig definiert sein, Sichtbeziehungen dürfen nicht weiter sein als die normale Reichweite des Blicks. Die Vielfalt des Warenangebots darf nicht jenen Punkt überschreiten, an dem der Eindruck der Fülle umschlägt in Unübersichtlichkeit. Überschaubarkeit reduziert Unsicherheit. Das Ganze soll „clean, warm, save, friendly and welcoming“ anmuten (Miller et al. 1998: 104). In dem Maße aber, in dem es gelingt, dem Kunden das Gefühl zu vermitteln, in einem Raum zu sein, in dem er jederzeit Herr der Situation ist, wird die Mall zum privaten Raum und somit lauten die Chiffren auch „family environment“ (ebd.) und Privatheit. Designer sind darum bemüht, eine Umgebung zu schaffen, die als „an extension of home“ fungieren soll (Gillette 1985: 454).

Die Differenzierung der Kontrolle nach Disziplinierung und Exklusion, Normalisierung sowie Erwartungssicherheit ist eine analytische Unterscheidung nach den Zielen, nicht den Mitteln der Kontrolle. Die Mittel sind polyvalent, sie sind nicht jeweils einem Ziel zuzuordnen. Private Sicherheitsdienste beispielsweise sind nicht nur für Disziplinierung und Exklusion zuständig, sondern schaffen als Ansprechpartner bei Orientierungsproblemen auch Erwartungssicherheit. Im Zusammenwirken dieser drei Kontrollformen wird ein Raum geschaffen, der frei von unangenehmen Personen und Verhaltensweisen ist, in dem erwünschtes Verhalten verstärkt wird und in dem Kunden sich jederzeit als Herr der Situation fühlen können, nicht

zuletzt, da Fremdheit durch Einhegung beseitigt ist. Legnaro und Birenheide (2005) haben das als das Doppelgesicht der Mall zwischen Konsumenten-souveränität und Kontrolle beschrieben. So tritt die Sicherheit ein, die Franz-Xaver Kaufmann (1973: 147ff.) als „Gewissheit“ und „ohne Sorge“ beschreibt und die Bauman (1998) in seiner semantischen Differenzierung des Begriffs Sicherheit im Englischen mit „certainty“ meint.

### 3 Fazit

Die Unterschiede zwischen Mall und innerstädtischer Geschäftsstraße sind nicht auf der Ebene der Ziele der jeweiligen Akteure, also der Planer, Eigentümer, Betreiber oder Mieter zu erklären. Die fortgeschrittensten Beispiele großer Malls sind perfektionierte Nachbildungen innerstädtischer Fußgängerzonen, sie stehen diesen in nichts nach, weder hinsichtlich der Geschäfte noch hinsichtlich des Abwechslungsreichtums der baulichen Gestaltung. Nur sind sie weitgehend ohne deren negative Begleiterscheinungen: ohne Schmutz, ohne unangenehme Begegnungen und ohne Regen. Auf die Beseitigung dieser Unannehmlichkeiten zielen auch die Bemühungen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der innerstädtischen Geschäftsstandorte. In den Fußgängerzonen sind die gleichen Geschäfte meist international operierender Ketten, die auch in der Mall zu finden sind. Auch in den Stadtzentren setzt man auf exklusive Pflasterungen, Glas, Granit, Videoüberwachung und private Sicherheitsdienste. Die andersartig wirkenden Fremden werden auch in den Zentren mittels Platzverweisen und Aufenthaltsverboten draußen gehalten (Wehrheim 2002: 53ff.). Shopping Mall und innerstädtische Fußgängerzone sind sich gegenseitig zu Vorbildern geworden, sie imitieren sich gegenseitig. Am deutlichsten lassen sich diese Versuche bei den inzwischen auch in Deutschland angekommenen Business Improvement Districts (BID) feststellen, in denen die Qualität dieser „Innovationsbereiche“, wie es in Hamburg heißt, mittels public-private-part-

nerships erhöht werden soll (ebd.: 145ff.; Wehrheim 2005). Und so schreibt William J. Mallett: BID sind „no longer, then, the building and management of shopping and mixed use malls *in* downtown but the creation of downtown *as* a mall“ (1994: 282, Hervorhebung im Original).

Wenn dennoch erhebliche Unterschiede zwischen Geschäftsstraße und Mall bestehen bleiben, so sind sie auf die Produktionsweise dieser Orte zurückzuführen.

Der entscheidende Unterschied zwischen Mall und innerstädtischer Geschäftsstraße liegt in der Art und Weise wie diese Räume produziert und verwaltet werden, das heißt in der Struktur von Herrschaft, in die diese Räume eingebunden sind. Die Mall unterscheidet sich von innerstädtischen Geschäftsstraßen dadurch, dass sie geplant, produziert und verwaltet wird als das Eigentum *eines* Subjekts. Dieses Subjekt verfügt über alle projektrelevanten Informationen, es verfügt über alle notwendigen Mittel, insbesondere Eigentumsrechte und Geld, und es kann weitgehend widerspruchsfreie Ziele verfolgen: die Maximierung des Ertrages auf das eingesetzte Kapital. Die Mall entsteht somit in einer idealen Planungssituation.

Der öffentliche Raum der Stadt dagegen wird unter ganz anderen Bedingungen produziert und gemagt, nämlich nach den Mechanismen des Immobilienmarkts und den Prozessen der Kommunalpolitik. Er ist bestimmt von den wechselnden Förderrichtlinien von Bund und Ländern und durch das Wirken von Generationen von Städtebauern und Architekten. Innerstädtische Räume werden geplant und gemagt in einem andauernden Aushandlungsprozess zwischen einer Vielzahl von Akteuren (Eigentümern, Geschäftsinhabern, Firmeninitiativen, Denkmalschutz, Stadtplanung, Bürgerinitiativen etc.), die teilweise widersprüchliche Ziele verfolgen und mit unzureichenden Mitteln auf der Basis unzulänglicher Informationen handeln müssen. Unterschiedliche soziale Gruppen eignen sich Räume unterschiedlich an, sie nutzen sie für sehr unterschiedliche Zwecke. „Die Entwicklung der modernen Stadt kann in der Tat

als kontinuierlicher Kampf um Zugang zum und Ausschluss vom öffentlichen Raum beschrieben werden" (Zukin 1998: 33). Die Mall dagegen als vollständig kontrollierte Umwelt und eigentumsrechtlich privater Raum ist nicht „umkämpft“.

Die Differenz der Herrschaftsstrukturen, in die eine Mall resp. eine innerstädtische Geschäftsstraße jeweils eingebunden sind, ist die entscheidende Ursache für die beobachtbaren Unterschiede in der Qualität dieser Räume. Vermeidung von Unannehmlichkeiten, Befriedigung der Kundenwünsche und Sicherheit sind legitime Ziele. Jede Stadtregierung muss sie anstreben, wenn sie die nächsten Wahlen gewinnen will. Der Unterschied besteht darin, dass die Bedingungen, unter denen Malls produziert und verwaltet werden, es erlauben, diese Ziele auch weitgehend zu verwirklichen. Aber die widerspruchsfreie Verwirklichung dieser Ziele bringt den öffentlichen Raum zum Verschwinden. Sie lässt ihn tendenziell zu einem privaten Raum werden:

in der *juristischen* Dimension, indem sie dem privaten Hausrecht unterliegt,

in der *funktionalen* Dimension, indem die Politik ausgeklammert wird und die Marktfunktion um ihren zentralen Mechanismus, die Konkurrenz bereinigt wird,

in der *sozialen* Dimension, indem erstens der andersartige Fremde exkludiert wird und somit die negative Voraussetzung für Öffentlichkeit – allgemeine Zugänglichkeit – unterminiert wird und indem zweitens der unbekannte Fremde zum kategorial Bekannten wird und die Individuen durch diese Rollenbegrenzung nicht mehr frei wählen können, welchen Ausschnitt ihrer Persönlichkeit sie zur Schau tragen, und in der *symbolischen* Dimension durch die Semiotik von Dächern und Türen – der Einhausung des Marktes – sowie durch eine Gestaltung, die an die private Sphäre erinnern soll.

Paradoxerweise ist es gerade die Schwäche der öffentlichen Planung als nie ganz gelingender Aushandlungsprozess zwischen den widerstreitenden Interessen einer Vielzahl von Akteuren unter Bedin-

gungen strukturell unzureichender Mittel, die garantiert, dass öffentliche Räume erhalten bleiben. Sie bleiben bestehen, auch wenn die beschriebenen Versuche, sich dem Modell Shopping Mall anzunähern, deren Qualität verändern.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Der Beitrag fasst Zwischenergebnisse des Forschungsprojekts „Kontrolle und öffentlicher Raum“ zusammen, das von der Arbeitsgruppe Stadtforschung (Oldenburg) bearbeitet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert wird. In dem Projekt werden exemplarisch eine traditionelle innerstädtische Geschäftsstraße und eine privat betriebene Shopping Mall untersucht. Im Zentrum steht die Bedeutung unterschiedlicher Formen von Kontrolle für den Öffentlichkeitscharakter der Orte und deren Wahrnehmung durch zwei Nutzergruppen: Frauen zwischen 40 und 60 Jahren und männliche Jugendliche/Heranwachsende zwischen 14 und 21. Eine ausführlichere Zusammenfassung der Argumentation findet sich in Gestring et al. 2005.

<sup>2</sup> Empirisch stützt sich das Projekt auf einen Methodenmix: a) Begehungen, b) Beobachtungen von Situationen, bei denen Passanten auf Obdachlose oder Drogenabhängige stießen, die – oft in Gruppen – den Gehweg besetzten, c) Kurzbefragungen (134) von Frauen und männlichen Jugendlichen, die solche speziellen Situationen passierten, d) standardisierte Interviews (bisher 450) in den beiden Räumen und in der jeweiligen Wohnumgebung mit den selben Probandengruppen: Frauen im Alter von 40 bis 60 und männliche Jugendliche/Heranwachsende im Alter von 14 bis 21.

<sup>3</sup> Die unterschiedlichen Zahlen ergeben sich aus unterschiedlichen Grundgesamtheiten: a) Beobachtete, b) Befragte, c) Befragte, die nach der ersten oder zweiten Frage das Kurzinterview abgebrochen haben.

<sup>4</sup> Die Umweltbehörde hat beispielsweise einen detaillierten Bußgeldkatalog erlassen, der u.a. das Wegwerfen von Zigarettenkippen, Müll, Hundehaufen etc. als Ordnungswidrigkeit definiert.

<sup>5</sup> Rollschuhlaufen, Betteln, Fotografieren, Rauchen, „unnötiger Aufenthalt“, Verteilen von Flugblättern und Wegwerfen von Papier. Die Hausordnung umfasst noch weit mehr Verbote, das Verbot des Wegwerfens von Papier bzw. sonstigen Dingen, ist allerdings de facto nicht in der Mall, wohl aber in der Geschäftsstraße verboten. Es wird dort allerdings nicht durchgesetzt.

<sup>6</sup> Weil die sozial und kulturell Fremden, die wir in der Geschäftsstraße angetroffen haben, in der Mall gar nicht vorkommen, konnten wir dort auch keine Reaktionen von Passanten auf entsprechende Begegnungen beobachten. Die folgenden Überlegungen beruhen daher insbesondere auf standardisierten Interviews, Beobachtungen in der Mall und Experteninterviews mit dem Mall-Management sowie den dort tätigen Polizisten und Angehörigen des privaten Sicherheitsdienstes.





Susanne Frank

## **Die Shopping Mall als Stadtteilzentrum. Der Thüringen Park in Erfurt: Ein „Hybrid“ der besonderen Art**

Im Rahmen der Diskussionen um das Verständnis und Verhältnis von öffentlichen und privaten Räumen werden Shopping Malls üblicherweise zum Beleg einer beklagenswerten Tendenz der zunehmenden „Privatisierung“ und „Kommerzialisierung“ öffentlicher Räume angeführt. In diesen Chor möchte ich mit meinem Beitrag ausdrücklich nicht einstimmen, sondern vielmehr die „umgekehrte“ Perspektive einnehmen: Am Beispiel des „Thüringen Parks“ in Erfurt soll gezeigt werden, dass und wie ein Einkaufszentrum, also ein im rechtlichen Sinne als „privat“ definierter, privat produzierter und von privatwirtschaftlichen Interessen dominierter Raum von einer bestimmten Nutzergruppe, nämlich den unmittelbaren Anwohnern, als Stadtteilzentrum und zum Ort der Aushandlung „öffentlicher Quartiersangelegenheiten“ genutzt und angeeignet wird.<sup>1</sup>

### **Der Moskauer Platz**

Am Nordrand der Landeshauptstadt gelegen, grenzt der Thüringen Park an den Stadtteil „Moskauer Platz“. 1974–1978 angelegt, zählt der Moskauer Platz zu den Großsiedlungen der „zweiten Generation“, die in industrieller „Plattenbauweise“ errichtet wurden.

Es dominieren Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen, deren durchschnittliche Wohnfläche mit 54,0 qm weit unter dem Erfurter Durchschnitt von 64,0 qm liegt. Heute leben am Moskauer Platz noch etwa 9200 Menschen; das sind beinahe 40% weniger als 1990.<sup>2</sup> Besonders auf- und augenfällig ist die Veränderung der Altersstruktur: So hat sich der Anteil der Anwohner über 60 Jahre an der Gesamtbevölkerung mehr als verdoppelt und beträgt heute beinahe 35% – Tendenz steigend (s. Einwohnermelderegister der Stadt Erfurt).

In der Nachwendezeit hat der Moskauer Platz jenen für viele ostdeutsche Großsiedlungen in Randlage typischen radikalen Wandlungsprozess von einem ruhigen, beliebten Wohnviertel zu einem so genannten „Problemgebiet“ erlebt. Im Verlauf dieser Entwicklung sind beinahe sämtliche Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen weg gebrochen. Bewohner berichten, dass es ab Mitte der 1990er Jahre keine Einkaufsmöglichkeit, keinen Arzt und keine Apotheke mehr im Viertel gab. Auch das baufällige Kultur- und Freizeitzentrum, das von den Anwohnern übereinstimmend als der Mittelpunkt des sozialen Lebens eines funktionierenden Quartiers beschrieben wird,



Abb. 1: Kartenausschnitt

wurde schon zu Beginn der 1990er Jahre geschlossen. Wer es sich leisten konnte, zog weg: Das Erfurter Amt für Statistik führt den Moskauer Platz als „negativen Spitzenreiter“ in Sachen Bevölkerungsverluste (Erfurter Amt für Statistik: Quartalsbericht II/III/2000: 11). Zugezogen sind in erster Linie sozial schwache Haushalte. Geblieben ist dagegen die Generation der Erstbezieher dieser Wohnsiedlung, die heute vielfach Senioren und Vorrüheständler sind und die ihre Lebenssituation nicht mehr verändern können oder wollen. Diese Gruppe zeichnet sich durch starke soziale Netzwerke und eine hohe Quartiersbindung aus. Insgesamt ist das Gebiet also durch selektive Abwanderung, einen hohen Wohnungsleerstand, ausgeprägte Überalterung und eine problematische Sozialstruktur gekennzeichnet.

### Der Thüringen Park

In diese „Abwärtsspirale“ hinein fiel die Eröffnung des Einkaufszentrums „Thüringen Park“ im Herbst 1995. Der periphere Standort ist vor allem aufgrund seiner verkehrsgünstigen Lage (hervorragende Anbindung an Straßennetz und ÖPNV) attraktiv, aber auch, weil durch die benachbarten Großwohnsiedlungen eine

hohe Zahl von Menschen, d.h. potentiellen Kunden im unmittelbaren Einzugsgebiet lebt.<sup>3</sup> Der Thüringen Park, der von der ECE Projektmanagement GmbH mit Sitz in Hamburg betrieben wird, ist das größte Einkaufszentrum Thüringens. Er unterscheidet sich zunächst in nichts von anderen großen Shopping Malls. Auf einer Verkaufsfläche von ca. 26.000 qm auf zwei Ebenen präsentiert der Thüringen Park über 100 Fachgeschäfte im typischen Branchenmix. Die Anker oder Magneten sind ein großer Supermarkt, ein Markt für Unterhaltungselektronik, ein Computer-Fachmarkt und verschiedene Textil-Anbieter. Darüber hinaus gibt es die üblichen Fachgeschäfte (Parfümerie, Schmuck etc.) sowie Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe. Architektonisch ist der Thüringen Park sicherlich keine Offenbarung: Von Außen präsentiert er sich als eine quadratisch-praktische Kiste (mit einem effektheischenden Glasvorbau), die von einem riesigen Parkplatz mit Stellflächen für 1500 PKW umgeben wird. Der Blickfang im Innern ist die zweistöckige, glasüberdachte Ladenstraße mit Glas-kuppel.<sup>4</sup>



Abb. 2 Gebäude TP Vorderansicht



Abb. 3 Innenansicht

## Die Shopping Mall als Stadtteilzentrum

Wie ich zeigen möchte, ist in der skizzierten Situation des radikalen sozialen Umbruchs die private Shopping Mall nicht nur, aber vor allem auch für die älteren Anwohner des Moskauer Platzes zum Mittelpunkt ihres sozialen Lebens geworden.<sup>5</sup> Nach den Motiven für ihre Besuche im Thüringen Park gefragt, heben alle meine Gesprächspartner die guten Einkaufsmöglichkeiten hervor. Aber das ist nicht das entscheidende: Die meisten kommen auch ohne gezielte Kaufabsicht mehrmals die Woche. Sie rühmen das „Flair“ bzw. die „Aura“ der Mall, die „zum Flanieren“ oder zum „Hinsetzen und Zuschauen“ einlade. Wichtig ist, dass es immer viel zu sehen gebe (Menschen, Schaufenster, Sonderangebote); darüber hinaus locken viele interessante Sonderaktionen (Ausstellungen, Autoschauen, Modenschauen, Weihnachtsmarkt u.v.m.). Viele Befragte kommen „einfach so“; dann können sie zuverlässig damit rechnen, Freunden oder Bekannten zu begegnen, mit denen sie dann einen Plausch im Stehen halten oder sich ins Café oder die Eisdielen setzen können. Oder aber sie verabreden sich gezielt im Thüringen Park. Es gibt Gruppen älterer Damen, die sich jeden Tag dort treffen. Sie sitzen stundenlang

auf den Steinbänken im Erdgeschoss und beobachten „das Spektakel“ (s. Abb.3). Durch die Überdachung ist der Besuch wetterunabhängig. Die Eigenschaften „Sicherheit“, „Ordnung“ und „Sauberkeit“ wurden in den Gesprächen sehr stark hervorgehoben, ebenso wie die behindertengerechte Gestaltung des Thüringen Park. Vor allem die älteren Menschen, die körperlich oder gesundheitlich eingeschränkt sind, erleben den Thüringen Park als „Oase“. Viele nehmen auch an Events außerhalb der Öffnungszeiten teil, z. B. an Oldie-Abenden oder der jährlich stattfindenden Silvester-Party.

Auffällig ist, dass der Thüringen Park, der jeden Tag 20–30.000 Besucher empfängt, von allen Befragten weniger als ein Einkaufs- denn als Stadtteil- und Begegnungs-, als Kultur- und Veranstaltungszentrum wahrgenommen und charakterisiert wird. Übereinstimmend wird er als der wichtigste soziale Ort des Quartiers bezeichnet. Dass dies so ist, daran hat, wie ich im Folgenden erläutern möchte, das „Kundenparlament“ des Thüringen Parks wesentlichen Anteil.

## Das Kundenparlament

Das Kundenparlament wurde 1999 vom Center-Management ins Leben gerufen. Bei einem Kundenparlament handelt es sich um eine (meist regelmäßig stattfindende) Gesprächsrunde zwischen leitenden Unternehmensmitarbeitern und einer festen oder wechselnden Gruppe von Kunden, in der letztere sich zu Stärken und Schwächen des Unternehmens oder seiner Produkte, aber etwa auch zu geplanten Neuerungen äußern. Die vermehrte Einrichtung von Kundenparlamenten (aber auch Kundenforen, Kundenworkshops, Kundenkonferenzen) steht im Zusammenhang sich wandelnder Märkte bzw. einer veränderten Beziehung von Unternehmen und Kunden. Wenn lange Zeit die Angebots- und Produktorientierung im Zentrum betriebswirtschaftlichen Denkens stand, so rücken nun immer stärker nachfrage- und kundenorientierte Unternehmensstrategien in den Vordergrund. Kundenparlamente gelten als ein innovatives und effektives Instrument zur Erforschung von Kundenwünschen, zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit und zur Stärkung der Kundenbindung. Bewusst gewählt ist der Begriff *Kundenparlament*, der Vorstellungen von Interessenvertretung, Mitbestimmung und demokratischer Entscheidungsfindung hervorrufen soll. Die Parlamentarier werden als die Vertreter des „Kundenvolks“ betrachtet, die die „Regierung“, d.h. die Geschäftsführung, zugleich beraten und kontrollieren sollen.<sup>6</sup>

Der Aufruf, sich im zweimal jährlich tagenden Kundenparlament zu engagieren, ist bei den Bewohnern des Moskauer Platzes, namentlich bei den Senioren, auf große Resonanz gestoßen. Der Erfurter Fall ist nun vor allem deshalb besonders interessant, weil – so meine These – die Teilnehmer das *Kundenparlament* vor allem als Ort und Instrument der Artikulation und Durchsetzung der Wünsche und Interessen der *Stadtteilbewohner* verstehen und nutzen.

So ist es den Kundenparlamentariern in den vergangenen Jahren immer wieder gelungen, das unter-

nehmerische Verständnis des Kundenparlaments zu unterlaufen und es für ihre Zwecke zu nutzen. Durchaus gegen den anfänglichen Widerstand des Center-Managements konnte etwa ein regelmäßiger Senioren-Tanztee mit Live-Kapelle nach Geschäftsschluss durchgesetzt werden.

Eine zähe und langwierige Auseinandersetzung hat sich um mehr Sitzgelegenheiten in der Ladenstraße des Thüringen Parks entsponnen. Die Kundenparlamentarier haben die Anschaffung von Holzbänken mit hoher Rückenlehne gefordert, „herrlich für alte Leute, die ein Eis schlecken wollen“. Erst wurden Holzbänke von der Betreiberfirma grundsätzlich abgelehnt mit dem Argument, diese würden einen innenarchitektonischen Stilbruch darstellen. (Tatsächlich ging es vor allem darum, nicht noch mehr Menschen anzulocken, die sich stundenlang aufhalten ohne zu konsumieren). Nachdem das Kundenparlament nicht locker ließ, wurden dann doch einige Holzbänke installiert, aber ohne Lehne. Darauf können alte Leute nicht sehr lange sitzen. Einige Kundenparlamentarier hatten angekündigt, den Kampf um Bänke mit Lehnen weiterführen zu wollen.

Als der größte Erfolg des Kundenparlaments wird übereinstimmend die erzwungene Schließung eines Waffengeschäfts bereits kurz nach seiner Eröffnung bezeichnet. Letztere hatte empörte Reaktionen bei den Bewohnern des Moskauer Platzes hervorgerufen („bis zum Schaum vor'm Mund“); sie war Tagesthema auf der Straße und in den Familien. Gerade in Zeiten großer Kriminalitätsfurcht wurde das Waffengeschäft als eine „Provokation für das Seelenleben der Rentner“ empfunden. Den Anblick und Verkauf von Waffen wollten sie nicht akzeptieren. Nicht zuletzt aufgrund der massiven Proteste des Kundenparlaments musste das Waffengeschäft sehr schnell wieder ausziehen.

### **Der Kunde als Bürgervertreter – der Center-Manager als Bürgermeister**

Die Liste von (mehr oder weniger erfolgreichen) Aktivitäten und Interventionen, die weniger die Interessen von Kunden als insbesondere die von älteren Stadtteilbewohnern reflektieren, ließe sich noch eine Weile fortsetzen. Interessant ist, dass die Kundenparlamentarier Ihr Engagement ganz überwiegend selber als eines *für den Stadtteil* und als ehrenamtliches bzw. *bürgerschaftliches Engagement* verstehen und betreiben. So bezeichnet sich etwa einer der Kundenparlamentarier explizit als Vertreter und Sprachrohr der "Senioren am Moskauer Platz". Die Aufgabe der Kundenparlamentarier sei es, „die Meinung der Anwohner in direkter Kommunikation weiterzugeben“.

Dabei sind die Kundenparlamentarier keineswegs naiv. Ihnen ist *einerseits* völlig klar, dass der Begriff „Parlament“ ein Etikettenschwindel ist, dass sie gegenüber dem Center-Management weder einklagbare Rechte haben noch Kontrollfunktion ausüben, sondern letztendlich vollständig von dessen Goodwill abhängen. Ebenso deutlich ist aber auch, dass der Center-Manager nicht willkürlich oder nach Belieben mit den Wünschen und Voten der Parlamentarier verfahren kann. Wie auch anderen „kundenorientierten“ Unternehmern ist ihm bewusst: Wer seine Kunden zu einem *Kundenparlament* einlädt – und nicht etwa zu einem „lockeren Meinungs-austausch bei Kaffee und Kuchen“ – weckt Vorstellungen und Erwartungen, die mit dem Begriff bzw. der Form „Parlament“ zusammenhängen. Der Begriff „Kundenparlament“ ist keineswegs unschuldig; er stellt ein hohes Maß an Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit in der Auseinandersetzung zwischen Geschäftsführung und Parlamentariern in Aussicht. Dies bedeutet auch, dass den Diskussionen im Kundenparlament Taten folgen müssen. Der Eindruck, bei einem Kundenparlament handle es sich um eine „leere“ Form und also um einen bloßen Marketing-Gag, wäre im Sinne der kundenorientierten Unternehmensstrategie verheerend.

Insofern ist es nur folgerichtig, dass der Center-Manager des Thüringen Parks sich engagiert bemüht, die am Ende der Parlamentssitzung ausgesprochenen Empfehlungen und Entscheidungen zu berücksichtigen und umzusetzen. Über Prozess und Stand bzw. Gelingen oder Scheitern der Umsetzung wird bei der nächsten Zusammenkunft ausführlich Bericht erstattet, ja Rechenschaft abgelegt. Insofern wird das Kundenparlament von den Parlamentariern *andererseits* und zugleich als eine besonders effektive Form der Interessenvertretung erlebt. Das Grundgefühl ist: „Hier wird man ernst genommen“, hier kann man mitbestimmen, hier kann man etwas bewegen, Veränderungen sind erkennbar und erlebbar. Diese Erfahrung steht in deutlichem Gegensatz zu der mit offiziellen Institutionen und Organen der „großen“ wie der Stadtpolitik: „Da kann man nichts bewirken, da rennt man vor Wände“. Viele meinen, der Stadtteil Moskauer Platz würde von den Erfurter Politikern „im Stich gelassen“. Diese Wahrnehmung wird vom Center-Manager geteilt, der den Lokalpolitikern anlässlich des 7jährigen Bestehens des Thüringen Park ins Stammbuch geschrieben hat: „Wenn auch andere in Erfurt diesen Auftrag ganz vergessen haben, der Thüringen Park wird sich weiterhin um das kulturelle Leben rund um den Moskauer Platz kümmern.“ (Thüringen Park Aktuell. In: Center-Zeitung 3.10.02) Von nicht wenigen Quartiersbewohnern wird der Center-Manager deshalb auch als „eigentlicher Bürgermeister“ des Stadtteils betrachtet – und, das ist nicht zu übersehen, glühend verehrt.

### **Der Thüringen Park: Ein „Hybrid“ der besonderen Art**

Am Moskauer Platz in Erfurt ist im und um das Einkaufszentrum Thüringen Park ein Hybrid der besonderen Art entstanden. Die Shopping Mall ist für viele Anwohner zum Stadtteilzentrum und das Kundenparlament zum wichtigsten Ort und Organ der Quartiersentwicklung und Quartierspolitik geworden – mit einer „Exekutive“ (der Center-Manager als „Bürger-

meister“) und einer „Legislative“ (das Kundenparlament als Anwohnervertretung). Drei Voraussetzungen scheinen mir dafür maßgeblich zu sein. Erstens, dass die Kundenparlamentarier das im Begriff des *Kundenparlaments* enthaltene Angebot der Interessenartikulation und –aushandlung ernst nehmen, sich dabei aber weniger als Kunden- denn vielmehr als *Bürgervertreter* verstehen. Zweitens, dass sich das Center-Management gegenüber dieser Umdeutung aufgeschlossen zeigt. Und als dritte Voraussetzung möchte ich betonen: Die hier skizzierte Entwicklung war meines Erachtens nur deshalb möglich, weil es sich beim Thüringen Park um einen zwar öffentlich nutzbaren, zugleich aber von „privaten“ Interessen und Akteuren definierten, hochgradig regulierten und kontrollierten Raum handelt, in dem sich gerade Senioren, die sich in Zeiten radikalen Wandels besonders verunsichert fühlen, frei, sicher und geschützt bewegen und artikulieren können.

Anders und zusammenfassend formuliert: Am Beispiel des Thüringen Parks können mehrere interessante „Hybridisierungen“ beobachtet werden: neuartige Verknüpfungen und Verschränkungen der Handlungssphären *Politik* und *Konsum*, der Rollen und Modelle von *Kunden* und *Bürgern* und schließlich der Funktionen und Polaritäten von *öffentlichen* (oder öffentlich nutzbaren) und *privaten Räumen*.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Meine Thesen beruhen auf intensiver Feldbeobachtung, Dokumentenanalyse, einer Vielzahl von informellen Gesprächen mit Bewohnern des „Moskauer Platzes“ und Besuchern des Thüringen Park sowie vor allem auf einer Reihe von Leitfadeninterviews mit engagierten „Kundenparlamentariern“, die ich in von Mitte 1999 bis Ende 2002 durchgeführt habe.

<sup>2</sup> Im Jahr 1990 waren am Moskauer Platz 14.410 Einwohner registriert, das Stadtteilprofil 2005 weist für den Moskauer Platz 9208 Einwohner mit Hauptwohnsitz aus. Quelle: Einwohnermelderegister der Stadt Erfurt; Stand: 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

<sup>3</sup> In ihrer Informations- und Werbebroschüre gibt die ECE die Zahl der Personen im Einzugsgebiet, die einen Anfahrtsweg von 5 Minuten und weniger haben, mit 54.000 an (Stand: 1996, Quelle: <http://www.ece.de/de/shopping/center/tpe/tpe.jsp>, Zugriff am 15.07.2005).

<sup>4</sup> An dieser Stelle muss allerdings betont werden, dass viele Befragte die architektonische Qualität des Thüringen Park-Baus ganz anders bewerten („sehr ansprechende Gestaltung“, „ein „herrliches Gebäude“).

<sup>5</sup> Von der 16jährigen Tochter eines Kundenparlamentariers ist mir berichtet worden, dass auch viele Jugendliche sich im Thüringen Park verabreden – einerseits in Ermangelung eines alternativen Treffpunkts in der Gegend, andererseits aber auch, „weil es da immer etwas zu sehen gibt“.

<sup>6</sup> Alle mir im Verlaufe meiner Recherche bekannt gewordenen Anbieter von Kundenparlamenten teilen diese Grundidee. Nichtsdestoweniger unterscheidet sich die je konkrete Ausgestaltung des Kundenparlaments von Unternehmen zu Unternehmen ganz erheblich. Wie die „Abgeordneten“ rekrutiert werden, variiert dabei ebenso wie der Ablauf der „Sitzungen“. Auch der „Parlamentscharakter“ der Zusammenkünfte wird in Art und Intensität ganz unterschiedlich gestaltet. Oftmals handelt es sich um eine Gesprächsrunde bei Kaffee und Kuchen oder mit anschließendem Abendessen. In anderen Fällen werden parlamentarische Abläufe und Gepflogenheiten lustvoll inszeniert und parodiert. So etwa beim Linzer EDV-Dienstleister „Eins“, der seine Kunden einmal im Jahr zu einem Kundenparlament einlädt (<http://monitor.co.at/index.cfm?storyid=3235>, 15.07.2005).

Barbara Boczek

## LandZwischenStadt – ein hybrider Raum

Die Werkstatt ‚Hybride Räume‘ zeigt differenzierte Sichtweisen auf öffentlich nutzbare Räume in den Städten. Der vorliegende Beitrag verlagert den Blick auf den Raum zwischen Stadt und Land, für den sich die Bezeichnung ‚Zwischenstadt‘ eingebürgert hat. (Sieverts 1997) So wenig wie in diesem Begriff die Bedeutung der Landschaft zum Ausdruck kommt, so unklar ist sie mit den Begriffen ‚hybride Landschaft‘ (Stefan Rotzler 2005) oder ‚totale Landschaft‘ (Rolf-Peter Sieferle 1997) beschrieben. Die Begriffspaare ‚urbane Landschaft‘ oder ‚verlandschaftete Stadt‘ scheinen treffendere Ausdrücke. Es handelt sich um phänomenologische als auch physiologische Überlagerungen, bei denen Naturräume und dem Land zugeordneten Funktionen mit Siedlungsräumen und -funktionen verflochten sind. Es geht also um den aus Überlagerungen entstandenen hochkomplexen Raum zwischen alten Stadtkernen und dem eindeutig ländlichem Raum – um den Hybriden ‚LandZwischenStadt‘.

In der Biologie bezeichnet ein ‚Hybrid‘ das Ergebnis einer Kreuzung, aus der etwas Neues hervorgeht. Eingeleitet wird sie mit dem Ziel, die Vorzüge zweier Arten in einer zu vereinigen. Dabei sollen Emergenzen geschaffen werden, die sich nur aus dem Zusam-

menwirken der Teile ergeben. Die Frage lautet daher, was als Mehrwert urbaner Landschaften gedeutet werden könnte.

### Ein altes Ideal der Verknüpfung

Von Platon bis Tucholsky lässt sich der Wunsch nach Natur vor dem Haus und der städtischen Kultur auf der anderen Seite verfolgen. So lobt Platon zwar den Aufenthalt im locus amoenus vor den Toren der Stadt, möchte aber den Austausch mit den Bewohnern in der Stadt keinesfalls missen. (Platon Phaidros 230b-d, zit. n. Böhme 1989, S. 56) Die Sehnsucht nach der Natur zum einen und der Wunsch nach den (Kultur)angeboten der Stadt zum anderen ist quasi der Ruf nach einem Hybriden, das Ideal der gleichzeitigen Zugriffsmöglichkeiten.

Mittlerweile hat sich für die ca. 70% der Bevölkerung, die in der Peripherie der Großstädte wohnen, das Ideal vom ‚Wohnen im Grünen‘ mit einem Stadt-Land-Bezug erfüllt. Die verlandschaftete Stadt bildet ihren Ausdruck. Ist damit ein Traum für die Mehrheit erreicht?

Gibt es demnach überhaupt ein Problem mit der Überlagerung von Stadt und Land oder kommt es auf die Perspektive an?

### **Alte Bilder der Trennung**

Planer verweisen immer wieder auf die frühe europäische Stadt, die sich durch Mauern und Gräben von der oftmals bedrohlichen Natur abgrenzte und phänomenologisch eine deutlich ablesbare Figur in der Landschaft als ihrem Grund bildete. (Sieverts 1997) Mit der Industrialisierung wurde der rationalen Stadterweiterung der an die Empfindungen rührende englische Landschaftspark als Kompensation beigefügt. Der ökonomisch-rationalen Stadt wie der bürgerlichen Lebensführung insgesamt stand der auf Empfindungen zielende Landschaftspark gegenüber. Der Dualismus von europäischer Stadt und Parklandschaft prägt noch heute die allgemeine, oft auch die fachdisziplinäre Vorstellung von Stadt und Landschaft, wobei die Schattenseiten übersehen werden und die Realität längst eine andere ist.

Denn die allzu kompakte Stadt bedeutete katastrophale Lebensbedingungen für die Mehrheit der wachsenden Bevölkerung. Diese wurde in Siedlungen an den Stadträndern, später in Trabanten und Satelliten im Umland untergebracht. Die Kompaktheit der Stadt wurde zudem nur durch die Auslagerung weiterer Funktionen (Verkehrstrassen, Ver- und Entsorgungseinrichtungen) in großmaßstäblichen Einrichtungen ermöglicht. So geriet der Freiraum unter dem Leitbild der Funktionstrennung zum Auffangbecken für alles, was in der Kernstadt keinen Platz mehr hatte. Ein geplantes Nebeneinander von Partialsystemen, die sich heute durch die weitere Verdichtung zunehmend behindern.

Auch der Verbands- und der wissenschaftliche Naturschutz setzte sich lange Zeit nicht mit der Stadt und ihren Ökosystemen auseinander. Vielfach wurde in der Naturschutzszene die Haltung vertreten, dass alles menschliche Handeln als negativer ‚Eingriff‘ zu

sehen sei, den es auszugleichen gelte. Diese Polarisierung wird dadurch verstärkt, dass in der Realität Kommunen kaum noch über potentielle Ausgleichsflächen verfügen, so dass häufig an anderer Stelle ‚kompensiert‘ wird. Obwohl die Eingriffsregelung das wirksamste Instrument des Naturschutzes ist (Dettmar 2005), funktioniert der konservierende Schutz von Natur in separaten Gebieten innerhalb der urbanen Landschaft immer weniger – Teile ausgewiesener Landschaftsschutzgebiete werden in Bauland umgewandelt und Biotopverbünde bleiben nicht realisierte Planung. Auch der Pflegeaufwand zum Erhalt des Status quo ist kaum mehr finanzierbar. Verstärkt durch die neuen Natura 2000-Richtlinien könnte dies bedeuten, dass Naturschutz in der bisherigen Form in urbanen Landschaft nicht mehr in nennenswertem Maße umgesetzt wird.

### **Alte Ansprüche der Eigenständigkeit**

Aus der Perspektive der Politik sollte Landschaft in Zeiten exponentiellen Siedlungswachstums Siedlungen unterschiedlicher Kommunen erkennbar auseinander halten. Der Kampf um die kommunale Eigenständigkeit fand seinen Ausdruck im Bemühen um eine deutliche räumliche Abgrenzung zur Nachbargemeinde. Der Erhalt dieser Ablesbarkeit war als eine Hauptaufgabe der ‚Regionalen Grünzüge‘ des Umlandverbandes Frankfurt formuliert und wurde vom Verbandsdirektor noch 2001 für den Regionalpark hervorgehoben. (Faust et al. 2001) Vergleichbares gilt für andere Regionen wie dem Ruhrgebiet.

Doch allein mit der Funktionszuweisung als ‚grüner Abstandhalter‘, dem ein positiv besetztes Bild für die Landschaft fehlte, konnte ein Zusammenwachsen von Kommunen in Rhein-Main nicht verhindert werden, wie beispielsweise von Eschborn und Frankfurt, Sulzbach und Bad Soden, Kriftel und Hofheim. Dennoch wird diese Tatsache weiterhin verdrängt und als Lösung noch immer die Annexion der kleineren Kommunen vorgeschlagen (vgl. aktuell die Rede der

Frankfurter Oberbürgermeisterin auf dem Symposium ‚Zwischenstadt‘). (Roth 2005)

Auf kleinmaßstäblicher Ebene lässt sich eine Analogie herstellen zu dem ‚Wunsch nach einem bezahlbaren Einfamilienhaus im Grünen‘. (Planungsverband/Regierungspräsidium 2005) Auch hier ist das Idealbild des ‚freistehenden Einfamilienhauses‘ nun mit seinen Dreimeter-Abstandsstreifen zum Zerrbild geworden. Das Bedürfnis nach Abgrenzung überwiegt anscheinend den Nutzen.

### **Realität aus der Nutzerperspektive**

Den Einfamilienhäusern folgten kostengünstigere Geschosswohnungsbauten, jetzt wieder Reihenhäuser (auf 280 qm-Parzellen) mit so kleinem Gartenanteil, dass er als Spielfläche für die Kinder, wegen der man die Wohnform wählte, nicht ausreicht. Der Verkehr der Umgehungsstrassen, die die Bewohner der Zwischenstadt bequem von der Arbeit nach Hause bringen, beschallt den Feierabend auf der Terrasse oder ihre Schallschutzwände verstellen den Blick in die offene Landschaft.

So drängen viele im Zuge der gestiegenen Freizeit und neuen Fittesseuphorie hinaus ins ‚Freie‘, ohne dort eine traditionelle Landschaftskulisse für die Erholung zu finden. Man arrangiert sich mit den Gegebenheiten oder fährt mit dem Auto in die weitergelegenen Naturparks. Ohnehin führt Weg in den Freiraum häufig nur für Wissende durch die wenigen vorhandenen Schlupflöcher unter den großen Verkehrsstrassen hindurch.

### **Neues Konzept einer Landschaft als Bindeglied?**

Nun soll Landschaft seitens der Regionalplanung zum verbindenden Element der Agglomeration werden. Laut der Charta des Regionalparks Rhein-Main soll die Siedlungsstruktur durch Freiflächen gegliedert und durch den Regionalpark verbunden werden. (UVF

1992) Aufgrund der derzeit ubiquitär verfügbaren Ressourcen und harten Infrastruktureinrichtungen wird die Attraktivität der Landschaft als einer der entscheidenden ökonomischen Standortfaktoren der Zukunft angesehen. (vgl. Ganser 1999) Denn konkurrierende Regionen versuchen die knappe Ressource an hoch qualifizierten Mitarbeitern insbesondere durch das Angebot eines überdurchschnittlich qualitätsvollen Lebensraumes zu gewinnen, zu dem neben Kultur- und Bildungsangeboten insbesondere auch eine attraktive Landschaft zählt.

Das mag erinnern an die konkurrierenden Fabrik- und Zechenbesitzer, die mit dem Typus der Gartenstadt versuchten, ihre Industriearbeiter durch Subsidiarwirtschaft im eigenen Garten an den Standort und an die Fabrik zu binden. Planer sehen nun die Aufgabe des Freiraumes darin zum ‚Bindeglied der Zwischenstadt‘ zu werden. (Sieverts 1997, S. 20)

D. h. von vielen auf die Gestaltung der urbanen Landschaft Einfluss nehmenden Planer, Politiker aber auch Naturschützer und Landwirten wird noch auch einer auf der Trennung von Stadt und Land beruhenden Vorstellung heraus agiert.

Doch kann urbane Landschaft diesen Anforderungen gerecht werden? Obwohl im Rhein-Main-Gebiet noch ca. ein Drittel der Flächen offene Landschaft ist, entspricht die Realität weder dem Bild der Kommunalpolitik von in die Landschaft eingebetteten Siedlungen, noch wird auf den ersten Blick eine übergeordnete Struktur deutlich, die einen regionalen Zusammenhalt erkennen ließe. Hinzu kommt, dass urbane Landschaft gemeinhin wenn nicht als unattraktiv empfunden, so doch als anästhetisch übergangen wird. (vgl. Hauser 2003, S. 119) Braucht es also vor einer qualitativen Aufwertung zunächst eine neue Wahrnehmung? Wie stellt sich urbane Landschaft phänomenologisch dar?

## Phänomenologische Hybridbildung

### Dimensionszuwachs und Figurverlust

Das Siedlungswachstum der letzten Jahrzehnte hat mit all seinen Begleiterscheinungen zu einem Dimensionsprung von der Stadt zur Region geführt. Dabei erfolgte das Wachstum bekanntlich ohne klare Abgrenzung zum Freiraum oder zum dünn besiedelten ländlichen Raum. Diese sogenannte Zersiedelung mag verstärkt im polyzentrischen Raum hervortreten, ist aber auch in monozentrischen Agglomerationen als Ausfransungen vorhanden. (Humpert et al. 1996) Zwar lag das Planungsbestreben darin, Siedlungswachstum zu lenken und durch Greenbelts oder auf die Kernstadt bezogene, an radialen Erschließungsachsen gelegene Trabanten oder Satelliten zu gliedern sowie Grünzüge zu erhalten. Ungeachtet der Planungsleitbilder verlief die Entwicklung in der Regel anders, denn ausschlaggebend waren und sind letztendlich die ökonomischen Interessen der Einzelnen – Kommunen oder Unternehmen. Dies zeigt sich beispielsweise an der mangelhaften Anbindung des Riedbergs als aktuellem Siedlungsprojekt der Stadt Frankfurt. (Magistrat der Stadt Frankfurt 2001)

In den letzten Jahrzehnten sind gemäß dem Ideal des ‚Wohnens im Grünen‘ amorphe Formen mit langen Rändern zwischen Freiraum und Siedlungsraum entstanden. Der Stadtplaner Klaus Humpert bemüht hier das Bild des Fraktals. (Humpert et al. 1996) In jedem Fall kann man von einem uneindeutigen Verhältnis räumlicher Zuordnung von Siedlung und Freiraum sprechen, einem Amalgam ohne erkennbare Ordnung, einer Hybridisierung von Siedlung und Freiraum in Bezug auf die Gesamtregion. Für Oswald/Baccini ‚täusche‘ dieser Eindruck ‚Regellosigkeit vor‘. Vortäuschen deshalb, weil sich darin ‚nur allzu direkt die Gesetzmäßigkeiten im heutigen Alltag‘ widerspiegeln. (Oswald/Baccini 2003, S. 21)

### Patchwork-Charakter

Auf einer detaillierteren Maßstabsebene, gewissermaßen im Heranzoomen, wird ein eindeutiges Nebeneinander von Freiraum- und Siedlungsbereichen erkennbar. Diese stoßen entweder unvermittelt aufeinander oder erfahren eine strikte Trennung durch Verkehrsstrassen. Sie bleiben daher introvertiert und meist nur eingeschränkt zugänglich.

Die Nutzung der Flächen unterliegt gerade in den Metropolregionen einem sich beschleunigenden Wandel. (Sieferle 1997) Dieser ist von Konflikten geprägt, da das Wachstum der einen Nutzung (Siedlung) als Schrumpfung der anderen (Freiraum) erlebt wird.

Umgekehrt löst sich die Kompaktheit der Stadtkerne nicht nur in strukturschwachen Regionen auf. Die globale Verlagerung von produzierendem Gewerbe und die Aufgabe überholter Infrastrukturflächen (Hafen- und Bahnareale) lässt auch in den Kernstädten der wirtschaftlich stabilen Metropolregionen vermehrt Brachflächen entstehen. Diese Perforation trägt zur Verlandshaftung der Stadt und damit zur phänomenologischen Angleichung von Kernstadt und Zwischenstadt bei. Eine weitere Hybridisierung erfolgt durch den Einzug vorstädtischer Siedlungsstrukturen wie Reihenhausbauten und vorstädtischer Großstrukturen wie Einkaufszentren in die Kernstädte. Während die Perforation politisch nicht gewollt ist, wird letztgenannte Entwicklung kommunalpolitisch aufgrund von Steuereinnahmen und Kaufkraftbindung gefördert, so wie ehemals die Entwicklung in den Umlandgemeinden.

Andere Arten von Freiraumflächen inmitten von Siedlungen bilden sich ungeplant und werden nicht bewusst wahrgenommen: Durch aufeinander zuwachsende Siedlungen ergeben sich Freiraumfragmente, deren landwirtschaftliche Nutzung nicht dem Bild eines inmitten von Wohn- und Gewerbebauten gelegenen, baulich eingefassten städtischen Grüns entspricht. Auch in dieser Verinselung kommt ein bezugloses Nebeneinander zum Ausdruck.

Parallel zu den neuen Freiräumen innerhalb von Siedlungsarealen entstehen neue Siedlungskerne inmitten der offenen Landschaft: neben den bekannten Großhandelszentren sind dies groß dimensionierte Landwirtschaftshöfe.

### **Folgen des Hybriden**

Die Entwicklung zeigt, dass die klare Abgrenzung von Figur und Grund einer Uneindeutigkeit zwischen Freiraum- und Siedlungsclustern gewichen ist. Nach Oswald/Baccini verlangt dies vom Betrachter permanent eine Entscheidung, welche Erscheinung die Aufgabe des Grundes oder die der Figur übernimmt. (Oswald/Baccini 2003, S. 97) Die Orientierung ist verloren gegangen und die Differenzierung zwischen Innen- und Außenbereichen aufgehoben.

Man kann daher phänomenologisch von einem Hybrid sprechen, dessen räumliche Struktur mit dem Begriff des Patchworks umschrieben wird. Durch die neu entstehenden Freiraumfragmente innerhalb der Siedlungsflächen und der neuen Siedlungskerne in den Freiraumarealen wird der Wechsel jedoch immer feinkörniger. Politik und Planung hatten nicht die Kraft, diese Entwicklung zu steuern. Durch die analog zu anderen Bereichen stattfindende Beschleunigung der Nutzungswechsel scheinen die klassischen, auf Langfristigkeit ausgerichteten Planungsinstrumente künftig noch ungeeigneter.

Raumordnungsprinzip ist nicht erkennbar zeichnet sich nicht ab, so dass sowohl ein räumliches Planungsziel als auch die -instrumente noch nicht definiert sind. Dennoch besteht die Herausforderung, wie man künftig mit der ja nicht mehr aufzuhebenden Hybridisierung der verstädterten Landschaft oder verlandschafteten Stadt umgehen möchte: wie man zunächst die Wahrnehmung des Entstandenen erleichtern und wie man den Umgang mit dem Bestehenden und dem Wandel des Bestehenden kultivieren kann.

## **Physiologische Hybridisierung**

### **Zwischen Natur und Technik**

Die Hybridbildung lässt sich nicht nur phänomenologisch beobachten, sondern auch in der Überlagerung von Natur und Technik im Freiraum. Die Landwirtschaft löst sich zunehmend von Boden und Klima durch Gewächshausanbau mit künstlicher Beleuchtung und Beheizung sowie punktueller Bewässerung und Düngung. Auch die Trinkwassergewinnung – beispielsweise im Hessischen Ried, das einen Großteil der Rhein-Main-Region versorgt – nimmt durch die Anreicherung von Grundwasser durch Flusswasser technisch immer aufwendigere Formen an.

### **Nutzungsüberlagerung**

Die oben beschriebenen Freiraum- oder Siedlungsflecken sind nicht mehr – wie es auf den ersten Blick scheinen mag – monofunktional. Aus den Kernstädten drängen vermehrt weiche und harte Infrastrukturen in die begrenzten Freiraumflächen. Da in diesen kein ausreichender Raum mehr für das bisherige Nebeneinander vorhanden ist, mehren sich die Konflikte unter den Akteuren, Das bedeutet, dass sich Vorteile aus einer Dichte, wie sie als Charakteristikum der alten europäischen Stadt beschrieben werden, in der Regel nicht von selbst ergeben, sondern aktiv herbeigeführt werden müssen.

### **Nutzungsverknüpfung zwischen unterschiedlichen Akteuren**

Daher empfiehlt es sich in der urbanen Landschaft unterschiedliche Nutzungen stärker auf einer Fläche miteinander in Einklang zu bringen. Unter dem Stichwort ‚Multifunktionalität‘ gibt es erste Ansätze beispielsweise zwischen Landwirtschaft und Erholungssuchenden. Beide Interessensgruppen haben hinreichend Gründe aufeinander zuzugehen: Die anstehenden Agrarreformen zwingen die Landwirtschaft, sich neue Einkommensquellen zu erschließen, während die Finanzknappheit der Kommunen neue Angebote

für Freizeit und Naherholung erfordert, die der Kommune keine großen Kosten verursachen. Dichte und Nähe von Nutzern und Anbietern bilden hier das Potenzial für neue Interessensallianzen.

So hat sich ein Drittel der Landwirte mit einer Direktvermarktung wieder dem vorhandenen regionalen Absatzmarkt zugewandt, und für ein anderes Drittel ist die Pferdeponshaltung zur Haupteinkommensquelle geworden. D.h. hier wurden Standortvorteile wahrgenommen, die der Ballungsraum für die Landwirtschaft durch die Nähe und Dichte zu potentiellen Abnehmern und der hohen Nachfrage nach Freizeitangeboten birgt.

Auf die Wünschen nach einem anderen Landschaftsbild und Erlebnisangeboten gehen von Landwirten temporär angelegte Blühfelder ein, die jedoch bisher immer einer Finanzierung von außen bedurften. Dagegen bedeuten die im Umland der Großstädte entstehenden Maislabyrinth ein Zusatzeinkommen für Landwirte. (Lohrberg 2001)

Eine vorbildliche Allianz zwischen Landwirten und Bewohnern ist im Münchner Grüngürtel mit den sogenannten ‚Krautgärten‘ erzielt worden, wo durch temporäre Verpachtung und Bereitstellung von Grabeland den Bewohnern eine gärtnerische Betätigung und den Landwirten ein Nebeneinkommen ermöglicht wird. Dass sich dabei beide Seiten nur für eine Saison aneinander binden, ermöglicht Flexibilität gegenüber schneller wechselnden Interessen unter den Beteiligten.

Wie gezeigt wurde, hat sich der ‚konservierende Naturschutz‘ (Dettmar 2005) in eine Sackgasse manövriert. Deshalb empfiehlt es sich auch hier neue Strategien zu entwickeln und neue Allianzen zu bilden. Ansätze einer aktiven Zusammenarbeit finden sich in der Rhein-Main Region z. B. zwischen Naturschützern und Ver- und Entsorgungsunternehmen in einer Orientierung auf einen prozesshaften Naturschutz. Kiesgruben und Deponien haben sich während der oft langjährigen Phase ihrer Erstellung als Sukzession besonders vielfältiger Lebensräume erwiesen. Auf den Gemarkungen Flörsheim und Hattersheim haben die

Ver- und Entsorgungsunternehmen ihren Abbau bzw. Aufbau mit den Belangen des Naturschutzes schon für die Zeit der Bearbeitung abgestimmt. Ihr Vorteil liegt in einer zu erwartenden Verbesserung ihres Images. Bereits an diesem Beispiel wird die Verlagerung von der statischen Fixierung eines Zustandes auf den begrenzten Zeitraum eines Prozesses deutlich.

Dies ist auch bei der Hinwendung zum Schutz von Natur innerhalb von Siedlungen zu berücksichtigen. Bekanntermaßen ist der Artenreichtum in bestimmten Stadtstrukturen (Villensiedlungen mit großen Gärten, Friedhöfen mit altem Baumbestand, Industrie-, Gewerbe-, Infrastrukturarealen mit größeren Brachenanteilen) höher als auf industrialisierten Agrarflächen, auch hält die Stadt mit ihren Abfällen ein breites Nahrungsangebot für viele Arten bereit. (Sukopp/Wittig 1987 und Kowarik 1992) Lebensräume verlagern sich also in besiedelte Bereiche und entfalten sich auf brachgefallenen städtischen Arealen. Die entstehende ‚neue Wildnis‘ der urban-industriellen Natur schafft eine andere Biodiversität in Verbindung mit urbaner Nutzung oder urbanen Relikten. Auch dies kann mehr oder weniger temporär, für eine Zwischenzeit bis zur nächsten Überbauung gelten, der an anderer Stelle eine neue Brache folgt. Dabei wird der Wandel dem dynamischen Charakter von Natur besser gerecht als ein künstlich aufrecht erhaltener Zustand in Schutzgebieten. Daher mehren sich auch in der Naturschutzszene die Befürworter dynamischer und offener Naturschutzkonzepte. (Vgl. Dettmar 2005, Kowarik 2005)

## **Ansätze für einen Umgang mit dem Hybriden**

### **Vernetzung von Nutzungsinteressen**

Eine funktionale Verflechtung zwischen Stadt und Umland gab es schon immer. Sie bezog sich auf die direkte Ver- und Entsorgung der Kernstadt (mit Nahrungsmitteln, Wasser, Rohstoffen und Energie). Diese

Abhängigkeit wird durch die zunehmende Globalisierung immer geringer, wobei den Selbstverpflichtungen zu mehr Nachhaltigkeit bisher wenig konkrete Umsetzung folgte. Andererseits nimmt die räumliche Angleichung zu (Verdichtung außen, Perforierung innen) – trotz anders lautender Planungsverordnungen und –leitbilder.

Die urbane Landschaft setzt vor Aufgaben, für die die alten Kernstädte im globalen Wettbewerb zu klein sind und für die das Land eine zu geringe Nutzer- und Akteursdichte aufweist.

Hybridbildung kann dann auch bedeuten, unterschiedliche Nutzungen, die in dieser Dichte gerade in der urbanen Landschaft aufeinandertreffen, an bestimmten Stellen miteinander zu verknüpfen. Gelingt es dabei, win-win-Situationen für die beteiligten Akteure zu schaffen, so könnten diese Verflechtungen in Verbundprojekten zu Emergenzen des Hybriden und zum Mehrgewinn für die Region werden.

### **Zwischen öffentlichem und privatem Handeln**

Die Verknüpfung unterschiedlicher Nutzungen kann von verschiedenen – öffentlichen oder privaten – Akteuren initiiert werden, wie nachfolgend anhand einiger Beispiele erläutert werden soll.

Ogleich in der Rhein-Main-Region ca. 1/3 der Fläche offene Landschaft und 1/3 Forst sind, ist die Verfügbarkeit an öffentlichem Raum gering. Für Freizeit und Erholung stehen weniger als 2% der Fläche zur Verfügung, darunter viele Sportanlagen, die an eine Vereinsmitgliedschaft gebunden sind. Daher ist die Erholungsnutzung auf die in Deutschland im Vergleich zu Frankreich oder Großbritannien öffentlich zugänglichen Wege konzentriert. Da sie ebenso als landwirtschaftliche Erschließungswege dienen, kommt es durch intensivierte Freizeitnutzungen jedoch vermehrt zu Konflikten.

Aufgrund der öffentlichen Haushaltslage fällt großen und kleinen Kommunen Anlage und Unterhalt von Freizeiteinrichtungen zunehmend schwerer. Für das

bereits erwähnte, für ca. 10.000 Einwohner entstehende Siedlungsgebiet Riedberg ist die Realisierung der geplanten kommunalen Sportplätze noch völlig offen, der Unterhalt noch nicht gesichert. (FEH 2005) Dagegen wurde am Rande dieses Gebietes bereits ein Reiterhof als Großanlage mit mehreren Hallen und Turnierplätzen mit privaten Mitteln errichtet. Es ist nicht das einzige Beispiel für Landwirte in der Region, die die aus den Flächenverkäufen erzielten Gewinne in Freizeiteinrichtungen investieren. Mit dieser Anpassung an den Strukturwandel ändert sich auch die Rolle des Landwirts vom Erzeuger für den Weltmarkt zum Dienstleister für die Region.

Ein anderer Typ von Nutzungsverknüpfungen bei der Transformation von Flächen kann mit Hilfe von der Allgemeinheit verpflichteten Gesellschaften entstehen. So engagiert sich eine Ver- und Entsorgungsgesellschaft im Westen der Rhein-Main-Region bei der Anlage von Freizeiteinrichtungen, indem sie als Großgrundbesitzerin Regionalparkprojekte auf ihren Flächen unterstützt. Als eigenes Projekt ist die Errichtung eines Kletterparks im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme eines Biomassekraftwerks hervorzuheben. Durch die Freizeitangebote erreicht die Unternehmensgesellschaft bei der Bevölkerung die Akzeptanz ihrer landschaftsprägenden Großdeponien und technischen Infrastrukturanlagen. (MTR 2005)

Auf vielen brachgefallenen Arealen liegt in wirtschaftlich starken Metropolregionen ein großer, nicht nur ökonomisch ausgerichteter Nutzungsdruck. Damit wächst für Kommunen und Regionalverbänden die Aufgabe der Vermittlung zwischen unterschiedlichen Interessen. Auf der Infrastrukturbrache eines kleinen Umland-Flughafens in der Rhein-Main Region ist es der Kommune gelungen, Naturschutzbelange und Freizeitansprüche sowie soziale, kulturelle und bildende Einrichtungen unter gegenseitiger Rücksichtnahme zu ermöglichen. Dies geschieht ohne die übliche räumliche Abgrenzung der Nutzungen. Stattdessen werden Naturschutzbelange und –zusammenhänge über angeleitete oder selbstbestimmte Erfahrungsmöglichkeiten anschaulich vermittelt.

Es gibt also differenzierte Möglichkeiten wie unterschiedliche Akteure Nutzungen in der urbanen Landschaft miteinander verknüpfen können. Häufig entstehen sie im Zuge eines Nutzungswandels (durch Strukturwandel, Nutzungsaufgabe/Nutzungs-etablierung).

### Planung auf der Suche

Der aktuelle Strukturwandel (Stichworte: Globalisierung, Beschleunigung, Informationsgesellschaft) führt zu weitreichenden Veränderungen der bestehenden Ordnungsstrukturen. Wie hier nur kurz angerissen werden konnte, entsprechen in der urbanen Landschaft viele Zielsetzungen bezüglich einer räumlichen und funktionalen Abgrenzung zwischen Siedlung und Landschaft nicht mehr der Realität. Ohnehin entstehen Leitbilder aus gesellschaftlichen Anforderungen und Kräfteverhältnissen einer bestimmten Epoche heraus und wandeln sich mit diesen. Insofern sind Wertmaßstäbe und Kontrollansprüche im Umgang mit dem Hybriden der LandZwischenStadt zu überprüfen.

Zwar gibt es in der gegenwärtigen Phase des Übergangs noch keine konkreten Bilder oder Konzepte für ein neues Raumordnungssystem, dennoch wurde gezeigt, dass die derzeitigen Ordnungsvorstellungen nicht mehr passen. Denn die Anforderung an die Planung werden durch vielfältig überlagerte Wirkungszusammenhänge, durch beschleunigte Prozesse und durch die Pluralität der Akteure komplexer. Damit unterliegt auch das Maß und die Möglichkeiten der Steuerung dieses Hybriden einer deutlich höheren Komplexität. Planungsansätze sollten daher in Richtung auf flexiblere und schnellere Anpassung an sich beschleunigende Veränderungen von Interessen und Kräften in komplexeren Räumen modifiziert werden. Bisher zeigen sich Ansätze der Kooperation und Interessensverknüpfung an wenig vorhersehbaren Einzelprojekten in konkreten Situationen. Inwieweit damit die Haltung ‚Projekte statt Planung‘ zu einer tragfähigen Leitlinie wird, bleibt offen. In jedem Fall werden Aufgaben von Kommunen oder Regional-

verbänden künftig vermehrt in der Begleitung und Steuerung von Kommunikations- und Nutzungsprozessen unter verstärkter Einbeziehung der zahlreichen Akteure liegen. Über die Organisation des Vorhandenen hinaus braucht es ‚politische Erfindungen‘. (Oswald / Baccini 2003, S. 26f.)

### Anpassung des Planungsrechts

Auf der Ebene des Planungsrechts ist für den Hybriden der urbanen Landschaft die Sinnhaftigkeit einer Trennung in ‚Außenbereich‘ und Innenbereich zu hinterfragen. (BauGB § 35) Das mit den Gesetzen bezweckte Ziel eines Bebauungsschutzes mag manche Einzelbebauung verhindert haben, konnte in der Metropolregion letztendlich die Zersplitterung des ‚Außenbereiches‘ in viele Freiraumfragmente nicht verhindern. Dazu mag beigetragen haben, dass Freiraum als ‚Außenraum‘ allein als Negativform außerhalb der ‚im Zusammenhang bebauten Ortsteile‘ definiert ist und dessen Geringschätzung sich auch im Bodenpreisgefälle ausdrückt.

Urbane Freiräume sollten jedoch als mit den ‚Ortsteilen‘ gleichgewichtige Patches/Felder im urbanen Gesamtkontext bewertet, ihre komplexen Verflechtungen berücksichtigt und eine Transformation vermehrt im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Gesamtregion betrachtet werden.

Dabei kann es nicht darum gehen, den Gesamtgestaltungsanspruch der klassischen Moderne auf die Stadt nun auf die Metropolregion zu übertragen, was jedoch häufig in der Suche nach einem klaren Raumordnungssystem mitschwingt.

### Integrative Planungsformen

Je mehr sich in der Agglomeration Freiraum und Siedlungsraum durchdringen und zum Hybrid werden, desto mehr greifen analog zum Planungsgegenstand Fachgebiete ineinander, ist inter- und transdisziplinäres Denken und Arbeiten gefragt. Der Architekturhistoriker André Corboz stellt fest, dass die interessantesten Forschungsfragen an den Rändern der Fachgebiete lägen, weshalb das Überschreiten ihrer

Grenzen nicht mehr bestraft würde. (Corboz 2001, S. 20)

Architekten und Landschaftsarchitekten, Stadt- und Landschaftsplaner sollten im Dialog nach neuen Möglichkeiten suchen, ihre Gestaltungskompetenzen in einen bisher wenig bewusst gestalteten Raum wie der urbanen Landschaft einzubringen. Darüber hinaus scheint ein frühzeitiges und intensiviertes Zusammenwirken mit Regional- und Verkehrsplanern bis hin zu Ökologen und Ökonomen bei der Gestaltung von Möglichkeitsräumen und der Prozessbegleitung von Aneignungsmöglichkeiten erforderlich.

Die angelsächsische Hochschullandschaft widmet sich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung dieses hybriden Phänomens nun in dem integrierten Studienfach des ‚landscape urbanism‘.





Silke Claus

## Urbane Interfaces. Industrie und Stadt

### Industrie im Wandel

Die Entwicklung und Herstellung industrieller Produkte ist heute ein höchst komplexer vernetzter Prozess, in den weltweit abrufbares Wissen einfließt, in dem hochwertige Technologien zum Einsatz kommen und in dem eine Vielzahl von Menschen mit unterschiedlichen Aufgaben, Kompetenzen und Qualifikationen miteinander interagieren.

Globalisierung von Forschung, Entwicklung und Produktion führt zu gemeinsamen Arbeitswelten, die sich geografisch wie kulturell in verschiedene Regionen aufteilen (Bsp. Airbus A 380). In den erweiterten Kontexten (Augmented Spaces, Simultaneous Engineering, öffentlichen und halböffentlichen Räumen) werden neue Organisationsformen der Arbeit erforderlich: effiziente Projektlogistiken, identitätsstiftende Begegnungsräume – Teamkulturen, wie auch gemeinsame Wissensräume, in denen der Stand der jeweiligen Projekte/ Produkte kommuniziert wird. Folgen sind u. a.:

1. Neuinterpretation der Schnittstellen zum kulturellen Umfeld, Image (PR)
  - *zum Kooperationspartner (PEP)*

- *zum Kunden (CRM)*
  - *zur Wissenschaft (F&E)*
2. Erschließung virtueller Räume
    - *Augmented Reality*
    - *Simultanes Arbeiten*

### Gestaltung von Wissensräumen

„Wissen ist die neue Infrastruktur.“ Pierre Lévy  
 Wurden Anfang des 20. Jahrhunderts nur etwa 14% aller Tätigkeiten als wissensintensiv eingestuft, sind es heute schon über 50% und diese Tendenz ist weiter steigend (Institut der deutschen Wirtschaft, Mc Kinsey 2003). In der Industrie nehmen wissensintensive Tätigkeiten wie Konstruktion, Analyse, Service etc. bereits einen höheren Stellenwert ein, als die „eentlichen“ produzierenden Fähigkeiten.  
 Zur Entfaltung der Wissenspotenziale eines Unternehmens müssen die Freiheitsgrade der Zusammenarbeit, die Informations- und Kommunikationsdichten erhöht werden; es muss ebenfalls die Öffnung nach außen gesucht werden.

Bei der Gestaltung von Wissensräumen werden grundlegende Veränderungen räumlich-zeitlicher Bezugssysteme zugrunde gelegt, die in ihrer Dyna-

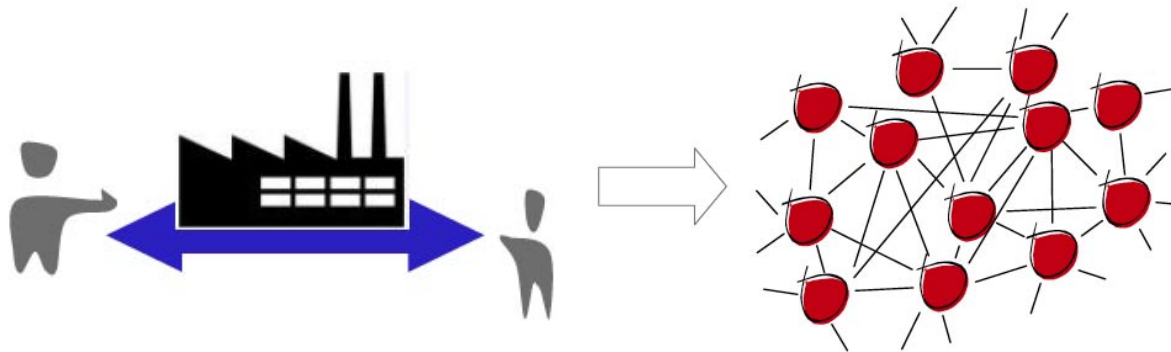


Abb.1: Von Orten des Wissens

...zu Netzwerken des Wissens

mik und Beschaffenheit kaum noch vergleichbar sind mit traditionellen Ordnungssystemen, die bis ins 20. Jahrhundert unsere Erfahrungen geprägt haben. Diese Welt bestand aus Orten des Aufenthalts, die durch Beziehungen verknüpft waren. Um mit einem Menschen zu kommunizieren begab man sich an den Ort seines Aufenthalts. Daraus entstanden bedeutende, eindeutig lokalisierbare Kommunikationsorte. Bedingt durch die technischen Kommunikationsmedien und neue Möglichkeiten zur Mobilität verändern sich die Muster dieser Verortungen. Unsere Welt wird heute viel stärker durch Kommunikationsnetze strukturiert, die sich permanent verändern und vielfach ortsunabhängig abgebildet werden können.

### Urbane Interfaces

Die Forcierung von Innovation, Kundenbindung und schnellen Problemlösungsstrategien in einem globalen Handlungsraum hat erhebliche Auswirkungen auf die Standortwahl, Nutzungsangebote und die räumliche Gestaltung von hoch entwickelten Produktionsstätten. Städte erweisen sich hier als strategische Orte, an denen sich Steuerungsfunktionen und globale Märkte konzentrieren. Wenn sich Unternehmen

mit einer bestehenden Stadt vernetzen und sich in ihre lebendige Struktur behutsam einfügen, führt dies zur Durchdringung der Unternehmensstrukturen mit den öffentlichen Strukturen. Im Dialog mit der Stadt werden neue Konzepte entwickelt, die sowohl einen Beitrag zum öffentlichen Leben bieten, wie auch die zum urbanen Leben gehörende Arbeitswelt wieder stärker erlebbar machen.

#### Beispiele:

##### *Vitra Werke*

- Standort: Weil am Rhein
- Architekten: Grimshaw, Gehry, Ando, Hadid, Siza u.a.
- Baujahr: 1982-2000

##### *Gläserne Manufaktur Dresden*

- Standort: Dresden
- Architekten: Henn Architekten
- Baujahr: 1998

##### *Autouniversität*

- Standort: Wolfsburg
- Architekten: Henn Architekten
- Baujahr: 2004-2005

##### *VW Händler Bauberatung*

- Standort: mobil
- Konzept: MACINA



Henrik Sander

## Schnittstellen mobiler und lokaler Räume – Tankstellen und Parkplätze zum Beispiel...

In der modernen Stadtlandschaft entstehen neue Raumkonstellationen. Mit zunehmender Mobilität und vergrößerten Aktionsradien weiten sich städtische Zusammenhänge. In der Konsequenz verlieren tradierte öffentliche Räume an Bedeutung, da sie aus den neuen Bewegungsmustern heraus fallen. Was aber bleibt von der Stadt, wenn die Verkehrsinfrastruktur zum Stadtmacher wird? Was etabliert sich neben den Großformen neuer öffentlicher Räume, wie Flughäfen und Bahnhöfen als kleinräumiger, dezentraler Stadtbaustein? (Abb. 1)

Frank Lloyd Wright hat im Rahmen seiner Überlegungen zur Broad Acre City einen Hinweis darauf gegeben, was bleiben könnte. Er schreibt: „Sieh nur die einzelne Tankstelle an den Überlandstraßen. Die Tankstelle mit Service-Station ist der künftige Großstadt-Service im Embryonalzustand. Jede Tankstelle, die zufällig von Natur aus günstig liegt, wird ebenso von Natur aus zu einem Verteilungsmittelpunkt anwachsen – Versammlungsort, Restaurant, Rastplatz oder was sonst noch nötig ist. Tausend Zentren als Äquivalent für die City in Klein- oder Großstädten, die wir jetzt besitzen, werden das Ergebnis dieser

vorausgeschobenen Kraft der Dezentralisation sein.“ (F. L. Wright, 1966) Wright setzt auf die Tankstelle und er hat einen Prototyp in Cloquet Minnesota auch gebaut, ein Gebäude, mehr Lounge als Tankstelle, mehr Nachbarschaftstreffpunkt als Zapfstation. (Abb. 2)

Die Tankstelle der Gegenwart entwickelt sich im Sinne von Wright. Ein durchschnittlicher Tankstellenshop verfügt schon heute über 1500 bis 3000 Produkte, was der Angebotsvielfalt eines kleinen Supermarkts entspricht. Ergänzt wird das Angebot durch Getränkemärkte, Backshop, Onlineshops, Lotostellen, Buch- und Hörspielverkauf, Postshops etc. Darüber hinaus entwickelt sich die Gastronomie an Tankstellen rasant. Alleine Aral ist inzwischen zur siebtgrößten Imbisskette in Deutschland avanciert.

Worin ist dieser Erfolg begründet? Neben den Öffnungszeiten ist es vor allem die herausragende Eigenschaft der Tankstelle, verschiedene Dienstleistungen und Warenangebote auf kleinstem Raum zu vereinen, mobile und lokale Nachfrage miteinander zu verbinden. Die Tankstelle bedient gleichzeitig den Durchreisenden und den Anwohner. Bis zu 50% der



Abb. 1

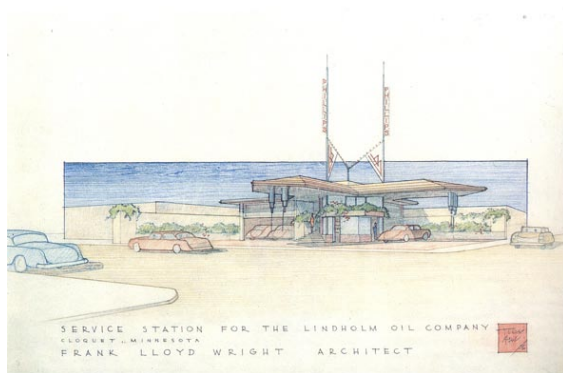


Abb. 2



Abb. 3

Kundschaft kommt ohne Auto zur Tankstelle. Vor diesem alltäglichen Hintergrund sind interessante Phänomene zu beobachten, die zeigen, wie sich die Tankstelle zu einem hybriden öffentlichen Raum entwickelt, zu einem Ort der Öffentlichkeit, insofern sie das individuelle Konzept der ‚Stadt a la carte‘ als Netzwerk individueller Bewegungsmuster für einen kurzen Moment durchbricht. Sie wird zum Treffpunkt, zum Tante Emma Laden des automobilen Zeitalters. Nicht mehr aber auch nicht weniger.

### Stahlhausen/Bochum

Die Shell Tankstelle an der A40 in Bochum Stahlhausen illustriert, wie die Tankstelle als Schnittstelle zwischen mobiler und lokaler Nachfrage funktioniert. Die Tankstelle ist umgeben von einer Schallschutzwand und sowohl physisch, als auch visuell vollkommen auf die Autobahn orientiert, ohne Verbindung zum städtischen Umfeld. Die Fluchttür in der Schallschutzwand ist jedoch nie verschlossen. Tritt man durch sie hindurch, steht man plötzlich in einer Kleingartenkolonie. Wer dort noch einer Trinkhalle

fragt, wird erst verdutzt angesehen und dann sofort wieder zurück zur Tankstelle geschickt. (Abb. 3,4)

Dieses Beispiel fasziniert. Es zeigt eindringlich, wie die Tankstelle Grenzen durchbricht, wie sie den städtischen Raum in den Autobahnraum, bzw. den Autobahnraum in den städtischen Raum integriert. Diese funktionale Überlagerung ist zwar nicht architektonisch gestaltet, und doch entsteht ein öffentlicher Raum, der im Kosmos von Teilöffentlichkeiten eine unerwartete Verbindung von Pendlern und Gärtnern erzeugt.

### Sandau/Sachsen-Anhalt

Ein Kristallisationspunkt sozialer Netzwerke ist die Tankstelle in Sandau/Sachsen-Anhalt. Hier trifft sich seit Jahren regelmäßig eine Rentnerrunde vormittags in der Tankstelle zum Fröhschoppen. Man erfährt dort neben Neuigkeiten auch Adressen oder verwandtschaftliche Verhältnisse der Sandauer. Ist es draußen wärmer, trifft sich die Seniorengruppe im Biergarten der Tankstelle. Die Runde legt Wert darauf, dass jeder sich rechtzeitig abmeldet, sollte man verhindert



Abb. 4



Abb. 5

sein – ansonsten wird angerufen oder es folgen gar Hausbesuche. Für die Alten ohne Auto übernimmt der Pächter auch mal den Einkauf oder Erledigungen in der nächsten Stadt. So hat sich die Tankstelle im Laufe der Zeit zum ‚größten örtlichen Dienstleister‘ entwickelt, so der Pächter in einer Selbsteinschätzung. Die Tankstelle wird zum Nachbarschaftstreff und zeigt nebenbei, welche Rolle sie in schrumpfenden Regionen einnehmen kann. (Abb. 5)

### Putbus/Rügen

In Putbus auf Rügen ist die Tankstelle zur Sehenswürdigkeit geworden. In Anlehnung an die Residenzstadt, die planmäßig im Stil des Klassizismus errichtet wurde, strahlt die Tankstelle in weißem Stahl und passt sich perfekt ins historische Ensemble ein. Sie hat in Mecklenburg Vorpommern einen Architekturpreis gewonnen und Reisende berichten immer wieder gerne von ihr. (Abb. 6)

Die Tankstelle hat rund achtzig Jahre gebraucht, um als Marketingmaschine für den Benzinverkauf perfektioniert zu werden und um als Gebäude zu sich

selbst zu finden. Mit dem Wandel des Städtischen ist die Tankstelle erneut in einem Embryonalzustand und auf dem Weg zu Frank Lloyd Wrights Äquivalent für die City zu werden. Die Standardbox wandelt sich zum örtlichen Dienstleister, zur Sehenswürdigkeit, zur Eventtankstelle. Dabei bleibt sie ein offener, urbaner Ort, der keine Schwellenängste produziert und in dem die unterschiedlichsten sozialen Gruppen aufeinander treffen – der kleine Vorposten des Städtischen an den Ausfallstraßen der Siedlungslandschaft.

Eine ähnliche Schnittstelle zwischen mobilen und lokalen Sphären sind Parkplätze. Hier besteht allerdings kein direktes kommerzielles Interesse in Bezug auf die Nutzer wie bei der Tankstelle. Von daher sind Parkplätze perfekte Orte für individuelle, temporäre Aneignungsprozesse. Wenn die Tankstelle das Äquivalent der City ist, dann ist der Parkplatz das Äquivalent für den städtischen Park. Die Smart-Werbung bringt dieses Potenzial sehr schön auf den Punkt. (Abb. 7)



Abb. 6



Abb. 7



Abb. 8

### Forum Neukölln/Berlin

Mitte der 90er Jahre wurde in Neukölln das Shopping Center ‚Forum Neukölln‘ als Lückenschließung in der historischen Blockrandbebauung eröffnet. Das Parkdeck auf dem Dach des Gebäudes hat sich innerhalb kürzester Zeit zu einer der Attraktionen des Forums entwickelt, allerdings nicht für Autofahrer, vielmehr für die Neuköllner, die von hier zum ersten Mal einen atemberaubenden Blick über ihre Stadt genießen können. Der Ausblick zog die unterschiedlichsten Menschen an: Rentner, Punks, Skater, Photographen usw. Das Parkdeck bot für einen kurzen Augenblick die Möglichkeit, der Geschäftigkeit des Centers und der gründerzeitlichen Stadtstruktur zu entfliehen. Die Anziehungskraft dieses Ortes war – ohne jegliche künstlerische Inszenierung wie dem Licht- und Luftbad Puhlheim von Sigrid Lange oder unternehmerische Belegung z. B. durch Cafés – so groß, dass man heute nur noch mit Parkschein auf das Parkdeck darf. (Abb. 8)

### Ruhrpark/Bochum

Ähnliche Phänomene lassen sich auf Parkplätzen beobachten. Der Parkplatz des Ruhrparks an der A40 in Bochum an einem Sonntag wird zum Treffpunkt von Spaziergängern, Vätern, die ihren Kindern das Fahrradfahren beibringen, Street-Hockey-Spielern und Liebhabern tiefergelegter Autos, die mit ihren Mega-Boxen die Szenerie musikalisch untermalen. Seit am Sonntag die Cafés des Shopping Centers geöffnet sind, verwischt der Unterschied zwischen innerstädtischer und peripherer Geschäftigkeit zusehends.

Der Parkplatz als Übergangszone zwischen der Geschwindigkeit des Automobils und der Geschwindigkeit des Fußgängers ist ein Raum ohne Schwellenängste. Da er nur selten vollständig durch parkende Autos belegt ist, ist er so etwas wie eine temporäre Brache, offen für die skizzierten temporären Aneignungsprozesse. Es ist nicht verwunderlich, wenn z. B. kürzlich in Dortmund eine Strandbar auf dem obersten Deck des Kaufhof-Parkhauses eröffnete (Abb. 9), oder wenn in einer Züricher Tiefgarage eine Altkleidersammlung für Bedürftige eingerichtet wurde.



Abb. 9

Die öffentliche Aneignung von Tankstellen und Parkplätzen verwundert zunächst, sind sie doch von ihrem gestalterischen Anspruch monofunktional: die Tankstelle als Marketingmaschine für den Benzinverkauf, der Parkplatz als unwirtliche Abstellfläche für Autos. Ihre Anziehungskraft ziehen sie aus der unerwarteten Überschneidung von Angeboten und Interessen, aus ihrer sozialen Offenheit und dem ungeplanten Aufeinandertreffen unterschiedlichster sozialer Gruppen. Der öffentliche Charakter dieser Orte bleibt begrenzt, Art und Intensität der Öffentlichkeit ist temporär und variabel. Dennoch sind sie von nicht zu unterschätzender Bedeutung für das alltägliche Erlebnis städtischer Räume und individuelle Formen spontaner Stadtaneignung und dem zufälligen Aufeinandertreffen in der Stadtlandschaft. Im Sinne von *3rd Places* sind sie wichtige Bausteine der modernen Stadt.



## Literatur

- Aesche, Jens/Dimmer, Christian (2001): Mythos öffentlicher Raum – Wie öffentlich muss die Stadt der Zukunft noch sein? Universität Kaiserslautern, 2001. <http://kluedo.ub.uni-kl.de/volltexte/2005/1838/>
- Bahrtdt, H. P. (1998): Die moderne Großstadt. Hamburg: Christian Wegner Verlag
- Baugesetzbuch BauGB, § 35 Bauen im Außenbereich. In der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253, zuletzt geändert durch EVertr. v. 31.8.1990, BGBl. II S. 889, 1122
- Bauman, Zygmunt (1997): Ein Wiedersehen mit dem Fremden. In: Ders.: Flaneure, Spieler und Touristen, Hamburg: Hamburger Edition, S. 205–225.
- Bauman, Zygmunt (1998): Vom gesellschaftlichen Nutzen von Law and Order. Widersprüche 18, 4, S. 7–21
- Beddington, Nadine (1991): Shopping Centres: Retail Development, Design and Management, Oxford: Butterworth
- Berding, Ulrich; Kuklinski, Oliver; Selle, Klaus (Bearb.) (2003): Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum. Hg. und Auftraggeber: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Werkstatt: Praxis Nr. 2/2003. Bonn
- Böhme, Gernot (1989): Für eine ökologische Naturästhetik. Frankfurt: Suhrkamp
- Böhringer, Hannes (1993): Attention im Clair-obscur: Die Avantgarde. In: Barck, Karlheinz; Gente, Peter; Paris, Heidi; Richter, Stefan (Hg.): Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik. 5. durchges. Aufl. Leipzig, S. 14–32
- Bremer, Stefanie (2002): Jenseits von Benzin. In: Michael Koch et. al.: Stadtraum B1. Wuppertal. S.18–23
- Brown, M. Gordon (1999): Design and Value: Spatial Form and the Economic Failure of a Mall. Journal of Real Estate Research 17, S. 189–225
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2004): Zwischennutzung und neue Freiflächen. Städtische Lebensräume der Zukunft. Berlin
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.): Nachhaltige Stadtentwicklung – ein Gemeinschaftswerk. Städtebaulicher Bericht der Bundesregierung 2004. Bonn 2005
- Carr, Stephen/Francis, Mark/Rivilin, Leanne/Stone, Andrew M. (1992): Public space, New York: Cambridge UP
- Corboz, André (2001): Die Kunst Stadt und Land zum Sprechen zu bringen. Birkhäuser, Basel, Bonn, Berlin, Reihe Bauwelt Fundamente 123
- Dettmar, Jörg (2005): Die konstruierte Landschaft. In: Stiftung Natur und Umwelt (Hrsg.): Denkanstöße – Die Erfindung von Natur u. Landschaft. Jütte-Messedruck, Leipzig Heft 3/2005, S. 56–65
- Dettmar, Jörg/Ganser, Karl, Hrsg. (1999): Industrie Natur – Ökologie und Gartenkunst im Emscher Park. Stuttgart
- Dimmer, C./Klinkers, K. (2004): Downtown Tokyo Revisited: Restructuring and Urban Renaissance. Publiziert unter „Tokio Centraal – Stedelijke renaissance door geïntegreerde planningsmethoden“. In: S&TRO (Stedebouw & Ruimtelijke Ordening), Ausg. 06/ 2004, S.44–8
- Douglass, M. C. (1993): The ‚New‘ Tokyo Story, In Japanese Cities in the World Economy (Eds, Fujita, K. and Hill, R. C.) Temple University Press, Philadelphia, S. 81–119
- Ehrenreich, Barbara (1994): Angst vor dem Absturz, München: Kunstmann
- Era, R. (2003): Revitalisation of Marunouchi's Naka Avenue and Art Works [Marunouchi Nakadori no Kasseika to Atowoku], Esplanade, 1/2003, 65, S. 12–4
- Faust, Alfons/ Flagge, Ingeborg/Rautenberg, Thomas/ Umlandverband Frankfurt (2001): Der Regionalpark RheinMain. Das Beispiel Darmstadt
- FFM – Forschungsgesellschaft Flucht und Migration/ Anti-Rassismus Büro Bremen (1997) (Hg.): „Sie behandeln uns wie Tiere“ – Rassismus

- bei Polizei und Justiz in Deutschland, Berlin/Göttingen: Schwarze Risse Rote Straße
- Fukuzawa, T. (2000): Economics of Marunouchi - This quarter is dragging forward the 21st Centurie's Tokyo (Marunouchi Keizai Gaku - Kono Gai ga Nijuisseiki no Tokyo o Kenin suru), PHP Kenkyusho, Tokyo
- Gans, Herbert J. (1982): The Urban Villagers: Group and Class in the Life of Italian-Americans, New York u.a.: Free Press
- Gestring, Norbert/Maibaum, Anna/Siebel, Walter/Siewers, Karen/Wehrheim, Jan (2005:) Verunsicherung und Einhegung - Fremdheit in öffentlichen Räumen. In: Georg Glasze, Robert Pütz, Manfred Rolfes (Hg.): Diskurs - Stadt - Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld: transcript (im Erscheinen)
- Gillette, Howard (1985): The Evolution of the Planned Shopping Center in Suburb and City. Journal of the American Planning Association 51, S. 449-460
- Gleichmann, Peter (1976): Wandel der Wohnverhältnisse. Zeitschrift für Soziologie 5, S. 319-329
- Goss, Jon (1993): The „Magic of the Mall“: An Analysis of Form, Function, and Meaning in the Contemporary Retail Built Environment. Annals of the Association of American Geographers, 83,1, S. 18-47
- Habermas, Jürgen (1999): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt: Edition Suhrkamp
- Häußermann, Hartmut (1995): Die Stadt und die Stadtsoziologie. Berliner Journal für Soziologie 5, S. 89-98
- Hauser, Susanne (2003): Stadt ohne Bild - Zur Wahrnehmung der Agglomeration. In: 100% Stadt - Der Abschied vom Nichtstädtischen. Haus der Architektur. Graz, S. 105-129
- Herlyn, Ulfert (2004): Zum Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre - Anmerkungen zur Urbanitätstheorie von H. P. Bahrtdt. In: Walter Siebel (Hg.): Die europäische Stadt. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 121-130
- Hohn, U. (2000): Stadtplanung in Japan: Geschichte - Recht - Praxis - Theorie. Dortmund: Dortmunder Vertrieb fuer Bau- und Planungsliteratur
- Hohn, U. (2002): Trend zur Reurbanisierung: Renaissance innerstaedtischen Wohnens in Tokio, Geographische Rundschau, 6/2002, S.4-11
- Humpert, Klaus/Becker, Sybille/Brenner, Klaus (1996): Über fraktale Gesetze im Stadtwachstum. In: topos - european landscape magazine. 17/1996. München: Callwey, S. 6-13
- Jacobs, Jane (1976): Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Braunschweig: Vieweg
- Kaufmann, Franz-Xaver (1973): Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Stuttgart: Enke
- Keim, Karl-Dieter (1997): Vom Zerfall des Urbanen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 245-286
- Kowarik, Ingo (1992): Das Besondere der städtischen Vegetation. In: Schriftenreihe des Deutschen Rates für Landespflege, 1992/61, S. 33-47
- Kowarik, Ingo (2005): Welche Natur wollen wir schützen und welche sind wir bereit zuzulassen? Ein Plädoyer für ein offenes Naturschutzkonzept. In: Stiftung Natur und Umwelt (Hrsg.): Denkanstöße - Die Erfindung von Natur u. Landschaft. Heft 3/2005. Leipzig: Jütte-Messedruck, S. 46-55
- Krasmann, Susanne (2000): Gouvernamentalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise. In: Ulrich Bröckling/ Susanne Krasmann/ Thomas Lemke (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 194-226
- Kurokawa, T. und Kobayashi, S. (2001): The Rebirth of Marunouchi (Marunouchi no Shinsei), Zokei, Special Issue 3, S. 108-27
- Legnaro, Aldo/Birenheide, Almut (2005): Stätten der Moderne. Reiseführer durch Bahnhöfe, shopping malls und Disneyland Paris. Opladen: VS-Verlag
- Lohrberg, Frank (2001): Stadtnahe Landwirtschaft in der Stadt- und Freiraumplanung. In: Uni-

- versität Stuttgart (Hrsg.): Wechselwirkungen. Jahrbuch 2001. Stuttgart
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundrisse einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Machimura, T. (1998): Symbolic Use of Globalisation in Urban Politics in Tokyo. *International Journal of Urban and Regional Research*, 22, 2, S.183–94
- Magistrat der Stadt Frankfurt (Hg.) (2001): Neuer Stadtteil Riedberg – Qualitätsziele für die städtebauliche Entwicklung. Frankfurt
- Mallett, William J. (1994): Managing the post-industrial city: business improvement districts in the United States. *Area* 26, S. 276–287
- MLIT, Ministry for Land, Transportation and Infrastructure (2003): Grundprinzipien für die Schaffung eines schönen Landes (Utsukushii Kunizukuri Seisaku Taiko), MLIT, Tokyo
- MM21, Minato Mirai 21 Ltd. (2004): Miniato Mirai 21 Information, Minato Mirai 21 Ltd., Yokohama
- Mori, M. (2002): Urban New Deal Policy – Striving to Recover from the Largest Crisis of the Post war Era, Mori Building CO., Ltd., Tokyo
- Obermaier, Dorothee (1980): Möglichkeiten und Restriktionen der Aneignung städtischer Räume. *Dortmunder Beiträge zur Raumplanung* Bd. 14. Dortmund
- Omy, Advisory council of area redevelopment (2000): Otemachi Marunouchi Yurakucho District City Making Guideline (Otemachi Marunouchi Yurakucho Chiku Machizukuri Gaidorain), Tokyo.
- Omy, District redevelopment council (2003): Otemachi Marunouchi Yurakucho District Redevelopment Council - 15th Anniversary, Tokyo
- Oswald, Franz/Baccini, Peter/Michaeli, Mark (2003): Netzstadt – Einführung in das Stadtentwerfen. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser
- Pegels, Juliane (2004): Privately Owned Public Space. New York Citys Erfahrungen mit öffentlich nutzbaren Räumen, die sich in privatem Besitz befinden. Dissertationen an der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen: I. Architektur und Planung, Nr. 1. Aachen
- Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main u. Regierungspräsidium Darmstadt, Hrsg. (2005): Frankfurt/Rhein-Main 2020 – eine europäische Metropolregion – Leitbild für den Regionalen Flächennutzungsplan und den Regionalplan Südhessen. Frankfurt
- Polster, Bernd (1996): Super oder Normal. Geschichte eines modernen Mythos. Köln
- Rautenstrauch, Lorenz (2001): Strategien zur Erhaltung der Freiflächen. In: Alfons Faust, Ingeborg Flagge, Thomas Rautenberg, Umlandverband Frankfurt: Der Regionalpark RheinMain. Das Beispiel Darmstadt 2001, S. 40–41
- Rotzler, Stefan (2005): Hybride Landschaft
- Ruhne, Renate (2003): „Sicherheit“ ist nicht die Abwesenheit von „Unsicherheit“ – Die soziale Konstruktion geschlechtsspezifischer (Un)Sicherheiten im öffentlichen Raum. In: Norbert Gestring/ Herbert Glasauer/ Christine Hannemann/ Werner Petrowsky/ Jörg Pohlan (Hg.), *Jahrbuch StadtRegion* 2002. Die sichere Stadt. Opladen: Leske + Budrich, S.55–74
- Schubert, Herbert (2000): Städtischer Raum und Verhalten. Opladen: Leske + Budrich
- Schubert, Dirk; von Petz, Ursula (2003): Einführung zum Schwerpunkt „Stadtkultur und Öffentlicher Raum“. In: *Jahrbuch Stadterneuerung* 2003, S. 69 ff.
- Schütz, Alfred (1972): Der Fremde. In: Ders., *Gesammelte Aufsätze II. Studien zur soziologischen Theorie*. Den Haag: Nijhoff, S. 53–69
- Selle, Klaus (Hg.) (2003): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur
- Selle, Klaus (2004): Öffentliche Räume in der europäischen Stadt. Verfall und Ende oder Wandel und Belebung? In: Walter Siebel (Hg.): *Die europäische Stadt*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.131–145
- Selle, Klaus (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur

- Entwicklung von Stadt und Land. edition stadt | entwicklung. Dortmund: Dortmund-Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur
- Siebel, Walter (Hg.) (2004): Die europäische Stadt. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Siebel, Walter (2004): Einleitung: Die europäische Stadt. In: Ders. (Hg.): Die europäische Stadt. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S.11-48
- Siebel, Walter/Wehrheim, Jan (2003): Sicherheit und urbane Öffentlichkeit. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK). 42. Jg., 1, S. 11-30
- Sieferle, Rolf Peter (1997): Rückblick auf die Natur – Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt. München: Luchterhand
- Sieverts, Thomas (1997): Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt Raum und Zeit Stadt und Land. Reihe Bauweltfundamente 118. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg
- Simmel, Georg (1995): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Georg Simmel, Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908. Gesamtausgabe Bd. 7. hrsg. von Otthein Rammstedt. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 116-131
- Sorensen, A. (2002): The making of urban Japan : cities and planning from Edo to the twenty-first century. Routledge, London, New York
- Sorensen, A. (2003): Building world city Tokyo: Globalisation and conflict over urban space. The Annals of Regional Science, S. 519-531
- Sukopp, Herbert/Wittig, Rüdiger, Hrsg. (1998): Stadtökologie – Ein Fachbuch für Studium und Praxis. 2. Aufl. Stuttgart: G. Fischer
- TMG, Tokyo-to kensetsu-kyoku kouen ryokuchi-bu keikaku-ka (2003): Tokyo Metropolitan Park and Green Space Map [Tokyo No Kouenryokuchi Mappu], TMG, Tokyo
- TMG, Tokyo-to kankou machizukuri suishin kyogikai (2004): Tokyo Metropolitan Basic Guideline for tourism centered City Planning [Tokyo-To Kankou Machizukuri Kihon Shishin], TMG, Tokyo
- UDC, Urban Design Center (2002): A Research on Use Activation in Urban Public Space – The Example of the Open Cafe System (Toshikoukyokuukan no nigiwai Riyou ni kan suru Kenkyuu - Opun Kafee no Jirei to Seido). UDC, Tokyo
- UVF Umlandverband Frankfurt (Hg.) (1992): Charta des Regionalpark RheinMain. Frankfurt
- Vernor, James D./Rabianski, Joseph (1993): Shopping Center: Appraisal and Analysis. Chicago: Appraisal Institute
- Wawrowsky, Hans-Günter (1998): Entwicklungen bei der Architektur und Gestaltung von Shopping-Centern – dargestellt an ausgewählten Beispielen. In: Bernd Falk (Hg.): Das große Handbuch Shopping-Center. Landsberg/Lech: Verlag Moderne Industrie, S. 183-195
- Wehrheim, Jan (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen: Leske + Budrich
- Wehrheim, Jan (2004): Ökonomische Rationalität und Moral. Inklusions- und Exklusionsmodi in überwachten Städten. In: Rüdiger Lautmann/Daniela Klimke/ Fritz Sack (Hg.): Punitivität. 8. Beiheft zum Kriminologischen Journal. Weinheim: Juventa, S.155-175
- Wehrheim, Jan (2005): Business Improvement Districts: Mit Ökonomisierung gegen Ökonomisierung. analyse & kritik 35 (im Erscheinen)
- Whyte, W. (1980): The Social Life of Small Urban Spaces. The Conservation Foundation. Washington D.C.
- Wouters, Cas (1999): Informalisierung: Norbert Elias' Zivilisationstheorie und Zivilisationsprozesse im 20. Jahrhundert. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Wright, Frank Lloyd (1958): The Living City. New York
- Zukin, Sharon (1998): Städte und die Ökonomie der Symbole. In: Volker Kirchberg/Albrecht Göschel (Hg.): Kultur in der Stadt. Opladen: Leske + Budrich, S. 27-40

## Teilnehmerinnen und Teilnehmer

|                       |   |                                    |
|-----------------------|---|------------------------------------|
| Aesche, Jens          | Berlin  | jens.aesche@public-space.de        |
| Apel, Peter           | Planungsbüro Stadtkinder,<br>Dortmund           | info@stadt-kinder.de               |
| Berding, Ulrich       | RWTH Aachen                                     | berding@pt.rwth-aachen.de          |
| Boczek, Barbara       | Büro Topos, Darmstadt                           | boczek_topos@web.de                |
| Breuer, Bernd         | Bundesamt für Bauwesen<br>und Raumordnung, Bonn | bernd.breuer@bbr.bund.de           |
| Brust, Alexander      | PlanKom, Hannover                               | info@plankom.net                   |
| Burgdorff, Frauke     | Stiftungsinstitut Montag gAG                    | f.burgdorff@crmfs.de               |
| Claus, Silke          | MACINA, Hannover                                | claus@macina.com                   |
| David, Benjamin       | die urbanauten, München                         | benjamin.david@web.de              |
| Dimmer, Christian     | University of Tokyo                             | chris@ud.t.u-tokyo.ac.jp           |
| Frank, Susanne        | HU Berlin                                       | franksuz@sowi.hu-berlin.de         |
| Gschwind, Friedemann  | Stadtplanungsamt Stuttgart                      | U610073@stuttgart.de               |
| Gstach, Doris         | Universität Kassel                              | gstach@uni-kassel.de               |
| Kaltenbrunner, Robert | Bundesamt für Bauwesen<br>und Raumordnung, Bonn | Robert.Kaltenbrunner@bbr.bund.de   |
| Klehn, Kirsten        | Planerwerkstatt1, Hannover                      | klehn@planerwerkstatt1.de          |
| Krings, Kristina      | RWTH Aachen                                     | krings@pt.rwth-aachen.de           |
| Kronberger, Richard   | Magistrat der Stadt Wien                        | krr@m19.magwien.gv.at              |
| Kuklinski, Oliver     | PlanKom Hannover                                | info@plankom.net                   |
| Maibaum, Anna         | Universität Oldenburg                           | anna.maibaum@uni-oldenburg.de      |
| Overmeyer, Klaus      | Studio uc, Berlin                               | overmeyer@studio-uc.de             |
| Pegels, Juliane       | BUGH Wuppertal                                  | jpegels@uni-wuppertal.de           |
| von Petz, Ursula      | Dortmund  | uvpetz@t-online.de                 |
| Sander, Henrik        | TU Hambruh-Harburg                              | henrik.sander@tu-harburg.de        |
| Schild, Margit        | Universität Hannover                            | margit.schild@ifps.uni-hannover.de |
| Selle, Klaus          | RWTH, Aachen                                    | selle@pt.rwth-aachen.de            |
| Siebel, Walter        | Universität Oldenburg                           | walter.siebel@uni-oldenburg.de     |
| Sieweke, Jörg         | TU Berlin                                       | Joerg.Sieweke@tu-berlin.de         |
| Spitthöver, Maria     | Universität Kassel                              | spitstess@t-online.de              |
| Struppek, Mirjam      | Urban ReseARTch                                 | struppek@interactionfield.de       |
| Wehrheim, Jan         | Universität Oldenburg                           | jan.wehrheim@uni-oldenburg.de      |